

# Vormärz

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnements-Preis pränumerando:  
 Vierteljahr 3,30 M., monatlich 1,10 M.,  
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-  
 Nummer mit illustrierter Sonntags-  
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Son-  
 abonnements: 3,30 Mark pro Quartal.  
 Eingetragen in der Post-Bestellungs-  
 Preisliste für 1897 unter Nr. 7437.  
 Unter Kreuzband für Deutschland und  
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das  
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

**Die Insertions-Gebühr**  
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonien-  
 zeile oder deren Raum 40 Pf., für  
 Vereins- und Verfammlungs-Anzeigen,  
 sowie Arbeitsmarkt 20 Pf. Inserate  
 für die nächste Nummer müssen bis  
 4 Uhr nachmittags in der Expedition  
 abgegeben werden. Die Expedition  
 ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends,  
 an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr  
 vormittags geöffnet.

Korrespondenz: Amt 1, Nr. 1508.  
 Telegramm-Adresse:  
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Bentz-Straße 2.

Sonntag, den 10. April 1897.

Expedition: SW. 19, Bentz-Straße 3.

### Quittung.

Zum Monat März sind bei dem Unterzeichneten folgende Parteibeiträge eingegangen:

Kugelsburg, U. 40.—, Apolda, v. d. Genossen 6.—, Berlin,  
 Beiträge der Wahlkreise: 1. Kreis 50.— (darunter gesammelt  
 Kanonierstraße 1,50). 2. Kreis 750.— (darunter Ueberschuß  
 vom „Wahren Jakob“ 2,85, die Rothens vom Westen  
 15.—, Wassenroß Wesen 1,40, G. L. 5.—). 4. Kreis Ost 1500.—  
 (darunter Bolter'sche Werkstatt Püschingstr. 7 10.—, Pückerkolonne  
 Prichow 12.—, Andreas W. 50.—, Damit es besser werde  
 40.—, Schulz, Händlersdorferstraße, übrig gebliebene Prozente  
 10.—, gesandene Bond 0,80, J. Nov., Dez., Jan.  
 640,95, Ueberschuß der Krankspeude der Gdert'schen Fabrik,  
 Friedrichsberg 27,40, desgl. der Fabrik von Pintsch, Andreas-  
 straße, 14,50, Ueberschuß von Vergütungen aus dem Stadtbezirk 175  
 20.—). 6. Kreis, Wedding u. Oranienburger Vorstadt 560.— (dar-  
 unter Polarlicht 65.—, Ueberschuß der Krankspeude d. Schwarzlopf-  
 schen Fabrik (Neues Werk) 16.—, desgl. von A. G. G. 85,80).  
 6. Kr., Schönhauser-Vorstadt 550.— (darunter Krankspeude für die  
 Märzgefallenen „Solidarität“ 7,50). 6. Kr., Gesundbrunnen, Rosen-  
 thaler Vorstadt 400.—, 6. Kr., Moabit 250.— (darunter vom auf-  
 gelösten Klub „Schiller“ 6.—, ein selbständiger Droschkentaxi-  
 90, Ueberschuß der Krankspeude der Anhalt. Maschinenfabrik  
 Martinienstraße 30,35). Berlin, diverse Beiträge: Ueberschuß der  
 Krankspeude der Anilinfabrik Treptow 21,10, Mattien 4,05, Fünf  
 Gutmacher, Königstraße 25, 5,50, Rote Buchbinder, Grün-  
 straße, 5.—, U. u. S. B. 5,05, Outenberg 100.—, Von  
 Mitgliedern der W.-S. H. Drucker 14.—, Ahlemann 5.—,  
 Ziegelort, bei Gille 8.—, Ueberschuß der Krankspeude der  
 Fabrik Gebrüder Naglo, Treptow, 12,85, Arbeiter von  
 Schuster u. Bär 14,40, Mitgl. der U.-Tr. 4.—, A. G. G.,  
 Brunnstr. 9,40, J. M. 2.—, Arbeiter und Arbeiterinnen der  
 Buchbinder von Babing 10.—, Buchholz, bei Annaberg  
 Posamentenfabr. 2.—, Bergedorf, H. 100.—, Bamberg, Jä-  
 lein Rohrbach 5.—, Wärenstein i. Sachsen, gesammelt von  
 den Genossen 10.—, Cottbus, S. 10.—, Cassel 100.—,  
 Gräbthal bei Hohenstein, Rindlaue 2,10, Essen (Aubr.),  
 durch den Vertrauensmann 50.—, Falkenberg (Oberschl.)  
 6.—, Flensburg 80.—, Frankenthal, v. d. Genossen d. 1. Pfälzer  
 Wahlkreises 10.—, Falkenstein i. S. 5.—, Greiz u. Umgegend,  
 von den Genossen 50.—, Gießen, von den Genossen 5.—,  
 Glauchau, 17. sächsischer Reichstags-Wahlkreis 100.—, Gösslich S.-A.,  
 von einigen zurückgestellten Genossen 50.—, Hannover 1000.—,  
 Dabrdt, von Genossen 10.—, Hamburg, 2. Kr. von d. Tabalarbeit,  
 der Firma Franke, Katharinenstr. 86 50.—, München, Waldläufer  
 5.—, München, Zylinderhut 5.—, Mannheim, v. d. Genossen 50.—,  
 München, von den Genossen des Gärtnerplatz-Viertels 40.—, Nord-  
 hausen, durch den Vertrauensmann 5.—, Nürnberg, rote Kasanien  
 10.—, Oerlinghausen 20.—, Offenburg, „Vollstreckend“, 10.—,  
 Olfenau, durch Poulser, 6. Rate 10.—, Reichenberg i. S.,  
 alte Garde 50.—, Striegau, von den Genossen 20.—, Stuttgart,  
 Ulrich 20.—, Schney (Vogern), durch den Vertrauensmann 12,55,  
 Stralau, frühdliche Säger 30.—, Stralau, Uebersch. der Krankspe.  
 der Grauert'schen Fabrik durch St. 12,60, Spremberg, ges. d. einer  
 rothen Hochzeit 4.—, Verden, rother Geburtstag d. S. R. 1,60,  
 Württemberg 50.—.

Hamburg-Eimsbüttel, den 7. April 1897.

Für den geschäftsführenden Ausschuß:  
A. Gerisch, Eichenstr. 4.

### Das Auswanderungs-Gesetz.

Wenn eine herrschende Klasse oder eine Regierung sich in  
 Widerspruch mit den gewordenen Verhältnissen und der Zeit-  
 stimmung gebracht hat, so tritt dieser Widerspruch in allen  
 Regierungskreisen, auch den der Politik fernliegenden, greifbar  
 zu tage; und je moderner und einfacher der Gegenstand, desto  
 drastischer offenbart sich der Anachronismus, die Rück-  
 ständigkeit. Eine modernere und einfachere Frage, als die  
 Regelung des Auswanderungswesens für Deutschland giebt es  
 nicht.

Die Auswanderungsfrage im Allgemeinen ist freilich  
 sehr vielgestaltig und verwickelt. Sie stellt sich entweder  
 als reine Polizeifrage dar, die, unter Beobachtung  
 gewisser, längst feststehender Regeln, von den Land- und See-  
 Polizeibehörden ebenso leicht, ja noch leichter zu lösen ist, als  
 der Droschken- und Omnibusverkehr. Oder sie stellt sich —  
 was jedoch leider für Deutschland nicht mehr gilt — als  
 Frage der Politik dar, die mit der allgemeinen  
 Politik im Zusammenhang steht und unter Umständen  
 einen sehr wichtigen, ja den wichtigsten Theil der Politik  
 einer Nation bilden kann. Zum Beispiel bei den Griechen  
 hatte so ziemlich die gesamte nationale Politik in der Aus-  
 wanderungsfrage ihren Ausgangs-, Ziel- und Mittelpunkt.  
 So oft die unter den günstigen klimatischen Bedingungen  
 rasch wachsende Bevölkerung für das kleine meerumschlungene  
 Ländchen zu zahlreich wurde, ging man daran, von  
 Staats- oder Stadtwegen — Staat und Stadt war  
 dort eins — die Auswanderung zu regeln; die geeigneten  
 und geeigneten Bürger und Bürgerinnen wurden mit allem  
 Nötigen ausgerüstet und nach einem vorher sorgfältig ausgeführten  
 überseeischen Küstenpunkt gefahren. Dort gründeten sie eine  
 „Kolonie“. So besiedelten die Griechen die Küstenfriche Klein-  
 asiens und des Schwarzen Meeres, den Bosporus, Unteritalien,  
 Sizilien, Südfrankreich.

Die Tochterstädte wurden oft größer als die Mutterstädte;  
 überall hin brachten die Kolonisten griechische Kultur und  
 Kunst, und alle Kolonien waren in mehr oder weniger innigem  
 Zusammenhang mit dem Heimatland. Das war die ver-  
 nünftigste Kolonialpolitik, die je getrieben wurde.  
 Hernach folgte die Makedonische Kolonialpolitik

als Nachzüglerin der Makedonischen Eroberungspolitik. Und  
 diese Kolonialpolitik wurde auch später die der D ö m e r, die  
 überall, wo sie eroberten, auch kolonisierten, und denen wir,  
 trotz alles patriotischen Gegeters, die Grundlagen unserer  
 germanischen Kultur verdanken.

Wir Deutsche, oder sagen wir: wir Germanen waren  
 allezeit große Wanderer, Auswanderer und Kolonisten. Die  
 Völkerwanderung war germanisches Werk, und, ob-  
 gleich nicht unter dem gleichen Namen, dauert sie bei den  
 Germanen bis auf den heutigen Tag fort. Die Deutschen,  
 Engländer, Dänen, Schweden, Norweger, Holländer sind allezeit  
 Wanderer und — wenn es ihnen „draußen“ besser gefiel —  
 Auswanderer gewesen. Der Deutsche war von jeher ein  
 Weltbürger; und der psahlbürgerliche Gedanke christlich-  
 nationaler Absperrung konnte nur in ostelbischen, halb  
 slavisch-kojadschen Jumperhädeln aufkommen. Und wahrhaftig,  
 das germanische Volk kann auf seine Auswanderungs- und  
 Kolonialpolitik stolz sein: es hat die alte römische Welt ver-  
 jüngt und als Belohnung sich die römische Kultur genommen  
 — es hat England gegründet, das Frankreich, das  
 Oesterreich. Sind das nicht glänzende Leistungen von  
 Kolonialpolitik? Oesterreich allein, das slavischen und sonstigen  
 Halbbarbaren abgerungen und germanischer Kultur erschlossen  
 ward, wiegt das indische Reich auf. Oder wöge  
 es auf, wenn das deutsche Volk nicht die Herrschaft  
 im eigenen Land verloren hätte und durch eine Kette un-  
 glücklicher Umstände unter die Vormühsigkeit von Fürsten  
 gerathen wäre, die sämtlich nur für die selbstsüchtigsten,  
 beschränktesten dynastischen Interessen ein Auge hatten, und  
 von welchen auch nicht einer im stande war, den großen  
 nationalen und zugleich weltbürgerlichen Zug des deutschen  
 Volkes zu verstehen. Das deutsche Volk mit seiner großen  
 nationalen Kolonialpolitik schuf in Oesterreich eine Macht,  
 die, planmäßig von Mutterland unterstützt und gefördert,  
 heute die Balkanhalbinsel mit samt Konstantinopel,  
 dem Schlüssel der Welt Herrschaft, im Besitz hätte.  
 Allein keiner der deutschen Fürsten und sogenannten Staats-  
 männer hat ein Verständnis für diese national-  
 internationale Kolonialpolitik gehabt. Statt  
 den Strom der deutschen Auswanderung nach dem Südosten  
 Europas zu leiten und einen unübersteiglichen Damm  
 gegen russisch-mongolisches Barbarenthum zu errichten,  
 trieb man durch jämmerliche Polizeischikanen und klein-  
 lich-brutale Verfolgungspolitik die überschüssigen Millionen,  
 die Deutschland zum vornehmsten Weltreich gemacht hätten,  
 hinaus aus dem Land in ferne Erdtheile und warf schließlich,  
 zur Krönung der dynastisch-junkerlichen National-  
 politik, Oesterreich aus Deutschland hinaus.

Und jetzt, nachdem das Kind in den Brunnen gefallen  
 und alles deutsch-gründlich verpöchtelt ist, kommt die deutsche  
 Reichsregierung hinter der Weltgeschichte hergehinkt mit einem  
 Plan, die deutsche Auswanderung, so lange es mit den afrika-  
 nischen Sumpfen, Sand- und Fieberlähern noch nichts ist, nach  
 — Südamerika zu lenken. O diese über- und unter-  
 menschliche — Vorseidenheit!

Der Strom deutscher Auswanderung, den die deutsche  
 Staatskunst gewaltsam von seinen natürlichen Bahnen  
 abgelenkt und der deutschen Nationalkraft entzogen hat, soll  
 nun auf einmal für die deutsche Nationalkraft zurückgewonnen  
 werden — das ist der Zweck des Auswanderungs-Gesetzes.  
 Leider zu spät. Und wäre es nicht zu spät, ein ganz ver-  
 fehlerter Weg. Also wenn irgend möglich, will man die  
 deutschen Auswanderer nach Südamerika schaffen — da  
 seien sie für das Vaterland nicht so vollständig ver-  
 loren, wie in den Vereinigten Staaten von Nord-  
 amerika, wohin seit einem Jahrhundert über 91 von hundert  
 aller deutschen Auswanderer gehen. Aber wer sagt denn der  
 Reichsregierung, daß die deutschen Auswanderer in Brasilien  
 dem deutschen Vaterland, das heißt dem deutschen Junker-,  
 Soldaten- und Polizeireich enger verbunden bleiben als in den  
 Vereinigten Staaten? Vor dreißig, vierzig und fünfzig  
 Jahren schwärmten unsere Junker ja für tropische Kolonien  
 in Südamerika, wo sie ein romantisches Junkerreich errichten  
 könnten. Die Veruche sind jedoch kläglich mißlungen, und seitdem  
 ist überall in Südamerika — auch in Brasilien — die Republik ein-  
 geführt, die deutsche Junkerparadiese nicht duldet. Der wirk-  
 liche Rip van Winkle hat bloß 7 Jahre geschlafen; die Rip  
 van Winkle's der deutschen Reichsregierung aber 7 mal 7 Jahre.

Und warum gehen die deutschen Auswanderer denn außer  
 Landes? Man frage drüben in Amerika einmal die Aus-  
 gewanderten — von je hundert, die hinübergezogen sind,  
 werden 99 antworten: der Militärdienst, Polizei-  
 Chikanen, Steuerüberbürdung, Arbeitslosigkeit,  
 Verfolgungen, kurz, die politische und  
 wirtschaftliche Misère hat uns aus dem Vaterlande  
 getrieben.

Die Auswanderer flüchten sich vor der deutschen Reichs-  
 herrlichkeit, die ihnen als Reichsfeind erscheint. Sie sind  
 froh, dem „nationalen Juchthaus“ entronnen zu sein. Und  
 sie wären verrückt, wollten sie in der einen oder anderen  
 Form zu der Bastille, aus der sie sich glücklich befreit haben,  
 wieder in „nähere nationale Beziehungen treten“.

Rein Zweifel, unsere Rip van Winkle's schlafen noch  
 immer.

### Politische Uebersicht.

Berlin, 9. April 1897.

**In allen Wipfeln ist Ruh!** Die Politik scheint schon  
 unter dem Einfluß des Osterfestes zu stehen, obgleich sie sonst  
 solch poetischen oder gar religiösen Einflüssen, trotz aller  
 Christlichkeit, nicht zugänglich ist. Aber Thatsache ist: auf  
 dem Gebiet der äußeren und inneren Politik ist plötzlich eine  
 Windstille eingetreten, die, nach den Aufregungen der  
 letzten Monate, etwas Unheimliches hat. Windstille  
 auf dem Weltmeer sind den Schiffskapitänen bekann-  
 lich nicht sehr lieb, weil sie in der Regel die  
 Vorboten furchtbarer Orkane und Kreisstürme sind. Möge  
 das mit der gegenwärtigen politischen Windstille nicht der  
 Fall sein! An Landstift fehlt es ja leider nicht; die Diplo-  
 matie hat den vorhandenen bloß noch vermehrt, und  
 da sie keine Frage gelöst, wohl aber alle nur  
 noch mehr verwickelt, und nur einen Ausschub der Lösung oder  
 Lösungen erwirkt hat, so müssen wir auf Ueberraschungen und  
 Katastrophen gefaßt sein.

Augenblicklich aber herrscht Windstille, und kündigt die  
 Oesterreche sich überall an. Der deutsche Reichstag ist zuerst in  
 die Ferien gegangen, das französische, englische und italienische  
 Parlament folgen in diesen Tagen nach, und der einzige Lärm,  
 der augenblicklich die feiertägige Ruhe unterbricht, sind die  
 Nachgewitter des französischen Panama und des italienischen  
 Panama.

Ueber die Lage im Orient liegen heute die folgenden  
 Meldungen vor:

Die Times melden aus Konstantinopel vom 8. April:  
 Die Porte hat während der letzten Woche drei Rundschreiben  
 an ihre auswärtigen Vertreter gerichtet, in denen sie fordert,  
 die griechischen Truppen sollten Kreta räumen; ferner protestirt  
 die Porte im Voraus gegen die Einsetzung eines europäischen  
 Gouverneurs durch die Mächte und beschwert sich über die Un-  
 gerechtigkeit, die Mohammedaner auf Kreta zu entwaffnen, während  
 den Christen erlaubt sei, die Waffen zu behalten.

„Daily News“ erfährt aus Kanea vom 8. d. M.:  
 Das russische Flaggschiff „Alexander“ wird morgen Suda ver-  
 lassen, um den russischen Konsul nach Nefino zu bringen, welcher  
 aus eigener Initiative versuchen will, wenn irgend möglich, eine  
 Zusammenkunft der kretensischen Führer herbeizuführen, um ihnen  
 die Vortheile der Autonomie auseinander zu setzen. Das russische  
 Kriegsschiff „Nicolau“ geht nach Smyrna, um Kohlen und  
 Proviant in Vorbereitung der Blockade Griechenlands einzu-  
 nehmen. Der Kapitän des österreichischen Kriegsschiffes „Kron-  
 prinzeßin Stefanie“ erhielt einen Brief von den Insur-  
 genten aus Kissamo, in welchem erklärt wird, daß bei  
 dem feindlichen Vorgehen der Mächte die Insur-  
 genten verfahren würden, als wären sie im  
 Kriegszustande mit denselben. Der Kampf werde  
 ständlich erwartet. Der österreichische Admiral wird morgen nach  
 Kissamo gehen. Man hält es für wahrscheinlich, daß die Block-  
 häuser zerstört werden, um sie nicht in die Hände der Insurgenten  
 fallen zu lassen.

Der Skandal von Kreta ist noch immer an keinem einzigen  
 Punkte beigelegt. Treffend charakterisiert die „Wiener Arbeiter-Ztg.“  
 die Situation mit folgenden Ausführungen: Aus der Gluth der  
 Depeschen und Korrespondenzen über Kreta, die tagtäglich in das  
 Redaktionsbureau einbricht und das Blatt überschwemmen möchte,  
 entnimmt man heute wie morgen, was man gestern und vorgestern  
 entnommen hat: daß der Streit um Kreta ein schmutziger Zivil-  
 prozess ist, den die Federfuchser nach allen Regeln der Ber-  
 schleppungskunst in der Schwebe erhalten. Ein Strafprozeß hätte  
 es sein sollen — frisch zugreifend, mit den Mißständen kurzer-  
 hand aufzuklärend. Statt dessen spielt sich ganz dasselbe ab, was  
 einen Zivilprozeß zu den lieblichsten Dingen aus Erden macht: Vor-  
 lauter prozeßhindernde Einreden, die es aus allen Winkeln regnet,  
 wird zur Hauptsache gar nicht verhandelt, und was die Ministerien,  
 Volkshäuser, Gesandtschaften und diplomatischen Agenturen unter-  
 einander an Noten wechseln, das alles hat nur den Werth der  
 Makulatur. Gleichwie eine Partei im Zivilprozeß durch Annehmung  
 mannigfacher Kniffe das Endurtheil im Streit in unabsehbarer  
 Ferne rücken kann, indem sie darauf hinarbeitet, vorerst in formaler  
 Beziehung eine ganze Reihe von Zwischenurtheilen erlassen zu  
 lassen, so haben es die Diplomaten auch in dem Streit um  
 Kreta eingeführt: trotz, oder vielmehr: wegen der zahllosen Noten,  
 Erklärungen, Proteste und Gegenproteste, die alle erst instanz-  
 mäßig beantwortet, erledigt und intimirt werden müssen, kommt  
 die laubere Geschichte nicht vom Fleck. Das ist eine merkwürdige  
 Aktion, die wir da mit ansehen. Im Zivilprozeß, wenn's immer  
 bunter und bunter wird, verständigen sich zuweilen die Parteien  
 unter der Hand und jagen die Advokaten zum Teufel. Daß man  
 den Diplomaten, die aus der allgemeinen Unruhe und Spannung,  
 die sie künstlich hervorgerufen, für ihr schäbiges Handwerk Profit  
 ziehen, nicht ebenso den Saupapier ertgellen kann, ist ein Unglück der  
 Völker, das hoffentlich nicht ewig währen wird. Das Schöne  
 aber ist: wir müssen uns mit den diplomatischen Schmeiche-  
 len in betreff Kretas befassen, weil wir Soldaten auf Kreta haben,  
 und weil es uns nicht gleichgültig ist, ob man dort auf sie schießt  
 oder nicht.

Chronik der Majestätsbeleidigungen Prozesse. Der vor  
 reichlich einem halben Jahre wegen Majestätsbeleidigung zu 2 Jahren  
 Gefängnis verurtheilte Knecht J. Paulsen aus Panhol ist nunmehr  
 gegen eine Kaution von 2000 M. aus der Haft entlassen. Wir be-  
 richteten schon, daß das Wiederaufnahme-Verfahren in der Sache  
 Paulsen eingeleitet werden sollte, da die Annahme vorlag, daß  
 auf grund falscher Aussage die Verurtheilung seinerzeit erfolgte.

### Deutsches Reich.

— Gegen die Differenzierung des Judentums im  
 neuen Polgesetz der Vereinigten Staaten ist seitens der Reichs-  
 regierung als einer Verletzung des Reichsbeginstignungsvertrages in  
 Washington Protest eingelegt worden.

Die Ratifikations-Urkunden des Handelsvertrages zwischen dem Deutschen Reich und Nicaragua sind heute in Guatemala ausgetauscht worden. Der Vertrag tritt gleichzeitig mit dem Austausch der Ratifikationen in Kraft.

Die Nachwahl in Torgan-Liebenwerda hat mit einem Siege des Kandidaten der freisinnigen Volkspartei geendet. Andre hat mit über 2650 Stimmen Mehrheit über den reichsparteilichen Kandidaten v. Sussenius gesiegt.

Hofrath de Grath ist nun vom Volksschen Bureau entlassen. Das ist aber minder wichtig als die Frage, wer denn die Hinterzimmer des so geschäftstündigen, in allen Sätteln und Gesinnungen gerechten Hofrathes sind. Herr de Grath ist viel zu erfahren und zu gewandt, als daß er der Dupirte ist. Er hat andere zu täuschen gesucht, aber nicht in eigenem Interesse, sondern in dem anderer. Wer sind diese?

In den sächsischen Landtags-Wahlen. Auf Veranlassung des konservativen Vereins zu Dresden hat das Ministerium des Innern eine Entscheidung darüber getroffen, ob nach dem neuen Landtags-Wahlgesetz Abschriften von den Wählerlisten theilhaft werden sollen. Die Entscheidung geht dahin, daß die Gemeindebehörden — gegen Entgelt und soweit sie Zeit und Schreibkräfte haben — auch fernherhin Abschriften von den Wählerlisten geben können. Verpflichtet sind sie jedoch nicht. Die Abschrift kann erlassen lassen, welcher Arttheilung (Klasse) ein Wähler angehört, über die Steuerverhältnisse der Einzelnen darf sie aber keine Auskunft geben. Es bleibt also im allgemeinen der alte Zustand bestehen, daß es vom guten Willen der Gemeindebehörden abhängt, ob sie Abschriften geben wollen oder nicht.

Niederhafflau (Sachsen), 7. April. (Fig. Ver.) In einer der letzten Gemeinderath-Sitzungen stand die leidige Ortsvorsteher-Wahl zur Erörterung. Der kommissarische Verwalter des Gemeindevorsteher-Amtes, ein früherer Rathsekretär aus Burgen, der sich dort mit intensiver, aber nutzloser Sozialistenbitterei befaßt und deshalb jedenfalls zum Verwalter des gut sozialistischen Niederhafflau erkoren worden ist, erklärte den Gemeinderath-Mitgliedern, daß ihnen das Festhalten an der Kandidatur des abgelehnten Bergarbeiters Rich. Knoll nichts nütze, die vorgesehene Behörde werde ihn stets wieder ablehnen. Der Gemeinderath beschloß darauf gegen die üblichen fünf ordnungsparteilichen Stimmen, den Bescheidweg bis zur höchsten Instanz zu beschreiten. Auch hierin suchte sie der Herr Kommissar zu verhindern, indem er bemerkte, der Instanzweg sei erschöpft. Diese Erklärung begleiteten unsere Gemeinderath-Mitglieder mit einem ironischen Lachen, worauf ihnen der Herr aber resignirt erklärte, er werde sie wegen dieses Lachens bestrafen lassen.

Durch die nunmehr bereits sechsmal erfolgte Ablehnung des Bergarbeiters Knoll als Gemeindevorstand hat die Amtshauptmannschaft dem ohnehin armen Ort ca. 800 Mark mehr Verwaltungskosten aufgeschliffen. Unter Hinweis hierauf suchte der provisorische Vorstand die Gemeinderathe zu bestimmen, von der Wiederwahl des Knoll Abstand zu nehmen, was diesen jedoch gar nicht einfiel. Sie werden ihn wiederwählen.

Gothaer Landtag. Die Koburger Abgeordneten haben durch ihre energische Drohung, so lange Obstruktionspolitik zu treiben, bis ihr Wunsch, Zurückziehung der Ministerialinstruktion, erfüllt ist, erreicht, daß dieselbe für Koburg zurückgezogen wurde, während dieselbe für das Großherzogthum Gotha weiter besteht. Dies hat seinen Grund darin, daß die Koburger Abgeordneten, ob vom Lande (agrarisch) oder aus den Städten (freisinnig), in dieser Frage fest zusammenstanden, während die Gothaer (7 Sozialdemokraten, 8 Agrarier und nationalliberal-agrarisch gesinnte und 4 Freisinnige, die aber beileibe nicht alle fest zum Freisinn schwören) getrennt marschirten. Der Antrag auf Einführung des Reichstags-Wahlrechts, welchen Genosse W o d in der vorigen Session stellte, wurde diesmal von einem Koburger Freisinnigen gestellt, ebenso ein zweiter Antrag, unter Verbeibaltung des jetzigen Wahlrechts gedruckt, ohne Nummer und Stempel versehenes Stimmzettel einzuführen. Diese Wahlanträge gaben dem Ministerium die erwünschte Gelegenheit, zu erklären: Nimmt der Landtag einen dieser Wahlanträge an so halte sich das Ministerium (Strenge) verpflichtet eine gänzliche Umarbeitung des Wahlgesetzes in der Richtung vorzunehmen, daß nicht mehr wie bisher der niedrigste Steuersatz zur Ausübung des Wahlrechts genüge, sondern daß auch dem Besitz sein rechtliches Maas von Einfluß gesichert werde und schwebe ihm, Strenge, das Pluralsystem des neuen Reichstags-Wahlrechts, 1-20 Stimmen, vor. Genosse W o d ging mit dem Herrn Minister streng ins Gericht. Er führte aus: Es sei kein Zweifel, daß bei der Stimmung der Regierung und der Majorität des Hauses mit der Zeit ein Gesetz eingebracht würde, welches die Bevölkerung nicht entzünden werde. Er sei überzeugt, daß die Anwesenheit von sieben Sozialdemokraten der Regierung sowohl wie der Majorität des Landtags arge Verkleinerung verursache. (Widerspruch.) Er bestritt entschieden, daß nur die reichen Klassen zur Gesetzgebung berufen und den anderen Klassen an Wissen, Bildung und gutem Willen überlegen seien. Wer sich der heutigen großen Bewegung verschließen, habe keine Einsicht in den Gang der Entwicklung. Manche glauben nur mit Gewalt, worunter auch die Ausschließung aus den Vertretungen falle, etwas erreichen zu können. Der italienische Minister Cavour habe erklärt, mit dem Belagerungsstand könne jeder Regierung. Auch mit dem Pluralsystem kann schließlich jeder regieren. Glauben Sie denn, daß Sie immer ohne die Sympathie des Volkes existiren können? Welche Wirkung würde es haben, wenn wir hinaud gingen und dem Volke erzählten, daß jetzt nur noch der Geldsack entscheide? Man habe geglaubt, daß wir jetzt im Landtage unberechtigte Ansprüche erheben würden. Bis jetzt sei das nicht geschehen und es werde auch nicht geschehen. Es sei kein Zufall, daß gerade in Gotha sieben Sozialdemokraten gewählt seien, da es industriell noch entwickelter sei als Koburg. Es ist stets die Entwicklung, welche bei Wahlen in die Erscheinung tritt. Man solle an einem brodelnden Kessel die Ventile nicht schließen, sondern weit öffnen. Wir sind nicht die blutigen Revolutionäre, als welche man uns so gern hinstellt. Wir wollen uns betätigen durch ruhige und friedliche Arbeit. Genosse J o o s, Schauer und W o l l selbündigen Kräftig, schließlich wurde der allgemeine Wahlrechtsantrag mit 18 gegen 15 Stimmen abgelehnt. Dagegen stimmten auch 6 Koburger. Der Verbesserungsantrag gelangte mit 22 gegen 6 Stimmen zur Annahme.

Unsere Fraktion hat bis jetzt drei Anträge gestellt: Einführung zweijähriger statt vierjähriger Etatsperioden, Einführung eines eigenen Fabrikinspektors und einer Assistentin desselben, und Abschaffung der Gesinde-Ordnung. Der Antrag auf Einführung zweijähriger Etatsperioden wurde in der Verfassungskommission, der auch Genosse W o d angehört, einstimmig angenommen und vom Landtag zum Beschluß erhoben. Der Antrag auf Einführung eines eigenen Fabrikinspektors wurde, nachdem die Antragsteller die Assistentin, um Einstimmigkeit zu erzielen, diesmal noch fallen ließen, von der Verwaltungskommission gleichfalls einstimmig angenommen. Die Gesinde-Ordnung kommt im Spezial-Landtag Gotha zur Entscheidung.

Der Einfluß der sozialdemokratischen Fraktion, die sich als solche konstituirte und Genossen W o d zum Vorsitzenden, Genossen D e n n e r zum Schriftführer wählte, übt auf den Landtag den ihr gebührenden Einfluß aus und sieht den kommenden, nicht uninteressanten Kämpfen mit Ruhe entgegen.

Auf Grund des Diktaturparagraphe wurde der französische Jesuitenpater Murry in Wies ausgewiesen. Auf Grund des bestehenden Rechts konnte man, wie es scheint, seine literarischen Werke nicht verfolgen, daher wandte man den so beliebten Diktaturparagraphe an.

Koloniale Duellchronik. In einem Pistolenduell wurde der 36-jährige Vorsteher der kaiserlichen Hauptpostagentur in Windhoek, Südafrika, Ober-Postsekretär Sachs, der älteste Sohn des derzeitigen Postsekretärs Sachs in Grauburg, schwer verwundet. Der Prügelsoldat hat sich nach hier

eingetroffenen, anscheinend authentischen Nachrichten aus bisher unbekanntem Ursachen mit dem dortigen Ober-Landmesser Düring duellirt. Die Kugel ist durch den rechten Arm und dann in den Kumpf eingedrungen und hat dabei die Lunge gestreift; beide Weine sind empfindungslos, das Rückenmark ist wahrscheinlich durch einen Knochen splitter der Wirbelsäule verletzt, wodurch eine schwere Operation nöthig wurde, über deren Resultat noch keine weiteren Nachrichten vorliegen. Nach dem Anspruche des behandelnden Arztes wird Sachs selbst im günstigsten Falle auf längere Zeit dienstunfähig bleiben.

Vor längerer Zeit ging hier unter den Fronnen der Klingelbeutel für eine in Windhoek zu erbauende Kirche herum. In Windhoek werde ein solcher Neubau allgemein als dringendes Bedürfnis empfunden. Haben sich auch die beiden Duellanten für den Bau dieses Instituts interessiert?

### Oesterreich.

Wien, 9. April. Das Abgeordnetenhaus beginnt die gleichzeitige Verathung der Dringlichkeitsanträge Wolf (Schönererpartei), Funke (deutsch-fortschrittlich) und Steinwender (deutsche Volkspartei) betreffend die letzten Sprachen-Verordnungen für Böhmen. In seiner Begründung hebt der Antragsteller Wolf die große Erregung der Deutsch-Böhmen hervor, welche die Sprachen-Verordnungen als einen Schlag ins Gesicht ansehen, und weist auf die Rechte des Parlaments hin, welche durch diese Verordnungen verletzt würden. Redner greift in sehr heftiger Weise den Polentub und die Juden an. Funke bezeichnet die Sprachen-Verordnungen als einen Verfassungsbruch unter Hinweis auf die Staatsgrundgesetze und erklärt, die Deutschen könnten auf dieser Grundlage keinen Ausgleich annehmen und die Wahlkurien nicht als eine Gegenkompensation anerkennen. Wenn sie dieselben aber nicht erhalten sollten, so würden sie dem böhmischen Landtage fernbleiben.

Der dritte Antragsteller Steinwender führte aus, nicht die Deutschen, sondern der Staatsdienst verlange, daß die Beamten deutsch können. Der Dienst erfordere jedoch nicht die Kenntniß der tschechischen Sprache. Die Verordnungen seien geeignet, die deutschen Beamtenstellen auch den Deutsch-Böhmen zu verschließen. Ministerpräsident Badeni erklärt, die Bestimmung der Amtssprache der Staatsbehörden sei das Recht der Exekutive, welches seit dem Beginn der konstitutionellen Aera gelte. So großen Werth die Regierung auf die Unterstützung der tschechischen Partei lege, sei die Erlassung der Sprachen-Verordnungen doch nicht etwa aus parlamentarisch-faktischen Gründen erfolgt. Diese Frage müsse vielmehr von einem doppelten Gesichtspunkt behandelt werden: erstens von dem Standpunkt der Gerechtigkeit und Gleichberechtigung, zweitens von dem der Schaffung einer Basis zur Annäherung eines friedlichen, auf wechselseitiger Anerkennung und gleichem Rechte beruhenden Zustandes in Böhmen. (Widerspruch links, Unruhe.) Er betrachtet die Lösung der Sprachenfrage als eine Voraussetzung zu einer gezielten Lösung der böhmischen Frage. (Widerspruch rechts, Widerspruch links.) Da die Regierung der Ueberzeugung war, daß die Frage im Wege der Verständigung beider Völkerräume nicht geregelt werden könne, fühlte sie sich verpflichtet, im Rahmen ihrer Befugniß einzugreifen. Es sollte nirgends der geringste Zweifel aufkommen, daß die Regierung gewillt und fest entschlossen ist, die berechtigten Interessen des deutschen Volkstammes in Böhmen zu schützen. Im Sinne des kaiserlichen Handschreibens werde sie sich, unbedeutend durch zeitweilige Parteischwierigkeiten, ausschließlich durch das allgemeine Staatsinteresse bestimmen lassen. Die jetzt so belämpfte Maßregel werde doch im Interesse der politischen Ausöhnung dienlich sein. Allerdings müsse der tschechische Volkstamm das seinige zur Schaffung friedlicher Verhältnisse in Böhmen beitragen. (Widerstand rechts, Widerspruch links.) Die Sitzung dauert fort.

Die polnischen Wahlen sind nun im Abgeordnetenhaus dank dem entschiedenen Eingreifen der Sozialdemokraten und der sonstigen unabhängigen Abgeordneten aus Galizien erledigt worden. Den tiefen Eindruck der zahlreichen haarsträubenden Vergeßlichkeiten der Wähler, die mit genauen Angaben von Ort und Zeit und Zeugen angeführt wurden, konnten die aufglatzten Worte Badeni's und der Badenisten nicht vermindern. Das Abgeordnetenhaus stand ganz unter dem Eindrucke der wirkungsvollen Rede des Genossen Daszynski und votirte einstimmig die dringliche Behandlung seines Antrages. Aber die Junggeheuer hinderten die Annahme des Antrages, indem sie dem Grafen Badeni neue Brücken bauten. Eine Depesche aus Wien meldet hierüber:

Zu der heute fortgesetzten Verathung des Dringlichkeitsantrages Daszynski auf Einsetzung eines Ausschusses zur Prüfung der bei den letzten Reichstagswahlen, insbesondere in Galizien, vorgekommenen Wahlmissbräuche, wurde nach längerer Debatte ein Antrag Strassky mit großer Mehrheit angenommen, wonach der Antrag Daszynski und der entsprechende Antrag Czumiewski dem Legitimationsausschusse zur eventuellen Berücksichtigung der in der Debatte vorgebrachten Thatsachen bei Verifizierung der betreffenden Wahlen überwiesen werden sollen.

Gegen diesen Antrag stimmten mit den Sozialdemokraten die Liberalen und die Christlich-Sozialen.

Das Graf Badeni eine schwere moralische Niederlage erlitten hat, geht schon aus dem Beunruhigungszustand hervor, das der so überbelebte Polentub seinem Verteidiger und Wohltäter ausstellte. Hierüber meldet eine Depesche aus Wien:

Der Polentub veröffentlicht eine Kundgebung, in welcher er dem Ministerpräsidenten Grafen Badeni warme Anerkennung für dessen Haltung in der Debatte über die Wahlen in Galizien zollt und demselben die Versicherung fortdauernden Vertrauens zu seiner Person und Politik ausspricht.

### Ungarn.

Budapest, 9. April. Die liberale Partei wählte in den Ausschuss zur Revision des Inkompatibilitätsgesetzes dreizehn Mitglieder. Acht Mitglieder wurden der Opposition vorbehalten, die bereits ebenfalls ihre Wahlen in diesem Ausschuss vollzogen hat.

### Frankreich.

Paris, 9. April. Maret hatte gestern vor dem Untersuchungsrichter in Gegenwart Arton's eine Vernehmung, bei welcher Arton behauptete, Durdean habe 60 000 Franks für die Ausarbeitung des Berichtes über die Panama-Affäre, der für die Kammer bestimmt war, ausbezahlt erhalten; Maret erhielt 90 000 Franks, um den Bericht zu vertheiligen.

Der Sozialist Rouanet wird in der morgigen Kammer Sitzung beantragen, daß die Aussagen des Untersuchungsrichters Le Poitevin von der Immunitätskommission im Amtsblatt veröffentlicht werden.

Paris, 8. April. Der Ministerpräsident Meline wohnte heute einem von dem Syndikat der Zuckerfabrikanten aus Anlaß der Bewilligung der Zuckersubvention veranfaßten Banket bei. Meline rief den Fabrikanten, an dem Gesetze festzuhalten oder, wenn es notwendig sein sollte, nur im Einvernehmen mit allen Interessenten daran zu rühren. Die Zuckersubvention, die früher eine innere war, ist jetzt eine internationale Frage geworden, aber die Regierung ist entschlossen, bei eventuellen Verhandlungen die Aufrechterhaltung des Gesetzes von 1848 außer Diskussion zu stellen. Der Ministerpräsident schloß mit dem Wunsche, eine glückliche Lösung der Frage der internationalen Konferenz zu sehen.

Ein reizendes Bild in wenigen Zeilen: Herr Meline als Gast bei den koalirten Zuckervertretern! Seine Bitte, das Gesetz doch nicht sofort zu überretren! Unsere Ribenbarone werden Herrn Meline, den obersten Beamten der Erbfeinde, als leuchtendes Beispiel Herrn v. Marschall entgegenhalten.

Paris, 8. April. In der Panama-Affäre bildete gestern der Besuch des sozialistischen Abgeordneten Clovis Hugues beim Untersuchungsrichter das Hauptereignis, weil derselbe die Unschuld des Deputirten erwies. Clovis Hugues wurde außer Verfolgung gesetzt.

### Niederlande.

Unsere Niederländer Genossen sind eifrig in der Wahlbewegung; sie entwickeln eine größere Thätigkeit als die alten Parteien. Das neue Wahlgesetz giebt ihnen die Möglichkeit, einige Kandidaten durchzusetzen. Es ist aber nicht, wie ein hiesiges Blatt behauptet, allgemeines Wahlrecht. Von der männlichen Bevölkerung über 25 Jahren hat jetzt ungefähr 2/3 das Stimmrecht, — etwa 650 000, während früher nur 1/3 — etwa 320 000, das Stimmrecht hatten.

Die zweite Kammer hat 100 Abgeordnete, unter denen bisher 57 Liberale waren, 8 Radikale, 25 Katholiken (unserem Centrum entsprechend) und 14 Seg. Antirevolutionäre, d. h. orthodoxe Protektanten. Man sieht, frisches Blut thut sehr noth.

### England.

London, 6. April. (Fig. Ver.) Die Kommission zur Feststellung über den Jameson'schen Einfall in den Transvaal — nimmt eine etwas unerwartete Wendung. Nachdem schon in früheren Sitzungen eine Reihe unterer Regierungsbeamter als Mitwisser an dem Unternehmen bloßgestellt worden, hat jetzt das Verhör des Oberst Willoughby dem Verdacht, daß im Kolonialministerium selbst Mitwisser des Unternehmens seien, frische Nahrung gegeben. Herr Willoughby, dessen Verhör am vorigen Freitag begann und gestern fortgesetzt wurde, hat sich durch einen Brief an das Kriegsministerium, der Zurücknahme seiner Raskierung erwirken sollte, hereingekittelt. Dort erklärte er, er habe an dem Ueberfall nur theilgenommen, weil ihm von Jameson gesagt worden sei, die Reichsbehörden billigten ihn. Jameson selbst will nur gesagt haben, die Reichsbehörden würden die Sache schon nachträglich billigen. Es liegt aber auf der Hand, daß eine solche vage Behauptung einem Mann in so verantwortlicher Stellung wie Oberst Willoughby — er war der Führer der Regierungstruppen und in seiner Weise Jameson's Untergebener — nicht genügen darf. Die liberalen Mitglieder der Untersuchungskommission bestehen daher darauf, daß er bestimmte Angaben darüber mache, was ihm Jameson gesagt habe. Das verweigert Herr Willoughby. Erst fühlte er sich darauf, daß es sich um Privatgespräche handle, und als ihm erklärt wurde, diese Rücksicht könne nicht anerkannt werden, gab er die Erklärung ab, er verweigere die Aussage im öffentlichen. — d. h. Staats — Interesse und sei bereit, die Konsequenzen dieser Weigerung zu tragen. Die Kommission hat daraufhin gestern die Sitzung abgebrochen, um erst zu beraten, welche weitere Schritte sie nehmen kann, um Willoughby zur Zeugenaussage zu nöthigen.

Inzwischen ruht aber um so größerer Verdacht auf das Kolonialamt und dessen Leiter — Chamberlain. Dieser hat bis auf weiteres die Konsequenzen der Zeugnisverweigerung des Herrn Willoughby zu tragen.

### Italien.

Die sozialistische Kammerfraktion hat sich konstituirt. Zum Sekretär wurde Genosse Manini gewählt. Andrea Costa wurde bestimmt, bei der Diskussion über die Thronrede den Standpunkt der Fraktion zu vertreten. Beschlossen wurde, die Regierung zu interpelliren darüber, wie sie sich zu verhalten gedente den Behörden gegenüber, die während der Wahlzeit durch die Willkür sich gegen das bestehende öffentliche Recht vergangen haben. Turati wird diese Interpellation begründen. Ferner wurde Bissolati beauftragt, die Regierung über ihre Orientpolitik zu interpelliren. Beschlossen wurde endlich, Abänderungsanträge einzubringen zu den von der Regierung entworfenen Gesetzesvorschlägen betreffend die Invaliden- und Unfallversicherung der Arbeiter. Andere Gesetze sozialreformatorischer Natur, wie Schutz der Frauen- und Kinderarbeit, Maximalarbeitszeit u. w. wird die sozialistische Gruppe durch Einbringung von Initiativanträgen herbeizuführen suchen.

Rom, 8. April. Der Senat genehmigte heute den Entwurf der Thronrede-Beantwortung. In dem die Orientfrage behandelnden Theil der Adresse wird der Wunsch ausgedrückt, es möge der italienischen Regierung gelingen, gemeinsam mit den übrigen Mächten den Frieden zu sichern, indem den Völkern Gerechtigkeit geschehe.

Rom, 9. April. Deputirtenkammer. Die Deputirten sind sehr zahlreich erschienen, die Tribunen dicht besetzt. Das Haus legt die Verathung der Interpellation bezüglich Kretas fort. San Giuliano griff die Politik der Regierung an und befürwortete die Annexion Kretas durch Griechenland.

Der Minister des Aeußern, Visconti Venosta, sagt bei Beantwortung der Interpellationen in betref Kretas: Die Politik Italiens und der anderen Mächte bedeutet den Fortschritt im Orient und den Frieden in Europa. Der Minister hebt die Nachtheile hervor, die für Italien eingetreten wären, wenn es aus dem europäischen Konzert ausgeschieden wäre. Griechenland würde keine Demüthigung dadurch erleiden, daß es dem Willen Europas sich füge. Wenn die gegenwärtige Krise im Orient überwinden sei, indem sie, ohne Verletzung des Status quo, für die Verwirklichung eines Fortschritts verwirklicht, so werde das Ziel der italienischen Politik erreicht sein.

Theilweise Ministerkrise. Aus Rom wird telegraphirt, daß die Demission des Justizministers Costa und die Uebernahme seines Portefeuilles durch den früheren Unterrichtsminister Martini als bevorstehend angesehen wird.

Kommt er ins Zuchthaus? Kommt er nicht ins Zuchthaus? Das ist die Gretchenfrage, die das italienische Publikum sich seit 8 Tagen vorlegt. Der „er“ ist natürlich Crispi. Schwer belastet ist er — schwerer war nie ein Verbrecher belastet — aber er hat Freunde. Der König hat ein Interesse, ihn nicht auf die Anklagebank und ins Zuchthaus kommen zu lassen. Wird der König ihn retten können? Verfehlt der König durch diese Parteinahme für einen Verbrecher, den jeder Mann in Italien als Verbrecher kennt, nicht der Monarchie eine tödtliche Wunde? Kann er die Geschichte der Monarchie mit denen eines Zuchthaus-Kandidaten zusammenkoppeln?

Gestern hieß es, der König habe es gewagt. Heute heißt es wieder, der Kaiserbefehl gegen Crispi sei erlassen.

Warten wir ab, wie dieses Duell zwischen öffentlicher Moral und dynastischem Interesse ausläuft. Wie es auch enden mag, unsere Genossen in Italien haben den Gewinn.

### Dänemark.

Verfassungstreue der dänischen Regierung. Am Anfang dieser Woche sollten einige Bedenken des Folkething über eine Reihe Budgetpunkte aus den Jahren 1897/98 und 1894/95 zur Verathung kommen, mußten aber abgesetzt werden, weil Professor Scharling, der Wortführer der Rechten, sich als krank meldete. Es ist nur zu begreiflich, daß die Rechte sich vor der Verantwortung dieser Punkte ein wenig drückt, denn namentlich 1894/95 ist von der Regierung fast ebenso ohne Rücksicht auf die Bewilligungen gewirksam geworden, wie in den konfliktreichen Jahren. Obwohl 1894/95 mit einem geschwähig bewilligten Budget registriert wurde, hat die Regierung bedeutende Beträge für militärische Zwecke verwendet, dagegen Gelder, die für Kultur-Zwecke bewilligt waren, nicht benutzt! Unter diesen Summen befinden sich allein fast 2 000 000 Kr. für Anlage eines Forts und außerdem 1/2 Million für andere militärische Zwecke. Nicht benutzt wurden dagegen z. B. 700 000 Kr. für Vermehrung des Wagenparks der Eisenbahnen.

Während die Linke nun diese Posten nicht anerkennt, sondern vor dem Reichsgericht Klage gegen das Ministerium erheben wird, ist die Rechte bereit, zuzustimmen, obwohl der „große Vergleich“ nur auf der Grundlage zu stande gekommen war, daß die provisorischen Gelbtausgaben nun ein Ende haben sollten! Gestern fand nun die Verathung hierüber statt. Da die Moderaten sich auf die Seite der Opposition stellten, wurde die nachträgliche Bewilligung vom Folkething mit 50 gegen 15 Stimmen verweigert. Bei der Debatte mußte Prof. Scharling namens

der Meisten die ungeschickliche Verwendung der Gelder anerkennen er will aber einen Strich machen über diese alten Geschichten.

Der Folkething behielt sich sein Recht vor, das Ministerium vor dem Reichsgericht zur Verantwortung zu ziehen. In der angenommenen Resolution heißt es u. a.: „Die Regierung hat in hohem Grade, daß man einen parlamentarischen Ausdruck finden könne, der einigermaßen das Verfahren der Regierung charakterisiert.“

### Norwegen.

**Christiania, 8. April.** Die Stadtverordneten beschloffen heute mit 43 gegen 13 Stimmen, die reine Flagge ohne Unionskennzeichen auf allen städtischen Gebäuden Christiania's zu hissen und zwar zum ersten Mal am 17. Mai, dem Tage der Verfassungsfeier.

Damit scheint der Kampf zwischen Schweden und Norwegen, der eine Zeitlang geruht hat, wieder ausbrechen zu wollen. —

### Afrika.

— Ueber die Zukunft Afrika's veröffentlicht der „Beiffeler „Soir“ ein Interview seines Londoner Korrespondenten mit Charles Dille, dem ehemaligen Unterstaatssekretär im Kabinett Gladstone und jetzigen radikalen Mitglieds des Unterhauses, über die Kongofrage. Dille übermängelt die Verwaltung des unabhängigen Kongostaates und erklärt, die europäischen Mächte würden in Afrika mehr Unheil als Gutes anrichten. Im Jahre 1901 werde Frankreich den Kongostaat erhalten und zwar mit der Zustimmung Englands und Deutschlands. Diese drei Nationen würden sich übrigens Afrika theilen. —

### Amerika.

**Jacksonville, (N. Y. Herald.)** Am Dienstag Nacht ist es dem Freibeuterdampfer „Vermuda“ gelungen, mit einer großen für Kuba bestimmten Expedition von dort auszulassen. Der Dampfer „Kate Spencer“, welcher die Beichterschiffe mit der Munition für „Vermuda“ außerhalb des Hafens bugliert hatte, ist von den Behörden beschlagnahmt worden. Die „Vermuda“ werde die Küste der Provinz Santa Clara anlaufen. —

### Polynesien.

— Die Regierung von Hawaii hat die Landung von 400 japanischen Einwanderern verboten und der Gerichtshof von Hawaii bestätigte das Verbot. Wie verlautet, hat die Regierung der Vereinigten Staaten von Nordamerika ein Kriegsschiff nach Hawaii entsandt, und die japanische Regierung beschloß, das gleiche zu thun. —

## Parlamentarisches.

Eine Interpellation über die amerikanische Zollpolitik ist vor Beginn der Osterferien vom Grafen Kanitz mit Unterstützung der Nationalliberalen, Antisemiten und der beiden konservativen Fraktionen eingebracht worden. Sie hat folgenden Wortlaut: „Beabsichtigen die verbündeten Regierungen — angesichts der bevorstehenden Erhöhung wichtiger Positionen des Zolltarifs der nordamerikanischen Union, insbesondere der verschärften Differenzierung der deutschen Zölleinfuhr —, an dem durch Notenaustausch vom 22. August 1891 getroffenen Uebereinkommen mit den Vereinigten Staaten festzuhalten?“

## Das Handwerk in Deutschland.

Ueber die Lage des Handwerks in Deutschland und die Mittel zu seiner Hebung ist namentlich in letzter Zeit sehr viel geschrieben worden. Ein großer Theil dieser Schriften ist darum völlig werthlos, weil ihnen die sichere Unterlage fehlt: Die Kenntnis der tatsächlichen Verhältnisse. Diese Kenntniss, die wir bisher nur über einige Zweige des Handwerks besaßen, verschafft uns jetzt das zehnbändige Sammelwerk des Vereins für Sozialpolitik\*) über fast alle wichtigeren Handwerke der verschiedensten Landestheile.

Daß die ganze Struktur unseres Handwerks im Laufe der letzten Jahrzehnte eine völlig andere geworden war, darüber bestand auch vor Erscheinen dieses Werkes kein Zweifel; daß aber dieser Umwandlungsprozeß bereits so weit vorgeschritten war, hatten auch die Kenner gewerblicher Zustände kaum für möglich gehalten.

Daß das Handwerk gegenwärtig eine schwere Krise durchmacht, durch die es in seiner ganzen Existenz bedroht wird, darüber sind sich alle einig; die Meinungsverschiedenheit beginnt erst mit der Frage, ob und wie dem Handwerk geholfen werden soll. Daß über diesen Punkt bisher keine Einigkeit erzielt werden konnte, liegt weniger an der Verschiedenartigkeit des politischen Standpunktes, als an der Unkenntniss der Ursachen, durch welche diese Krise des Handwerks herbeigeführt wurde.

Ein großer Theil der Handwerker — vielleicht alle mit verschwindenden Ausnahmen — ist noch immer der Meinung, daß das Handwerk durch die Gewerbefreiheit ruinirt worden ist; sie verstehen nicht oder wollen nicht verstehen, daß die Befehdung keinen ökonomischen Zustand schaffen, noch weniger aber einen bereits vorhandenen auf die Dauer in ihrem Sinne umgestalten kann, daß sie vielmehr lediglich der offizielle Ausdruck der jeweiligen Verhältnisse ist.

Forschen wir nun nach dem Grunde der Zurückdrängung des Handwerks durch den Großbetrieb, so finden wir, daß es nicht überall derselbe ist, daß vielmehr die Ueberlegenheit des Großbetriebes auf den verschiedenartigsten Ursachen beruht. Hier ist es die Verbesserung der Technik, welche ihm zum Siege verholfen hat, insbesondere die Einführung maschineller Kraft, wie z. B. in der Möbel- und Wäuscherei, dort die veränderte Organisation der Weltwirtschaft, wie in der Gerberei, die durch die amerikanische Großschlachtere seit Ende der 60er Jahre vollständig umgestaltet wurde. Oft ist es nur die größere Kapitalkraft und die kaufmännische Organisation, welcher das Handwerk erliegt, wie in der Malerei, die trotz keinerlei technischer Vortheile dennoch die Tendenz zeigt, sich großbetrieblich zu entwickeln. In der Schneiderei hat die Uniformirung der Kleidung die Entsehung der Großbetriebe wesentlich beeinflusst. Auch die Kürschnerei ist durch den Wechsel der Mode schwer geschädigt worden, ebenso das Freiseurgewerbe, von dem ein Zwerg, das Perrückenmacher-Gewerbe, dadurch fast ganz vernichtet wurde. In anderen Gewerben wieder hat die Umgestaltung der hauswirtschaftlichen Organisation schädigend gewirkt, wie vor allem in der Wäuscherei, deren Produktionsgebiet dadurch sehr eingengt wurde, daß viele Gegenstände, die früher im Haushalt gebraucht wurden, entweder gar nicht mehr verwendet oder aber aus anderem Material als Holz hergestellt werden. Diese Verdrängung einer Industrie durch eine Konkurrenzindustrie ist namentlich in der Töpferei zu beobachten, die durch Porzellan und Steingut große Verluste erlitten hat. In mehreren Gewerben, in denen heut die Großindustrie vorherrscht, hat sie, wie in der Kürschnerei, dem Handwerk im Anfange überhaupt keine Konkurrenz gemacht, indem sie sich auf die Herstellung von Gegenständen verlegte, die man bis dahin überhaupt nicht hergestellt, (die ganz billigen Pelzmaaten z.) oder die ihres hohen Preises wegen nur den Reichen zugänglich waren, wie Portemonnaies und andere Portefeuille-Artikel. Sehr interessant ist das Eindringen des Großbetriebes in die Steinhanerei, da es durch die neuere Schusskollpolitik erfolgte, welche zunächst die Ueberwindung behaglicher Fabrikunternehmungen auf deutschen Boden verursachte, deren Beispiel bald von deutschen Fabrikanten nachgeahmt wurde.

So sind es also die aller verschiedensten Ursachen — wir haben nur die wichtigsten aufzählen können —, welche die Ueberlegenheit des Großbetriebes über das Handwerk bewirkten. Will man also dem Handwerk überhaupt helfen, so kann dies sicherlich

nicht durch eine allgemeine Maßregel geschehen, wie durch Zwangsinnung und Befähigungsnachweis. Ueber die Leistungen der heutigen Innungen in wirtschaftlicher Hinsicht sind die Urtheile fast ausnahmslos gleichlautend: die Innungen leisten in dieser Beziehung nicht das geringste. Deshalb aber Zwangsinnungen wirtschaftlich mehr leisten sollten als freie, ist nicht leicht einzusehen. Ebenso steht es mit dem Befähigungsnachweis. Wird derselbe nur für handwerksmäßige Betriebe verlangt, so schadet er nur vor der unläuteren Konkurrenz in den eigenen Reihen, nicht aber vor der Konkurrenz des Großbetriebes; überdies ist zu beachten, daß es sehr schwer fallen dürfte, handwerks- und fabrikmäßigen Betrieb scharf von einander abzugrenzen. Wird aber der Befähigungsnachweis auch für Fabrik- und Bergwerksunternehmungen verlangt, so würde dies sehr einfach in der Weise geschehen, daß der Besitzer eines solchen Betriebes, falls er nur launmännisch gebildet ist, seinen Werkführer zu seinem Kompagnon erhebt mit einer projektualen Beteiligung am Reingewinn, die natürlich so abgemessen würde, daß das Einkommen dieses „Kompagnons“ nicht erheblich größer würde als früher.

Von großer Bedeutung sind auch die Angaben, welche wir in den „Untersuchungen“ über die Thätigkeit von Kohstoff, Verkaufs-gesellschaften zc. finden. Man pflegt ja allgemein zu behaupten, daß in der Gründung solcher Gesellschaften die einzige Rettung des Handwerks beruht. Die Versuche, die bisher in dieser Richtung gemacht wurden, sind jedoch zum großen Theil vollständig mißlungen. Sie scheiterten an der Uneinigkeit der dabei beteiligten Meister, die hervorgerufen wird durch die gegenseitige Mißgunst infolge ihres an und für sich durchaus berechtigten wirtschaftlichen Egoismus. Die Meister können eben nicht wie die Arbeiter Schulter an Schulter gegen den gemeinsamen Feind kämpfen, da sie nicht gemeinsame Interessen haben, der eine vielmehr in dem anderen seinen Konkurrenten sieht und sehen muß, der für ihn oft ein schlimmerer und gefährlicherer Feind ist als der Großkapitalist, der gemeinsame Gegner aller.

## Partei-Nachrichten.

Der hundertfünfundzwanzigste Geburtstag Fouriër's wurde vorgestern — am 7. April — in Paris von der kleinen, aber sehr begeisterten Phalanx-Gemeinde festlich begangen.

Als Reichstags-Kandidat für den badischen Wahlkreis Heidelberg ist der Parteigenosse Pfeiffle aus Mannheim aufgestellt; für den rheinischen Wahlkreis Senneberg-Rieschheid-Mettmann der Parteigenosse Karl Meiß aus Aden.

Der Bürgermeister Thomson in Elmshorn hat, wie die bismärckischen „Hamb. Nachrichten“ ausplaudern, dem Regierungspräsidenten einen „Bericht über die Sozialdemokratie“ eingeschickt, worin der mehr und mehr sich vordringende Anschluß der Kleinbürger an die sozialistische Bewegung wie üblich mit dem „Terrorismus“ erklärt wird, den unsere Partei auf diese Kreise der Bevölkerung angeblich ausübt. Zur Charakterisirung des „Berichts“ sei folgende Stelle wiedergegeben: „Es vergeht keine Woche, in der nicht mindestens eine sozialistische Versammlung stattfindet, welche meistens gut besucht ist. Es bestehen hier im ganzen 14 Vereine mit theils offen ausgesprochen, theils verdeckt gehaltener sozialistischer Tendenz. Sie alle halten regelmäßig ihre Versammlungen ab, veranstalten Vergnügungen, zu denen zahlreiche Einladungen ergehen, machen im Sommer Ausflüge auf das Land, alles zur Sammlung der Genossen und zur Förderung ihrer Sache in wirksamster Weise. Die Behörde steht diesem Treiben vollkommen machtlos gegenüber, mit verchränkten Armen kann sie müßig dastehen und zuschauen, wie die Lawine unaufhaltsam, gewaltig und gefährlich wächst. Nach unserer beschriebenen Ansicht kann nur ein Gesetz wie das von 1878 zur Unterdrückung der gefährlichen Bewegung brauchbare Handhabe bieten. Die anderen zur Bekämpfung empfohlenen Mittel, wie Volkserhaltungsbücherei, Volksbibliotheken, verfallen, wie eine mehrjährige Prozedur hier lehrt, absolut nicht. Die ersteren werden, soweit sie je patriotische Empfindungen anregen sollten, von den Sozialdemokraten nicht besucht und die letztere wird nicht gelesen.“

Man zieht wohl keinen Fehlschluß mit der Annahme, daß dieser Bürgermeister Thomson zu den Leuten gehört, die durch ihre Wallfahrten nach Friedrichshub in die Einöde der Sachsenwaldes Abwechslung zu bringen pflegen.

Wie wenig recht die Gegner haben, die Sozialdemokratie des Terrorismus zu bezichtigen, zeigt beispielsweise die Mittheilung unseres Kieler Partei-Organis, wonach in der hollsteinischen Stadt Heide unserer Partei sämtliche Lokale abgetrieben worden sind, und zwar von Leuten, denen schon ihre Amtspflicht derartige Handlungen verbietet.

**Todtenliste der Partei.** In Schwerin i. M. ist am Donnerstag Abend der wohlwährende Parteigenosse H. Peters infolge eines Lungenschlags plötzlich verstorben. Er hat sich insbesondere unter dem Sozialistengesetz durch eifrige Thätigkeit für die Partei ausgezeichnet, war später Vertrauensmann und wohnte dem Parteitag in Halle als Delegirter seines Kreises bei. Obre seinem Andenken!

### Polizeiliches, Gerichtliches zc.

— Wegen Beleidigung des Grafen v. Fabrice wurde in Dresden der Parteigenosse Fischer, Redakteur an der „Sächs. Arbeiter-Ztg.“, zu 300 M. Geldstrafe verurtheilt. Die Beleidigung soll enthalten sein in dem Referat über eine Gerichtsverhandlung gegen eine Kammerjungfer des Grafen, die von diesem angezeigt worden war, widerrechtlich den Dienst verlassen zu haben.

— Der Chemnitzer „Beobachter“ hatte mitgetheilt, daß der Parteigenosse E. Niemann wegen seines Auftretens in einer Versammlung zu Hilbersdorf eine auf acht Tage Haft lautende Strafverfügung erhalten hatte. Die Notiz umfaßte nur wenige Zeilen. Da Niemann gegen die Strafverfügung gerichtliche Entscheidung beantragt hatte, sah die Staatsanwaltschaft in dieser Veröffentlichung die vorzeitige Mittheilung aus einem zum Strafprozeß gehörigen amtlichen Schriftstück und erhob Anklage wider den Redakteur des „Beobachters“, Genossen Rosenow. Die Verhandlung war vor dem Landgericht. Im vorigen Jahre ist bekanntlich eine Entscheidung des Reichsgerichts ergangen, welche den Strafprozeß als beim Erlaß der polizeilichen Strafverfügung beginnend betrachtet und auch auszugswweise, nicht wortgetreue Mittheilung aus der Anklageschrift u. s. w. als strafbar nach § 17 bezeichnet. In der Verhandlung vor dem Landgericht beantragte der Staatsanwalt die Verurteilung Rosenow's. Der Verteidiger, Justizrath v. Stern, bestritt jedoch, daß der Angeklagte sich schuldig gemacht habe, denn es sei nur der materielle Theil der Strafverfügung veröffentlicht und diese Art der Veröffentlichung wolle das Reichsgericht nicht treffen. Das Urtheil des Gerichts lautete auf kostenlose Freisprechung.

## Prozeß Koshemann und Genossen.

### Viertter Tag.

Kann sein, kann nicht sein. Die Beweisaufnahme wird fortgesetzt. Auf Antrag der Verteidigung wird Sanitätsrath Dr. Mittenzweig darüber vernommen, ob er nach dem, was er bis jetzt gehört, der Meinung ist, daß die Person, welche auf dem Schloßischen Wohnhause gesehen worden ist, eine Frauensperson gewesen sein müsse. Der Sachverständige äußert sich dahin: es kann eine Frau, es kann aber auch ein Mann gewesen sein. Es sei nicht ganz unmöglich, daß eine Frauensperson eine 25 Pfund schwere Kiste eifriges Schrittes tragen könne, dann müßte es aber eine sehr kräftige sein.

In der Beweisaufnahme folgt sodann der Abschnitt, der dem Alibibeweis des Angekl. Koshemann betrifft.

Präsi.: Angekl. Koshemann, können und wollen Sie uns sagen, was Sie am 29. Juni 1895 gemacht haben? — Angekl. Ja, denke, daß ich das noch sagen kann. — Der Angeklagte erzählt: Am 29. Juni hatte die Böhme'sche Fabrik, in welcher er arbeitete, ein Sommerfest bei Sterneck in Weißensee. Er habe sich auch zwei Karten geben lassen, hatte aber ursprünglich keine Lust hinzugehen und hatte sich auch dahin geäußert. Er sei gegen 9 Uhr früh zu Gärtler nach Widdorf gegangen und habe sich dort bis gegen 3 Uhr nachmittags aufgehalten. In dieser ganzen Zeit sei der Chemann Gärtler nicht zu Hause gewesen. Von Gärtler sei er zu Westphal gegangen, weil er inzwischen doch Lust zur Theilnahme am Sommerfest bekommen und die Absicht gehabt habe, den Max Westphal zum Mitgehen zu überreden. Dies sei ihm auch gelungen. Bei Westphal habe er Frau Westphal und eine Ziegeln-Jesche getroffen. Er will dann mit Westphal zu einem Freiseur gegangen sein, der sie freist hat. — Präsi.: Haben Sie sich das Paar vielleicht auch brennen lassen? — Angekl.: Nein, das hatte ich nie nötig. — Der Angeklagte will dann mit Westphal mit der Pferdebahn nach Alexanderplatz und von da mit einer anderen Pferdebahn nach Weißensee gefahren und dort bis 12 Uhr nachts geblieben sein. Auf dem Wege nach dem Alexanderplatz habe er einen oberflächlichen Bekannten getroffen. — Präsi.: Wie hieß der Mann? — Angekl.: Ich kann mich nicht besinnen. — Präsi.: Bitte, denken Sie nur nach! — Angekl. (nach längerem Besinnen): Ich glaube, er hieß Schodry. — Präsi.: Sie glauben es nur? Woher kannten Sie ihn denn? — Angekl.: Ich glaube, ich hatte ihn einmal schon mit Westphal gesehen. — Präsi.: Haben Sie ihn nicht bei Späth im Diskurklub gesehen? — Angekl.: Das kann wohl sein. — Präsi.: Wissen Sie, welcher politischen Bestimmung dieser Mann ist? — Angekl.: Nein. — Der Angeklagte erzählt weiter, daß er gegen 12 Uhr von Weißensee wieder aufgebrochen sei und noch den Diskurklub bei Späth auf kurze Zeit besucht habe. Dort habe er die Frau Westphal und einen gewissen Wiesenthal getroffen. Da es schon zu spät für die Stadtbahn und die Pferdebahn geworden sei, habe er eine Aufforderung Wiesenthal's, bei ihm zu nächtigen, Folge geleistet. — Präsi.: Ist Ihnen der Name Wiesenthal geläufig, oder müssen Sie sich auch erst längere Zeit auf ihn besinnen? — Angekl.: Ich kannte Wiesenthal noch nicht lange, da ich erst kurze Zeit in der Böhme'schen Fabrik arbeitete. — Präsi.: Haben Sie von Anfang an den Namen Wiesenthal genannt? — Angekl.: Nein. — Präsi.: Warum nicht? — Angekl.: Er ist mir nicht eingefallen. — Präsi.: Also bei dem Manne, dessen Namen Ihnen nicht einmal einfiel, haben Sie genächtigt? — Angekl.: Ja, es war nur ein oberflächlicher Bekannter, bei dem ich blieb, weil ich keine Gelegenheit mehr hatte, nach Widdorf zu kommen. — Präsi.: Welcher politischen Richtung gehört dieser Wiesenthal an? — Angekl.: Auch der freien Richtung. — Präsi.: Er ist also auch Anarchist. Wo wohnte denn dieser Wiesenthal? — Angekl.: Ich glaube in der Blankenburgstraße oder einer Straße, die so ähnlich heißt.

### Vorsitzender contra Angeklagten.

Der Vorsitzende stellt fest, daß der Angeklagte, als er anderthalb Tage nach dem Sommerfest vernommen wurde, nur gesagt habe: er „glaube“, daß der Mann, bei dem er genächtigt, Wiesenthal heiße. Der Vorsitzende sucht diese Widersprüche festzustellen, in die der Angeklagte bei seinen verschiedenen Vernehmungen über sein Thun und Lassen am 29. Juni 1895 sich verwickelt habe. Der Vorsitzende erklärt es auch für auffällig, daß der Angeklagte nach und nach mit immer mehr Alibizeugen hervorgekommen ist und beispielsweise einen dieser Alibizeugen, der thätiglich Anarchist ist, fälschlich der Polizei als konservativen bezeichnet hat. Der Angeklagte erklärt die Schwankungen in seinen Zeitbestimmungen mit großer Gewandtheit. Er sucht nachzuweisen, daß dabei ganz natürlich Irrthümer unterlaufen seien und daß er erst nach seiner wiederholten Verhaftung möglichst genau nachgedacht habe und erst nachdem er durch seine wiederholten Vernehmungen erfahren habe, auf welche Momente es vorwiegend ankomme, die verschiedenen Zeitpunkte seines Aufenthalts am 29. Juni und die Personen, die er getroffen, genau aufgeben konnte. Der Vorsitzende stellt aus den Akten fest, daß der Angeklagte sein Alibi zeitlich immer wieder verlegt habe, wenn er merkte, daß es mit dem Zeitpunkt der Einlieferung der Riste nicht übereinstimmte. In einer der früheren Vernehmungen hat der Angeklagte auch verschiedene Vergnügungsorte genannt, die er bei Sterneck in Weißensee besucht haben will, so das See-Theater, den allgemeinen Bierauschank, den Tanzplatz zc., und er hat eine ganze Reihe von Zeugen dafür genannt. Dies geschah aber erst 1897, während er 1896 bei seiner Vernehmung derartige Personen nicht genannt hat. Der Verteidiger macht eine Probe auf die Gedächtniskraft des Angeklagten, indem er ihm plötzlich die Frage vorhält: wann wohl gesternt der Kriminalkommissarius Bösel vernommen worden sei — ob Vor- oder Nachmittags, ob um 4 Uhr, 4 1/2 Uhr u. dgl.? Der Angeklagte erklärt, daß er sich die Zeit nicht mehr recht klar machen könne. Hierauf wird der

### Angeklagte Westphal

über die Vorgänge am 29. Juni 1895 vernommen. Er bestätigt, daß er mit Koshemann sich nach Weißensee begeben habe. Ueber die Zeit, in welcher sie zum Freiseur gegangen, hat der Zeuge bei seiner ersten Vernehmung gesagt „um 8 herum“, später ist er in Uebereinstimmung mit Koshemann auf 6 Uhr gekommen. Im übrigen schildert er die Vorgänge in Weißensee etwa ebenso wie K. Bei Späth habe er noch die Gärtler und Weber getroffen und sich schließlich um den weiteren Verbleib Koshemann's nicht gekümmert. Im Gegensatz zu K. erklärt Westphal bestimmt, daß auf dem Wege zum Alexanderplatz niemand (also auch nicht der Metallarbeiter Szegodry) sie angesprochen habe. — Polizeirath Wolff macht darauf aufmerksam, daß, als der Szegodry heute in den Saal gerufen wurde, der Angeklagte Koshemann diesen an gelächelt habe, als ob er ihm ein Zeichen machen wollte. — Präsi.: Koshemann, wie erklären Sie dies? Ich denke, Sie kennen den Szegodry nur oberflächlich. Wäghen Sie alle Leute an, die Sie nur oberflächlich kennen? — Angekl.: Ich mußte eben lachen. — Auch Westphal hat, wie der Vorsitzende aus den Akten feststellt, in seinen Zeitangaben vielfach geschwankt und sie nach und nach so zurückgeschraubt, daß sie die Aufgabe der Riste durch Koshemann als unmöglich erscheinen ließen. Auch bezüglich der Personen, die angeblich in seiner Wohnung anwesend waren, als er mit Koshemann von da nach Weißensee aufbrach, hat der Angeklagte vielfach schwankende Aussagen gemacht. Auch er ist erst 1897 plötzlich mit einer ganzen Reihe von Zeugen hervorgetreten, die sie in Weißensee getroffen haben. — Auf Befragen des Verteidigers Dr. Schöps bestätigt der Angeklagte, daß Wiesenthal ein sehr gemäßigter Anarchist sei und für Konsumvereine u. dergl. wirke. Staatsanw. Kanjow: Ist es dem Angeklagten bekannt, daß Wiesenthal zu hoher Gefängnißstrafe verurtheilt ist, weil er die Rüste vertreiben habe, daß man die Wäckerläden füllte und das Brot nehmen müßte, wo man es findet? R. A. Weber stellt durch Befragen des Kriminalkommissars Bösel fest, daß Wiesenthal früher allerdings radikal war, seit längerer Zeit aber gemäßig geworden ist und von Gründung von Konsumvereinen das Heil der Welt erblickt.

Die Angeklagte Frau Westphal erklärt, daß an dem 29. Juni ihr Mann und Koshemann sicher nicht früher als um 6 1/2 Uhr abends aus ihrer Wohnung weggegangen seien.

Die Angeklagte Frau Gärtler bestritt die Behauptung Koshemann's, daß dieser am 29. Juni 1895 sechs Stunden bei ihr gewesen sei. Sie hat auch schon bei ihrer ersten Vernehmung am 1. Juli 1895 erklärt, daß Koshemann nicht bei ihr war. Sie könne sich auch darin garnicht irren, denn ein gewisser Ernst Kaskan habe ihr damals sofort gesagt, daß Koshemann bei ihm war. Auf Befragen eines Geschworenen erklärt Frau Westphal, daß sie zwei Kinder im Alter von 12 und 10 Jahren habe.

### Präsident und anarchistische Weineids-Artikel.

Präsi.: Es wird behauptet, daß der „Sozialist“ in Artikeln über die Bedeutung des Eides die Ansicht vertreten hat, daß gel-

\*) Untersuchungen über die Lage des Handwerks in Deutschland mit besonderer Rücksicht auf seine Konkurrenzfähigkeit gegenüber der Großindustrie. (Schriften des Vereins für Sozialpolitik, Bd. 62-70.) Leipzig 1896-97, Verlag von Duncker und Humblot.

bewusste Anarchisten nicht nur berechtigt, sondern verpflichtet sind, einen Meineid zu leisten, wenn es darauf ankommt, gefährdete Genossen herauszureißen. Die Angeklagten behaupten sämtlich, daß sie solche Artikel des „Sozialist“ nicht gelesen haben. Der Vorsitzende verliest die betr. Artikel aus dem Jahre 1892, die an eine Neuherausgabe des Staatsanwalts Lomen in Hamburg anknüpfen, auszuführen: Konsequente Atheisten seien nicht im Stande, die bindende Kraft des Eides anzuerkennen, weil die Eidesleistung mit ihrer inneren Überzeugung im Widerspruch stehe. Wer nicht an Gott den Allmächtigen und Allwissenden glaube, den könne auch kein Schwur unter Berufung dieses Gottes binden. An den Schwur brauche sich ein Atheist überhaupt nicht zu halten; es könne lediglich darauf an, ob es ihm zuevidenlich erscheine, ob er die Wahrheit sagen wolle oder nicht. Er dürfe nicht die Justiz auf den rechten Weg leiten und ihr die Handhabe zu Verfolgungen und Verurteilungen geben, sonst wäre er ein Schurke. Wer einen Meineid im Parteinteresse leistet, tretet ein für Wahrheit, Freiheit und Recht; ein Sozialdemokrat dürfe nicht nach dem Maßstabe der bürgerlichen Moral gemessen werden; die Frage der Zulässigkeit des Meineides müsse von Fall zu Fall entschieden und Humanität und Gerechtigkeit dabei als Maßstab angewendet werden. — Rechtsanwalt Vieber erklärt hierzu, daß die Angeklagten erst seit 1894 den „Sozialist“ lesen. — Bei der

### Fortsetzung der Weisaufnahme

bestätigt Kriminalschumann Radtke, daß Frau Gärtler bei ihrer Vernehmung am 1. Juli 1895 sofort bestritten habe, daß Koschmann zwei Tage vorher bei ihr gewesen sei. — Zeuge Walter Hunig und Meister Stelzer bezeugen, daß der Angeklagte Westphal am 29. Juni 1895 von morgens früh bis nachmittags 4 1/2 Uhr in der Telegraphen-Anstalt von Curt gearbeitet habe. Der Meister giebt ihm das Zeugnis eines ruhigen und fleißigen Arbeiters; er hat ihn auch, nachdem er das erste Mal aus der Haft entlassen worden war, wieder eingestellt. — Wästerin Pauline Knappe ist am 29. Juni 1895 in der Westphal'schen Wohnung, Blumenstr. 37a, wo sie mit einwohnte, gewesen. Sie bekundet, daß sie an jenem Tage, als sie gegen 6 Uhr aus dem Geschäft nach Hause kam, bei Frau Westphal, ein Fräulein Jäschke und Herrn Westphal dort getroffen habe. Sie glaube nicht, daß Koschmann damals schon dort war, ihr ist es so, als sei dieser erst später nachgekommen. Er sei dann mit Westphal weggegangen, nachdem vorher von einem Fest in Weissensee gesprochen worden war. Sie behauptet, daß sie sich in der Person Koschmann's nicht geirrt haben könne. Auf wiederholten dringenden Vorhalt des Vorsitzenden erklärt die Zeugin, daß sie von niemand beeinflusst worden sei, theilt jedoch mit, daß einmal die Schwester der Westphal, ein Frä. Walter, vor ihrer Vernehmung bei ihr gewesen sei und ihr mitgeteilt habe, daß sie von Koschmann als Zeugin vorgeladen worden sei. — Schumann Wuffe behauptet, daß diese Zeugin mit Westphal in intimen Verkehr gestanden, wie ihm Frau Westphal selbst erzählt habe. Diese Behauptung wird von der Zeugin und den Angeklagten Westphal Mann und Frau entschieden bestritten. Auf Antrag des R. A. Vieber soll R. A. J. Randa, der die Ehescheidungsklage der Westphal's geführt hat, geladen werden.

### Nach Beendigung der Mittagspause

wird die Vernehmung der Zeugin Knappe fortgesetzt, welche indessen Thatsachen von Wichtigkeit nicht weiter zu bekunden weiß.

Die folgende Zeugin ist die unverheiratete Magdalena Jäschke. Sie giebt an, daß sie in der Zeit von 1892 bis Oktober 1895 bei dem Angeklagten Westphal gewohnt hat. Auf die Frage, ob sie zu Westphal einen intimen Verkehr unterhalten hat, verweigert sie die Auskunft. Die Zeugin giebt an, daß Westphal am Sonnabend, den 29. Juni 1895 wie gewöhnlich um 5 1/2 Uhr nach Hause gekommen sei. Sie glaube, sich mit Sicherheit entsinnen zu können, daß Koschmann bereits angekommen war, als Westphal erschien. Beide Männer seien gegen 8 Uhr abends nach Weissensee gefahren. Auf die Vorhaltungen des Präsidenten, daß die Zeugin bei ihren früheren Vernehmungen gesagt habe, Koschmann sei nach Westphal gekommen, erwidert die Zeugin, daß ihre heutige Darstellung die richtige sei. — Ebenso wie die Vorzeugin wird auch diese Zeugin wiederholt darauf hingewiesen, wie sonderbar es sei, daß sie die einzelnen Zeitpunkte gerade des 29. Juni 1895 so genau wissen wolle, während sie doch von keinem anderen Sonnabend vorher oder nachher diese Kenntnis habe. — Eine Frage des Vorsitzenden beantwortet die Zeugin Jäschke dahin, daß sie selbst einige Male auch mit in den Diskursklub gegangen, daß sie aber keine Anarchistin sei. Von Koschmann wisse sie nicht, ob er Anarchist sei, dagegen habe ihr einmal Frau Westphal gesagt, daß sie Anarchistin sei. — Die Angeklagte Westphal a. l. bestreitet dies; sie könne höchstens gesagt haben, „daß sie für die Anarchie sei“. Auch die Zeugin Knappe giebt zu, daß sie einmal im Späth'schen Klub war. Weiter richtet sich die Weisaufnahme auf folgenden Punkt. Als Westphal verhaftet werden sollte, befand sich letzterer auf einer Landpartie in Friedrichshagen. Abends befanden sich die beiden Zeuginen Knappe und Jäschke an der Jannowitzbrücke; sie behaupten, daß sie abnunglos dorthin gegangen seien, um den Westphal vom Dampfer abzuholen. Plötzlich war dort auch der Kriminalschumann Sommer erschienen und hatte ihnen geboten, sofort nach Hause zu gehen. Sie sind auch diesem Gebote gefolgt. Es wird behauptet, daß sie nur deshalb nach der Jannowitzbrücke gegangen seien, um den Westphal zu benachrichtigen, daß er verhaftet werden solle. Kriminalschumann Sommer behauptet, daß der Portier des Hauses, in welchem Westphal damals wohnte, ihn darauf aufmerksam gemacht hatte. Der betreffende Portier soll geladen werden.

Nächste Zeugin ist die Arbeiterin Marie Wingert, Schwester der Angeklagten Westphal. Zwei Schutzleute behaupten, daß diese Zeugin bei Beginn des Prozesses im Zeugenzimmer zu einer anderen Zeugin gesagt habe: „Wenn alle Zeugen so aussagen werden wie wir, dann werden sie nicht viel herausbekommen.“ Die Zeugin, die dies bestritt, sagt nichts Wesentliches aus.

Frau Dorothea Krumnow geb. Karl, sagt aus: Eines Tages sei Fräulein Wingert zu ihr gekommen und habe sie gefragt, ob sie sich des Attentats noch entsinne; als sie dies bejaht, habe Fräulein Wingert weiter gesagt: sie müsse doch noch wissen, daß sie sich an jenem Tage eine Blouse aus der Westphal'schen Wohnung abholen wollte und daß der Angeklagte Westphal damals zu Hause war. Als ihr vorgehalten wird, daß die Wingert dies bestritt und behauptet, daß sie selbst von der Blouse angefangen habe, erklärte sie, genaues darüber nicht mehr zu wissen. Dagegen wisse sie, daß, als sie gegen 6 1/2 Uhr die Blouse abholen wollte, sie den Angeklagten Westphal zu Hause gesehen habe. Auch ein junger Mann sei dort gewesen und noch dort geblieben, als sie um 7 1/4 Uhr fortgegangen sei.

Zeuge Vergolder Seizer erklärt: Er glaube Koschmann in verschiedenen Völkern in anarchistischen Versammlungen gesehen zu haben. Er selbst sei Anarchist, glaube nicht an Gott, werde aber die Wahrheit sagen. Zeuge kann sich nicht erinnern, daß er am 29. Juni 1895 den Koschmann auf seinem Wege nach dem Alexanderplatz bzw. Weissensee angesprochen habe. Koschmann glaubt noch immer, daß es der Zeuge gewesen sei. — Rechtsanwalt Vieber: Sie sind Leserin des „Sozialist“, der einmal Artikel über den Eid gebracht hat. Würden Sie es für statthaft halten, dem Gericht die Unwahrheit zu sagen, wenn es sich um einen Gesinnungsgenossen handelt? — Zeuge: Nein. — Rechtsanwalt Dr. Schöps: Ist dem Zeugen aus seinen Besuchen in den Versammlungen bekannt, daß Koschmann besonders aufreizende Reden gehalten. — Zeuge: Er hat wohl gar keine Reden gehalten? — Auf weiteres Befragen des Vorsitzenden erklärt der Zeuge, daß er am 30. Juni 1895 den Koschmann auf dem Fest in Friedrichshagen-Müggelschloßchen getroffen habe; er sei ganz vergnügt gewesen und habe nicht den Eindruck gemacht, als ob er Tags vorher ein schweres Verbrechen begangen habe.

### Die Neckerchen.

Schumann Rajor hat die Neckerchen ange stellt, zu welcher Zeit Koschmann und Westphal am 29. Juni bei dem Barbier Breuer gewesen seien, wo sie sich die Haare schneiden und sich barbitren gelassen haben. Er hat in seinem schriftlichen Bericht s. Z. mitgeteilt, daß Frau Breuer und ein Barbiergehilfe auf seine Frage sich erst besonnen und dann 7 Uhr als die fragliche Zeit angegeben haben. Sie hätten dem Beamten ferner gesagt, daß die beiden während des Haarschneidens von einem Fest in Weissensee gesprochen haben. Barbiergehilfe O. D. hat an dem betreffenden Sonnabend (29. Juni) den Westphal rasirt, während Herr Breuer den Koschmann rasirt habe. Beide sprachen dabei von einem Fest, welches sie an jenem Tage noch mitmachen wollten. Zeuge kann genaues über die Zeit nicht sagen; in einer früheren Vernehmung hat er gesagt: zwischen 4 und 8 Uhr. Vor längerer Zeit seien in seinem jetzigen Geschäft zwei junge Damen erschienen und hätten ihn befragt, ob er sich nicht auf den Sonnabend besinnen könne, wo er zwei Leute rasirt habe, die von einem Vergnügen in Weissensee sprachen. Er habe dies bejaht und die Damen, von denen die eine Frä. Wingert war, seien wieder gegangen.

Zeuge Barbier Breuer glaubt, daß Koschmann derjenige ist, der eines Tages mit Westphal in seinen Keller gekommen sei und sich die Haare habe schneiden lassen. Die beiden haben von „Judenklinten“ und einem Fest der Löwen'schen Fabrik bei Sterneder gesprochen. Zeuge bekundet, daß er zum Haarschneiden schon das Gas habe ansetzen müssen und daß er dem Koschmann das Haar hinten militärisch halb lang geschnitten, aber nicht gebrannt habe. Von seinem Geschäft in der Andreasstraße gehe man bis zum Schleischen Bahnhofe zehn Minuten, doch gehe auch eine Pferdebahn dorthin. Auch bei diesem Zeugen ist in diesem Jahre einmal ein junger Mann von dreißig Jahren erschienen und hat gewünscht, ihn unter vier Augen zu sprechen. Der fremde Mann hat ihn dann ausforschen wollen, ob er schon eine Einladung in Sachen Koschmann erhalten habe; als er Auskunft darüber verweigert, hat der Fremde gesagt, daß er am fraglichen Sonnabend, wo das Fest in Weissensee war, den Koschmann vom Schleischen Bahnhofe habe abholen wollen, ihn aber nicht mehr getroffen habe. Der Fremde hat schließlich noch gesagt: es wäre doch schade, wenn Koschmann hineinsiele, er würde gewiß 15 Jahre Zuchthaus bekommen. Auch eine Frau ist einmal bei dem Zeugen gewesen und hat gefragt, ob er sich nicht besinne, daß Westphal am 29. Juni 1895, abends, bei ihm war. — Rechtsanwalt Werthauer befragt, den Zeugen aufzufordern, dem Koschmann das Haar genau so zu schneiden, wie er es damals geschnitten hatte. Der Vorsitzende erklärt, daß er keine Macht habe, einen Zeugen zu solchen Akt zu zwingen. Der Zeuge erklärt sich schließlich bereit, das Schneiden des Haares an einem der nächsten Tage vorzunehmen. — Rechtsanwalt Dr. Schöps: Weiß der Zeuge, was ein Vigilant ist? — Zeuge: Ich weiß nur, daß es ein schlechter Mensch ist. — Vertb.: Hielt er den Mann, der ihn ausforschen wollte, für einen Vigilanten? — Zeuge: Das gerade nicht. — Staatsanwalt Rajor: Der Mann, der bei dem Zeugen war, ist kein Vigilant; er hat zur Zeit in Untersuchungshaft und ist der Anarchist Warsduka. — Die Zeugin, Frau Barbier Breuer glaubt, daß es zwischen 7/7 und 7/8 Uhr gewesen, als die beiden in ihrem Keller gewesen. Der eine hat von „Judenklinten“-Fest und Sterneder gesprochen. Den Angeklagten Westphal kennt die Zeugin als einen älteren Kunden und glaubt auch, daß Koschmann der Begleiter des Westphal gewesen. Auch bei dieser Zeugin war eine Frau mit einem Kind gewesen und habe sie gefragt, ob sie ein Mißgeburtszeugnis ablegen könne. Das Kind habe dabei gesagt: Ich rette Sie doch meinen Papa! (Pause).

Den weiteren Bericht über die bis in die Nacht sich ausdehnende Verhandlung bringen wir in nächster Nummer.

### Gewerkschaftliches.

#### Deutsches Reich.

**Der Böttcherstreik in den Brauereien Dresdens** ist beendet. Mit Ausnahme des Bayerischen Brauhauses, das alle Forderungen bewilligte, ist nur die Erhöhung des Minimallohnes um 2,50 bis 7,50 M. pro Monat, das heißt auf 110 M. Monatslohn, erreicht worden.

Von den übrigen Böttchern Dresdens stehen noch im Streit die Personale von zwei Fassfabriken und zwei Böttcherreien.

**Der Streik der Holzarbeiter (Zahnbirne) in Geringswalde** gewinnt, wie uns geschrieben wird, täglich mehr an Ausdehnung. Die Zahl der Ausständigen beträgt jetzt, trotz starken Wegzuges, 280 Mann. Einige Blätter berichten von 700 Ausständigen, was jedoch keineswegs den tatsächlichen Verhältnissen entspricht, da an Orte nur 550 Holzarbeiter beschäftigt sind. Die Unternehmer kämpfen mit allen Mitteln. Die Mitglieder des Holzarbeiter-Verbandes sind aus dem Militärverein ausgeschlossen worden. Einem Militär-Pension besitzenden Arbeiter hat man mit der Entziehung der Pension gedroht, falls er die Arbeit nicht wieder aufnimmt. In Arbeitswilligen, die zur Zeit allerdings noch sehr gering sind und von auswärtig nicht verneht werden, lassen die Herren Fabrikanten ihren besonderen Schutz andeuten. Die Bevölkerung bringt den Ausständigen die größte Sympathie entgegen. Selbst die Frauen und Mädchen sind im Interesse des Ausstandes thätig. Zugzug wolle man vermeiden.

**In Mannheim** sind die Differenzen, die in den Drais-Fahrradwerken ausgebrochen waren, zu gunsten der Arbeiter beigelegt. Um die Verständigung zu ermöglichen, verzichtete der Vorsitzende der Abwehrkommission auf seine Wiederernennung.

**Die Holzarbeiter in Speyer** haben ihre Forderungen im Wege gütlicher Verständigung mit den Unternehmern bewilligt erhalten. Nur ein Meister sträubt sich noch, wird aber wahrscheinlich ebenfalls nachgeben.

**In München** beträgt, wie die „Münchner Post“ mittheilt, die Zahl der streikenden Schuhmacher circa 300. Sämtliche von der Gewerkschaft gestellten Forderungen wurden bis jetzt von 17 Meistern, darunter 15 Zunftmeistern bewilligt. Circa 60 Meister erklärten sich mit dem Tarif einverstanden, weigern sich aber den vorgelegten Revocis zu unterzeichnen.

#### Ausland.

**Der Malerstreik in Basel** hat mit der Niederlage der Arbeiter geendet.

**Aus Schweden.** Bei den Arbeiten für die Aufstellung in Stockholm ist ein Streik ausgebrochen. Die Arbeiter hatten einen Minimallohn 40 Ders (Ratt 35) verlangt. Sie erhielten keine Antwort. Als dann zwei Vertrauensmänner des Fachvereins entlassen wurden, legten etwa 70 Arbeiter die Arbeit nieder. Es fanden dann Unterhandlungen zwischen dem Fachverein und den Unternehmern statt, wobei letztere folgende Zugeständnisse machten: 35-40 Ders Stundenlohn, Wiederernennung der Entlassenen, Anerkennung des Rechtes des Fachvereins, Vertrauensmänner auf den Arbeitsplätzen zu haben, Inanspruchnahme des Betriebsleiters wegen seines Auftretens gegen die Arbeiter. Die Arbeiter sind mit Punkt 2-4 einverstanden, bestehen aber auf 40 Ders Minimallohn.

### Soziales.

**Zu der Explosion in der Borfig'schen Hedwig-Wunsch-Grube** veröffentlicht der königl. Bergmeister J. J. J. folgende Mittheilung: Die Behauptung, daß Borfig und seine Begleiter die Größe der ihnen drohenden Gefahren kannten oder gekannt haben müssen, entbehrt jeder sichhaltigen Begründung, weil diese sich der Brandstelle in einem frischen und lebhaften Wetterstrom näherten und deshalb nach sachmännischem Ermessen voraussehen konnten, daß ihnen der Rückweg unter allen Umständen gehahrt bleiben werde. Dieser Blick z. B. den Arbeitern offen, die sich bei

der Explosion am 1. April um 12 1/2 Uhr mittags in nächster Nähe des Explosionsherdes befanden und, ohne wesentliche Verletzungen erlitten zu haben, in Sicherheit gelangten. Die Behauptung endlich, daß die verhängnisvolle Explosion durch unvorsichtiges Vorgehen mit offenen Grubenlichtern verursacht worden ist, hat sehr wenig Wahrscheinlichkeit für sich, weil ein Gemenge von Kohlenoxyd-Gas und Luft, das hier in betracht kommt, schon bei einem sehr geringen Gehalt an erstickendem und tödtlich wirkend, während es erst bei einem weit höheren Gehalt explosibel wird. Wahrscheinlich liegt demnach Entzündung des abgedämmten explosiblen Gemenges am Feuer des Brandherdes vor.

Diese Erklärung des Bergrevier-Beamten wird schon durch die unwidersprochen gebliebenen Meldungen schlesischer Zeitungen widerlegt, daß der Betriebsleiter der Hedwig-Wunsch-Grube, Berginspektor Schölller, die Theilnahme an der von Borfig veranlassenen Fahrt als allzu gefährlich abgelehnt hatte, und daß die mit Borfig eingefahrenen Beamten nur widerwillig dessen Befehl gefolgt sind. Ebenso ist die Behauptung des Herrn J. J. J., daß die Explosion durch unvorsichtiges Vorgehen mit offenen Grubenlichtern verursacht, nicht dazu angethan, Borfig von der Schuld an der Katastrophe zu entlasten. Dazu gehören andere Beweise, als die Behauptungen des Herrn J. J. J.

**Ueber die Lage des Arbeitsmarktes im Monat März** haben an die von der „Sozialen Praxis“ eingerichtete literarische Zentralstelle für Arbeitsnachweis 28 deutsche Arbeitsnachweis-Anstalten vergleichbare Berichte eingeliefert. Nach der Zusammenstellung der „Sozialen Praxis“ hat im Vergleich zum März vorigen Jahres der Andrang der Arbeitslosen an 22 Orten abgenommen, nämlich in: Posen, Rixdorf, Dessau, Gera, Essen, Elberfeld, Düsseldorf, Köln, Wiesbaden, Darmstadt, Straßburg, Heidelberg, Freiburg, Karlsruhe, Mannheim, Konstanz, Eßlingen, Göppingen, Heilbronn, Järfth, Nürnberg, München. Nur an 8 Orten ist eine Zunahme des Andranges (d. i. geringere Arbeitsgelegenheit, als im Vorjahre) zu verzeichnen, nämlich in Berlin, Hannover und folgenden süddeutschen Plätzen: Frankfurt a. M., Pforzheim, Stuttgart, Raunspatt, Ulm, Augsburg.

**Aufforderung.** Im Anschluß an das bereits veröffentlichte Buch: „Städteverwaltung und Municipalsozialismus in England. V. J. B. Dieh. Stuttgart 1897“, habe ich die Bearbeitung der deutschen Städteverwaltung in ähnlicher Weise unternommen. Ich richte nun an alle Parteigenossen, welche Mitglieder der städtischen Verwaltungskörper sind, die Bitte, mich durch Zufendung von Material, wie allgemeine Verwaltungsberichte, Spezialberichte über einzelne Zweige städtischer Verwaltung, insbesondere auch durch Nachrichten über die Arbeitslöhne und Arbeitszeiten städtischer Arbeiter, über die Thätigkeit der sozialdemokratischen Vertreter z. z. zu unterstützen. Die Parteipresse bitte ich um Abdruck dieser Aufforderung. C. Hugo, Degerloch bei Stuttgart.

### Dresden und letzte Nachrichten.

**Dresden, 9. April.** (B. S.) Nach einer amtlichen Mittheilung ist das Grubenunglück auf der „Hedwig-Wunsch-Grube“ ohne Verletzungen der Grubenarbeiter herbeigeführt. Es liegt eine Entzündung des abgedämmten explosiblen Gemenges von Kohlenoxyd-Gas und Luft am Feuer des Brandherdes vor.

**Köln a. Rh., 9. April.** (B. S.) Da gestern die Griechen bei Kifissio die Ausschiffung einiger Offiziere und Soldaten der Garde von Kifissio auf Booten mit englischer und österreichischer Flagge verhindern wollten, bombardirte das österreichische Panzerschiff „Satellit“ die Linie der Griechen. Seit heute früh hört man starken Kanonendonner von Kifissio her, wo heute die Einschiffung der muhamedanischen Familien nach Kanea stattfinden soll. Das österreichische Admiralschiff „Maria Theresia“ ist heute Nacht von Kifissio eingetroffen.

**München, 9. April.** (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Das hiesige Landgericht II verurtheilte heute abermals zwölf Haberer, und zwar zu einer Gefängnisstrafe von 2 Jahren und 5 Monaten. Die Strafen laufen sich ab von 6 Monaten bis 2 Wochen.

**München, 9. April.** (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Von 300 Schuhmachern, die in den Streit eingetreten sind, sind noch 180 ausständig, 60 Meister haben bisher bewilligt. Zugzug ist auch weiterhin fernzubahalten.

**München, 9. April.** („Frankf. Ztg.“) Durch Explosion eines Benzin-Kochapparates wurden eine Frau lebensgefährlich, eine andere Frau und ein Kind ziemlich schwer verletzt.

**München, 9. April.** („Frankf. Ztg.“) Es ist thatsächlich richtig, daß Bayern seinen eigenen obersten Militärgerichtshof beansprucht. Im Bundesrath scheint ein mit der Militärsache der Krone Bayerns zusammenhängendes Zugeständnis in dieser Richtung bereits gemacht worden zu sein. Für das übrige Deutschland würde allerdings ein oberster Militärgerichtshof eingerichtet, aber das bayerische Kontingent wäre ihm im Frieden nicht unterstellt, im Kriege jedoch wird wahrscheinlich der bayerische oberste Militärgerichtshof ruhen oder in seiner Kompetenz beschränkt werden.

**Leipzig, 9. April.** (B. S.) Die russische Militärbehörde hat österreichische Deserteure verschiedener Waffengattungen, die sich schon seit längerer Zeit im böhmerischen Gouvernement aufhielten, festgenommen und unter Eskorte der österreichischen Militärverwaltung in Prag eingeliefert.

**Wien, 9. April.** (B. Z. B.) Abgeordnetenhause. In seinen Ausführungen sagte der Ministerpräsident noch folgendes: Der Tenor des kaiserlichen Handschreibens an mich schließt unzweifelhaft jeden Gedanken eines Parteidiktums aus. Ein solches wäre auch nach meiner Überzeugung in Oesterreich unmöglich. Das Haus möge darin die Gewähr erblicken, daß die Regierung von ihrem Wege sich nicht wird abbringen lassen. Nach dem Ministerpräsidenten Waden erklärte der Abgeordnete Pözl, die Sprachenverordnung sei die erste Etappe des Ausgleichs. Abgeordneter Pözl erklärte, der konservative böhmische Großgrundbesitzer erblicke in der Sprachenverordnung keine Konzession an die Czechen, sowie auch keine Provokation der deutschen, vielmehr sei sie nur ein Sieg der Gerechtigkeit und die Anerkennung der politischen und nationalen Untheilbarkeit des Königreichs Böhmen. Abgeordneter Pro rufte der Regierung zu: Bis hier und nicht weiter. Mininsky versichert die Deutschen der Werthschätzung der Polen, sie können jedoch gegen die Dringlichkeit, da sie sonst ihre politischen Traditionen verleugnen würden. Abgeordneter Schäfer bekämpfte die Sprachenverordnung vom juristischen Standpunkt. Regierungsdirektor Sektionschef Huber verteidigte Namens des erkrankten Justizministers die Sprachenverordnung. Abg. Depauli erklärte, die katholische Volkspartei stimme gegen die Dringlichkeit, behalte sich jedoch die meritatorische Entscheidung vor. Stürmische Entrüstungsrufe links. Abg. Reuger wendet sich scharf gegen den Abg. Depauli. Die Sprachenverordnung sei mehr politisch als sachlich. Der Schluß der Debatte wird angenommen. Generalredner Gerold sagt, die Debatte verfolgte lediglich den Zweck, die Deutschen in Böhmen aufzuwecken. Generalredner Hohenburger erklärt, die Deutschen seien ferner für die Herstellung einer Verständigung in Böhmen. Hohenburger fährt aus, die Deutschen wünschten die Herstellung der Verständigung in Böhmen auf Grund eines direkten Einvernehmens beider Nationalitäten. Hieran wird die Dringlichkeit mit 221 gegen 153 Stimmen abgelehnt.

**London, 9. April.** (B. Z. B.) Unterhaus. Grouley fragt die Regierung, ob die verbündeten Mächte vereinbart hätten, falls Griechenland die Räumung Kreta's verweigere, den Piräus und andere griechische Häfen zu blockiren und ob die Blockade eine friedliche oder kriegerische sein werde? Webster erwidert, er könne die Anfrage nicht beantworten, die Absicht der Mächte könne nicht mitgeteilt werden, bis ein definitiver Entschluß gefaßt sei; er könne ebensowenig sagen, ob die Blockade eine friedliche oder eine juristisch genant sein werde, welche letztere einen Kriegszustand zwischen den Mächten und Griechenland in sich schließe.

Literarische Rundschau.

Dr. Adolf von Wenzlern: Marx, Leipzig 1896, 205 S. Pr. E. v. Böhm-Bawerk: „Zum Abschluß des Marx'schen Systems“ 121 S. in den „Staatswissenschaftlichen Arbeiten, Festgaben für Karl Ruge“, herausgegeben von O. v. Bönigk. Berlin 1896.

Wie während der letzten 15 Jahre das Verständnis der modernen Arbeiterbewegung in bürgerlichen Kreisen ganz bedeutend gewachsen ist, so hat in Wechselwirkung damit das Verständnis des theoretischen Marxismus in Universitätskreisen gleichfalls sehr beträchtlich zugenommen. Man gewöhnte sich nach so viel ruhmsüchtigen verlaufenen Vernichtungsfeldzügen teilweise wenigstens daran, Marx etwas gründlicher zu lesen, ehe man sich auf das bedenkliche Geschäft der Widerlegungen und Ueberwindungen einließ. Die fortgesetzten Vorträge vorwiegend Marx-Vernichter haben bis zu einem gewissen Grade erzieherisch gewirkt.

Nach Herr Dr. Adolf von Wenzlern, einer der jüngsten Marx-Forscher, der seine kritischen Elaborate mit stolz-bescheidener Kürze „Marx“ betitelt, zeigt einigmalen Respekt vor seinem Gegner und hat ihn offenbar „durchaus studirt mit heiligem Bemühen.“ Die ernste Schwerfälligkeit der Sprache, der philosophische Anstrich besonders des zweiten Theiles, der zur Beleuchtung des Marxismus Aristoteles, Proudhon, Stirner, Schopenhauer, Jules De Chevalier und Kant in hinter Reihe aufmarschieren läßt, die massenhaften Zitate — alles wirkt stimmungsvoll zusammen, um dieser Arbeit in den Augen des zwar gelangweilten, aber eben darum um so ehrerbietigeren Durchschnittslesers ein Relief zu geben, durch welches sie sich von dem platten Niveau der früheren Marx-Kritik recht eindrucksvoll abhebt.

Wer etwas näher zuschaut, den kann dieser umständliche Apparat allerdings in keiner Weise täuschen. Was soll man von einem Kritiker sagen, der allen Ernstes den ersten Satz des „Kapital“: „Der Reichtum der Gesellschaften, in welchen kapitalistische Produktionsweise herrscht, erscheint als eine „ungeheure Waaren-Sammlung“, die einzelne Waare als seine Elementarform“, durch die treffliche Bemerkung ansieht, daß ja auch innerhalb des Kapitalismus noch gewisse Produkte naturalwirtschaftlich, also zu eigenem Bedarf und nicht als „Waare“ erzeugt werden? Oder der in eine gegen Proudhon's Lohntheorie gerichtete Stelle im „Grund der Philosophie“ den Anlaß hineininterpretiert, daß Marx hier die Lehre aufstelle, ein Gebrauchswert werde als Waare an sich, als Gegenstand des Handels ohne jede Beziehung zu einem bestimmten Gebrauchszweck verkauft, während Marx gerade an dieser Stelle Proudhon mit dem Einwurf necht, daß „jede Waare nur zu irgend einem bestimmten Gebrauchszweck gekauft wird und niemals als Waare an sich“, nach Proudhon's wunderlichen Begriffen überhaupt keine Waaren existiren.

Ebenso kleinlich und mißverständlich ist die mit diesen Ausführungen verbundene Polemik gegen den Marx'schen Satz, daß die Waaren als Tauschwerthe „kein Atom Gebrauchswert“ enthalten. Der Verfasser meint hier offenbar einen großen Tramp aufzuspielen, wenn er den Begriff eines „abstrakten allgemeinen Gebrauchswertes“ bildet und die Waaren als Träger eines solchen Gebrauchswertes bezeichnet. Leider vergißt er, daß bei der Erklärung des Austauschverhältnisses es nicht darauf ankommt, überhaupt eine Gleichheit, eine gemeinsame Eigenschaft der Waaren nachzuweisen, sondern eine quantitative bestimmte, eine meßbare Eigenschaft. Die in den Waaren enthaltene abstrakte Arbeit, die Marx hervorhebt, ist eine solche Eigenschaft, der von Herrn v. Wenzlern entdeckte abstrakte Gebrauchswert aber nicht. So bleibt es denn, da der Verfasser an diesem Kernpunkt der ganzen Frage vorübergeht, vollständig geheimnißvoll, was er mit seinem „allgemeinen, abstrakten Gebrauchswert“ anfangen will. Die Eigenschaft der Waaren, quantitativ bestimmter Tauschwert zu sein, hat natürlich zur Vorbedingung, daß sie irgendwie menschliche Bedürfnisse befriedigen, irgend einen Gebrauchswert besitzen. Aber niemand hat das nachdrücklicher hervorgehoben, als Marx selbst; und weiter kommt Wenzlern mit dieser seiner Polemik auch nicht. Der ganze Angriff läßt sich nur daraus erklären, daß er zwischen dem Satze, der Gebrauchswert sei Vorbedingung des Tauschwerthes, und der Gebrauchswert sei ein die Größe des Tauschwerthes bestimmendes Moment, in kritischem Ueberser nicht mehr unterscheiden kann.

Mit solchen Listereien streut der Verfasser einem großen Ziele zu. Noch ein paar Seiten weiter und die Mehrwert-Theorie ist gestürzt! Das geht auf folgende Weise zu: Zuerst wird die Entdeckung gemacht, daß der Käufer es insgesamt auf den Gebrauchswert abgesehen habe. Nun ist die Arbeitskraft des Arbeiters zweifellos auch ein Gebrauchswert für den Kapitalisten, und zwar ein umso begerterer, je mehr Profit sich aus ihr heraus schlagen läßt. Also ist die Absicht des Kapitalisten beim Kauf der Arbeitskraft nicht auf den Werth der Arbeitskraft, der sich nach den notwendigen Lebensmittelposten bestimmt, sondern auf die Verwerthung der Kraft, auf den Gebrauchswert gerichtet, welchen die Arbeitskraft als Profit erzeugender Faktor für den Kapitalisten hat; und mit dieser allerneuesten Entdeckung, durch einen Hinweis auf die Marx'sche Zins-theorie noch schöner ausgespielt, ist nunmehr „die vollständige Verleugung dieser letzten Auffassung von Marx, auf die allein er den Mehrwert als Verkörperung unbezahlter Arbeit basirt, ganz klar gestellt (1), und ... der auf die unbezahlte Arbeit gegründeten Mehrwertlehre der Boden entzogen“.

Herr v. Wenzlern scheint demnach der Meinung zu sein, daß es in der politischen Oekonomie auf die Entdeckung der Absichten, nicht aber auf die Erforschung der Thatbestände ankommt, die sich aus dem Spiel der Absichten im Rahmen der freien Konkurrenz als wesentliche Tendenzen ergeben. Daß im großen Durchschnitt die Arbeitslöhne sich unter dem Konkurrenzdruck nach den Reproduktionskosten der Arbeitskraft, also in der von der Werththeorie angegebenen Richtung bestimmen, das beweist für die Wichtigkeit dieser Werththeorie noch gar nichts, wenn nicht die Ab-

sicht der Kapitalisten beim Ankauf der Arbeitskräfte von vornherein auf diesen Effekt gerichtet war! Man sieht, die Deduktionen des Verfassers entziehen nicht nur der „auf die unbezahlte Arbeit begründeten Mehrwertlehre den Boden“, sie bedeuten so ganz nebenher zugleich auch eine grandiose Umwälzung der ganzen ökonomischen Wissenschaft und ihrer bisherigen Methode!

Auf derselben Höhe steht eine Reihe anderer Ausführungen. So wird z. B. aus der Thatsache, daß das englische Parlament, wenn auch durch die Empörung der Arbeiterklasse getrieben, in gesetzgeberischer Thätigkeit einen gewissen Arbeiterschutz geschaffen und so die Tendenz der Ausbeutung eingeeignet hat, die wahrhaft verblüffende Folgerung gezogen, daß „diese Arbeit“ daher „bei dem Begriff der gesellschaftlich notwendigen Arbeit als ein Theil derselben (wörtlich) mit berücksichtigt werden muß“. Jede Vorstellung davon, was der Begriff der gesellschaftlich notwendigen Arbeit innerhalb der ökonomischen Theorie, d. h. für die Erklärung der Tauschwerthgrößen leisten soll, ist hier absolet verloren gegangen.

Ganz besonders liegt unserem Verfasser die werthbildende Fabrikantenarbeit am Herzen, von welcher Marx mit allen Mitteln der Diverision die Aufmerksamkeit seiner Leser ablenkt! Ein unruher Ladenaüter. Das Entscheidende hierüber ist bereits von Adam Smith gesagt worden. Die Arbeit des Fabrikanten kann im gesellschaftlichen Durchschnitt doch nur als Arbeit einer qualifizierten, sorgsam ausgebildeten Arbeitskraft gewerbet werden und fällt insofern mit der Arbeit der Techniker, der kaufmännischen Geschäftsleiter u. s. w. in eins zusammen. Das Einkommen der Unternehmer löst sich aber nicht in den Entgelt für solche qualifizierte Arbeitskräfte, für welche ja die Lohnsätze bekannt sind, auf, sondern bestimmt sich wesentlich nach dem Kapitale, über welches sie verfügen. Das Unternehmereinkommen — nach Abzug des Entgelts für qualifizierte Arbeit — ist also nicht Arbeitseinkommen, sondern Einkommen aus dem Besitz, aus der gesellschaftlichen Machtstellung, und beruht als solches, das steht auch unabhängig von jeder Werththeorie von vornherein fest, auf der Aneignung fremden Arbeitsproduktes, auf Ausbeutung. Die Marx'sche Mehrwerttheorie, welche nur ein Verhüllnis, den inneren Modus dieser unbestreitbaren und nicht allein in Unternehmereinkommen zu Tage tretenden Ausbeutung vollständig klar zu begreifen, wird also durch den Hinweis auf die qualifizierte Unternehmertätigkeit in keiner Weise erschüttert. Das hindert Wenzlern indessen durchaus nicht, mit lokalster Unterstellung triumphirend anzurufen: „Marx hat also Gebrauchswert und Kapitalistenarbeit thatsächlich berücksichtigt; aber um den Mehrwert als das Resultat unbezahlter Arbeit zu konstruiren, hat er beide, trotzdem er sie anerkannt hat, unter den Tisch fallen lassen, hat sie kunstvoll verdeckt.“

Eine methodisch-fortschreitende Kritik, die in fruchtbarer Weise die Schwierigkeiten, welche der Marx'schen Werththeorie thatsächlich anhaften, aufdeckt, wird man bei Wenzlern, der nur gelegentlich und auch dann in einer verworrenen Darstellung auf die entscheidenden Punkte stößt, vergebens suchen. Statt sich hierauf zu konzentriren, springt er, wie bereits bemerkt, im zweiten Theile seiner Schrift auf allerhand philosophische Erörterungen über, die ihren Zweck, eine Kritik der Marx'schen Geschichtsauffassung darzustellen, ebenso gründlich verfehlen, wie die Erörterungen des ersten auf die Kritik der Werththeorie gerichteten Theiles an ihrem Ziel vorbeischießen. Immerhin bietet die Schlusskapitel, wenn man will, wenigstens einige interessante Anregungen, was man der ersten auch bei bestem Willen nicht wird nachrühmen können.

Einen ganz anderen Charakter als die Wenzlern'sche Schrift trägt die Abhandlung von Böhm-Bawerk. Die Sprache ist einfach und durchsichtig, Aufbau und Darstellung klar gegliedert und die Polemik spürt unter Vermeidung kleinlich nörgelnder Einwände die wirklich vorhandenen Schwierigkeiten der Werththeorie mit großem Geschick an. Es ist dies zweifellos die geschlossenes und am meisten durchdachte Polemik, die von entschieden gegnerischer Seite bisher gegen die ökonomischen Theorien von Marx erhoben wurde, eine Polemik, mit welcher alle Versuche, die Marx'sche Lehre im Zusammenhange darzustellen und weiter fortzubilden, notwendig werden rechnen müssen. Dabei schließt die Ernsthaftigkeit der Kritik die üblichen gehässigen und lächerlichen Ausfälle gegen Marx, von denen z. B. auch die Wenzlern'sche Schrift froht, von vornherein aus.

Die Böhm-Bawerk'schen Ausführungen, die im Rahmen einer solchen Rundschau natürlich nicht im einzelnen erörtert werden können, richten sich in erster Reihe gegen die Art, in welcher der dritte Band des „Kapital“ das Bestehen einer durchschnittlichen Profitrate mit dem „Worthgesetz“ in Einklang zu bringen sucht. Die Thatsache, daß gleich große Kapitale in den verschiedensten Produktionszweigen, einerlei ob die von ihnen beschäftigte Arbeiterzahl größer oder geringer, der Tendenz nach gleich große Gewinne erzielen, diese Thatsache ist ein Beweis dafür, daß die Gewinne, die sich nach der Größe des angewandten Kapitals richten, von dem Mehrwert, der notwendig von der beschäftigten, allein Mehrwert produzierenden Arbeiteranzahl abhängt, differiren müssen. Diese Abweichung schließt aber ihrerseits eine Abweichung der Waarenpreise von dem Waarenwerth oder der in den Waaren enthaltenen Arbeitszeit, also eine Durchbrechung des Worthgesetzes ein. Die Durchbrechung des Worthgesetzes, auf welche Marx ausdrücklich aufmerksam macht, bedeutet aber, und das ist der eigentliche Mittelpunkt der Böhm-Bawerk'schen Kritik, die Ungültigkeit derselben. Marx fräule sich gegen diese Konsequenz und behauptete, daß in „letzter Instanz“ dennoch das Worthgesetz herrsche, vor allem da, wenn auch nicht die Einzelpreise der Waaren, so doch die Preissumme aller kapitalistisch erzeugten Waaren sich nach der Werthmenge des Gesamtproduktes und die beim Verkaufe des Gesamtproduktes erzielte Profitsumme sich dementsprechend nach der in dem Gesamtprodukte wirklich enthaltenen Mehrwertmenge richte. Die Polemik Böhm-Bawerk's gegen die indirekte Herrschaft des Worthgesetzes „in letzter Instanz“ deckt mit

großem Geschick eine Reihe wirklich vorhandener Unklarheiten auf. Gerade diese entscheidende Stelle des dritten Bandes, in welcher die durch die Konkurrenz bedingte Abweichung der Profite vom Mehrwert und damit der Waarenpreise vom Mehrwert entwickelt und das Worthgesetz aus einem direkt zu einem indirekt bestimmenden Faktor der Preisregulirung umgedeutet wird, ist nicht mit der methodischen Sicherheit, durch welche sich die Marx'schen Deduktionen sonst auszeichnen, ausgeführt.

Der gemeinsame Gesichtspunkt, der sich durch die ganze Polemik Böhm's hindurchzieht, ist, daß, wenn die ökonomischen Theorien von Marx Gültigkeit haben sollen, der Beweis geliefert werden müsse, daß die in den Produkten stehende Arbeit nicht ein, sondern der Bestimmungsgrund ihres Tauschwerthes sei. Dieser Beweis könne nicht geliefert werden und damit verliere auch das Worthgesetz, die Wurzel und das Endziel der Marx'schen Oekonomie, seine eigentliche Bedeutung.

In der That, es verliert die Bedeutung, die es nach der Darstellung von Band I des „Kapital“ zu haben schien, die Bedeutung, gegen welche Böhm-Bawerk's Kritik sich richtet, eben damit aber gewinnt es einen neuen, tieferen Sinn, der nur noch klarer in seinem Gegensatz zu der ursprünglichen Fassung des Worthgesetzes herausgearbeitet werden müßte! Was ist denn, wenn man die drei Bände des „Kapital“ überblickt, das einigende Prinzip des ganzen Gedankenganges? Offenbar nicht der Nachweis, daß die Preise nach der in den Waaren stehenden Arbeitsmenge sich ausschließlich richten, denn dieser Nachweis kann, wie der dritte Band zeigt, nicht geführt werden. Das Einigende liegt vielmehr nur in der ganz allgemein gefaßten Aufgabe, die zwischen Preis und Arbeitsmenge in Wahrheit existirenden Beziehungen zu untersuchen. Diese Fragestellung erscheint — näher zugehört — als das wirklich spezifische Unterscheidungsmerkmal des Marx'schen Gedankenganges gegenüber der gewöhnlichen bürgerlichen Oekonomie, welche sich mit jener Beziehung gar nicht oder nur ganz oberflächlich abgibt und eben darum den einzigen Gesichtspunkt, von welchem aus die moderne Volkswirtschaft in methodischer, wissenschaftlich vertiefter Weise betrachtet werden kann, verfehlt. Nur indem man auf die in den Produkten enthaltene Arbeit zurückgeht, tritt, sobald man in diesem Standpunkte aus die durch die Preisbildung, durch Kauf und Verkauf vermittelte Vertheilung des Gesamtproduktes unter die verschiedenen Klassen betrachtet, der hinter der Freiheit der Kontrakte verborgene Ausbeutungscharakter der kapitalistischen Produktionsweise und damit die innere Natur dieser geschichtlich gegebenen Wirtschaftsweise vollständig klar hervor. Die Frage ist dann weiter, wie diese Ausbeutung durch die Preisregulirung nun im Detail vermittelt wird, und diese Frage, die Kernfrage aller im Innern dringenden Oekonomie, ist unbeantwortbar, wenn nicht zu der methodischen Untersuchung der zwischen Arbeitszeit und Waarenpreis existirenden Beziehungen fortgegangen wird.

Preis wie Arbeitszeit, beides sind meßbare Größen; was ihre gegenseitige Beziehung betrifft, so ist offenbar ein doppeltes möglich. Entweder richtet sich die Preisgröße direkt nach der in der Waare enthaltenen Arbeitszeit, oder es findet aus gewissen Gründen nach gewissen, wenigstens im allgemeinen formulirbaren Regeln eine Abweichung von der Norm dieses direkten Verhältnisses statt. Das sogenannte „Worthgesetz“ kann hierüber, richtig verstanden, noch gar nichts ansagen. Will man sich nicht in unlösbare Widersprüche verwickeln, so darf dasselbe, da das Zusammenfallen von Preis und Arbeit ebenso wie ihre Abweichung an sich gleich möglich ist, nur als Hypothese gelten, deren Bestätigung oder weitere Modifikation Aufgabe der weiteren konkreten Untersuchung ist. Es müssen die typischen Erscheinungen der kapitalistischen Volkswirtschaft an der Hand dieser einfachen Hypothese, die zu einer Reihe weiterer Folgerungen fortreibt, geprüft werden. Es gelangt man, der erste und der zweite Band des „Kapital“ sind diesem Zwecke gewidmet, zu einem detaillirten Bilde der kapitalistisch ausbeutenden Volkswirtschaft, wie sich dieselbe bei einem direkten Zusammenfallen von Preis und Arbeitszeit darstellen würde. Dieses Bild aber, wenn es auch in den Grundzügen die kapitalistische Wirklichkeit wieder spiegelt, widerspricht ihr — und das ist das Problem des dritten Bandes — ebensowohl in gewisser Beziehung, da die Profite von der thatsächlich aus den Arbeitern herausgeschlagenen Mehrarbeit, mithin auch die Preise von der in den Waaren enthaltenen Arbeitszeit abweichen. Es ist also, nachdem die ursprüngliche einfache Hypothese von dem Zusammenfallen von Preis und Arbeitszeit bis in alle ihre Konsequenzen fortgeführt worden, auf Grundlage der so gewonnenen Resultate eine Modifikation jener Hypothese vorzunehmen, durch welche der partielle Widerspruch zwischen ihr und der Wirklichkeit gehoben wird. Die einfache Regel des Zusammenfallens beider Faktoren, die zu einer vorläufigen Orientirung unumgänglich nöthig war, ist nun dahin abzuändern, daß die wirklichen Preise von jener vorausgesetzten Norm nach einer gewissen allgemein formulirbaren Regel abweichen. Auf diesem Umweg — und auf diesem Umwege allein — kann die wirkliche Beziehung zwischen den Preisen und der Arbeitszeit, damit aber auch der wirkliche Modus der Ausbeutung, durch den die kapitalistische Produktionsweise charakterisirt ist, erkannt und im Detail begriffen werden.

Entschließt man sich dazu, in der hier angedeuteten von Marx selbst freilich nicht klar ausgesprochenen Weise die Werththeorie umzubilden, so kommt man, scheint mir, im Prinzip wenigstens über die von Böhm-Bawerk hervorgehobenen Widersprüche hinweg, ohne daß doch diese Theorie ihre enge Beziehung zur kapitalistischen Wirklichkeit damit verlore und sich ins Wesenlose verpflichtete.

Vielleicht darf man hoffen, daß nach so viel langweiligen, leeren und unsinnigen Angriffen gegen die Marx'sche Theorie diese gebiegene Polemik sich in einem für den Marxismus günstigen Sinne als fruchtbar erweisen und nach dem Gescheh des Gegenruckes zu einer schärferen Formulirung der eigentlichen Grundgedanken treiben wird.

C. S.

Kommunales.

Zu Oberschreern sind vom Magistrats-Kollegium gewählt worden: An dem Königsstädtischen Realgymnasium Dr. Köpfer, an der Friedrich-Werder'schen Ober-Real'schule Dr. Schneidewitz, an der Luisenstädtischen Ober-Real'schule Dr. Born, an dem Luisenstädtischen Real-Gymnasium Dr. Böhr.

Bekanntlich haben die städtischen Behörden eine Erhöhung des Schulgeldes, bei den städtischen Realschulen, soweit es sich um Kinder auswärtig wohnender Personen handelt, beschlossen; soweit auswärtig Wohnende in Betracht kommen, welche hier ein Gewerbe betreiben, also hier Steuern zahlen, sollte davon Abstand genommen werden, ebenso bei städtischen Beamten und Angehörigen, welche durch ihr Amt genöthigt sind, ihren Wohnsitz außerhalb Berlins zu nehmen. Die angeführten Erhebungen haben nun ergeben, daß es sich bei der ersten Kategorie um etwa 40, bei der letzteren um 9 Kinder handelt, die Angelegenheit daher in finanzieller Hinsicht keine Tragweite hat.

Die Kommissionsführung wegen Gewerbs des Terrains des Botanischen Gartens ist nicht auf unbestimmte Zeit vertagt, wie es

in den Zeitungen hieß, sondern auf zwei Tage vertagt worden. Dasselbe ist auf nächsten Mittwoch angelegt.

Auf Antrag der städtischen Verkehrsdeputation hat das Magistrats-Kollegium beschlossen, die öffentliche Dampfer-Anlegestelle an der Waisenbrücke, welche jedermann gegen Entgelt zugänglich ist, als solche eingehen zu lassen und dieselbe an Dampfschiffahrt-Gesellschaften im ganzen oder getheilt zu verpachten. Ferner soll die Dampfer-Anlegestelle an der Obersee, welche infolge der Gewerbe-Ausstellung als solche eingerichtet worden war, mit Rücksicht darauf, daß dieselbe nur in seltenen Fällen benutzt worden ist, wiederum als Bootanlegestelle eingerichtet werden.

Der Ortsverein Berlin der evangelischen Gustav Adolf-Stiftung will seine 50. Hauptversammlung der Stiftung in Berlin in der Zeit vom 27. September bis 1. Oktober d. J. abhalten. Das Magistratskollegium hat auf Ersuchen des Vereins zu dieser Versammlung die Vergabe des Festsaales des Rathhauses sowie die Ausschmückung der Plätze in der Nikolai- und Marienkirche und des Lustgartenplatzes genehmigt.

Lokales.

Achtung, Parteigenossen und Genossinnen! In der Versammlung, welche am Sonntag, den 11. April, abends 6 1/2 Uhr, bei Genossen Zubeil, Lindenstr. 106, stattfindet, wird Gen. Crempel über: „Sitte und Sittlichkeit bezüglich der Geschlechtsbeziehungen bei verschiedenen Völkern“ referiren. Regte Theilnahme erwünscht.

Von den Parteigenossen, welche dieser Tage verhaftet wurden, sind gestern, Freitag Abend, der Gutmacher Karl Schulz, der Maurer Hermann Sudach und der Arbeiter Gustav Kutzke aus der Haft entlassen. Desgleichen befinden sich die Mutter und Schwester des Genossen Franz Schulz wieder auf freiem Fuße. Der letztere und dessen Brüder sowie die Genossen Rlose und Erbe befinden sich noch in Haft. Vom Rechtsanwalt Heine sind Schritte eingeleitet, die Inhaftirten frei zu bekommen.

**Johannes Camin** f. Wir erhalten heute die Mitteilung, daß der Klavierarbeiter Johannes Camin im Zuchthaus zu Halle gestorben ist. Camin war während des Sozialistengesetzes ein eifriges Mitglied der Partei und hatte sich auch der Gewerkschaftsbewegung, dem Klavierarbeiter-Verein, eng angeschlossen. Nach Aufhebung des Sozialistengesetzes wandte sich der Verlorne der Strömung der sogenannten Unabhängigen zu, später wurde er mit den anarchischen Theorien bekannt. Die Verbreitung anarchistischer Zeitungsnummern brachte ihn schließlich — 6 1/2 Jahre Zuchthaus ein. Wie weit er dem Anarchismus zugeneigt war, ist heute kaum festzustellen; angestommen darf werden, daß er als ein Opfer seiner Vertrauensseligkeit, seiner politischen Unerfahrenheit und seines etwas heftigen Temperaments betrachtet werden muß. Von diesem Standpunkt aus konnten wir ihm nie das Mitgefühl mit seinem herben Schicksal versagen, trotzdem seine politischen Anschauungen von den unsrigen ungebener weit entfernt sind. Camin stand am 1. Juli 1892 mit dem Bergmann Höver aus Gelsenkirchen, dem Handelsmann Reuthaler aus Berlin, dem Schuhmacher Ruff aus Berlin, dem Fabrikarbeiter Winer aus Jockeln und dem Schriftsteller Dohberstein aus Wierlohn unter der Kullage der Majestätsbeleidigung und der Aufforderung zum Hochverrat vor dem Reichsgericht. Die Verhandlungen fanden unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt und so viel bekannt wurde, hatten die Angeklagten den „Anarchist“ und die „Autonomie“ verbreitet, deren Inhalt der Anklage zu Grunde lag. Diese Blätter befaßten sich auch zur damaligen Zeit, die heftigsten Angriffe gegen die Sozialdemokratie zu schleudern, und das war die Losung, um einige mit der Taktik der Partei unzufriedene Leute zu Helfershelfern einer gewissen und eckeligen Gesellschaft zu machen, die von London aus ihr frevelhaftes Spiel trieb. Der übrige Inhalt dieser Schriften sollte zum Verderben der Irregulierten werden, denn in dem Hochverratsprozeß erhielten Camin und Reuthaler 6 Jahre 6 Monate Zuchthaus, der Schriftsteller Dohberstein wurde freigesprochen und die übrigen Angeklagten zu 5 Jahren 6 Monaten, 5 Jahren 3 Monaten und 4 Jahren Zuchthaus verurteilt. Ein überaus hartes Urteil, wenn man bedenkt, daß in einem Lande, wo Pressefreiheit herrscht, eine Kullage abgeschlossen wäre.

Camin wurde nach dem Zuchthaus zu Halle überführt und der schon damals tränkende Mann hat die Marter des Zuchthauslebens bis jetzt ertragen müssen. Als ihn seine Frau zu Weihnachten besuchte, konnte er, vom Reiben gepeinigt, sich nur mit Unterstützung des Gefangenenaufsehers heranschleppen. Am 3. April schrieb Frau Camin an ihren Mann, und vor einigen Tagen kam der Brief ungedruckt mit der Aufschrift zurück „Adressat gestorben“. So ist er eingescharrt, ohne daß Frau und Kinder eine Nachricht erhielten, ohne daß sie ihm die letzte Ehre erweisen konnten. Sollte nicht auch im Zuchthaus das christliche Empfinden dem Sträfling gegenüber angebracht sein, daß mit dem Tode die Schuld des Mannes auslöscht? Soll ihm auch nach dem Tode der Rache anhaften? Und müssen die unschuldigen Kinder und die Frau den Kelch bis zur Reize lehren? Wir wissen nicht, welchen Grundsätzen die Zuchthausverwaltung huldigt, nach ihren Vorschriften mag sie ganz richtig gehandelt haben, aber das Gefühl der Menschlichkeit dünnt sich auf gegen eine solche Behandlung.

In das Grab gesunken ist nicht ein Christ! Er hat schwer, zu schwer für seinen Irrtum gelitten.

**Ueber die Grundstücke und Wohnungen Berlins** entnehmen wir dem neuesten Bericht der städtischen Steuerdeputation (für 1895/96) die folgenden Angaben, die wegen des Fortfalls der Miethsteuer (die zu werthvollen Ermittlungen über die Berliner Miethverhältnisse Gelegenheit bot) zum ersten Male weniger ausführlich als sonst sein können. Ende 1895 (in Klammern die Zahlen für Anfang 1895) wurden hier 28 995 (28 730) benutzte Grundstücke ermittelt, wovon 28 392 (28 222) bebaut und 543 (508) unbebaut, aber als Zimmer-, Kobleplätze u. s. w. benutzt worden waren. Dazu kamen 1773 (1745) ertraglose Parzellen (Baustellen). In Wohnungen (und Geschäfts-, Dienst-, Fabrik-, Arbeitsräumen) wurden 466 449 (461 453) gezählt, und zwar 440 362 (429 854) vermietete (auch vom Wirth selber benutzte oder miethfrei an andere überlassene) und 26 087 (31 599) leere. Die noch unvermieteten Wohnungen in Neubauten sind nicht mitgezählt. Die leeren Wohnungen waren 5,6 (6,8) pCt. aller vorhandenen. Hier ist seit einer Reihe von Jahren zum ersten Male wieder ein Rückgang — sogar in der absoluten Zahl! — eingetreten. Der Bericht erklärt das aus einer Aenderung des Zählungsverfahrens und aus Fehlern in den früher von den Eigenthümern gemachten Meldungen. Zum Theil dürfte der Rückgang aber auch dadurch zu Stande gekommen sein, daß einerseits die Bauverwaltung sich in den letzten Jahren in der Vermehrung der Neubauten doch etwas eingeschränkt hat — die Zunahme der Zahl aller Wohnungen gegen das Vorjahr war in 1890: 5,7, 1891: 4,6, 1892: 3,9, 1893: 2,8, 1894: 2,6, 1895: 1,1 pCt. — und daß andererseits infolge erneuter, schon 1895 ziemlich erheblicher Zunahme des Zugangs wieder mehr Wohnungen einen Miether finden konnten. Der Miethwerth war Ende 1895 durchschnittlich für eine vermietete Wohnung 668 M. (Anfang 1895: 680, 1894: 684, 1893: 687, 1892: 685, 1891: 674, 1890: 659), für eine leere 451 M. (Anfang 1895 bis 1890: 446, 1891: 448, 1892: 450, 1893: 461, 1894: 461). Der Miethwerth der leeren Wohnungen zeigt keinen regelmäßigen Gang; hier, wo es sich um eine verhältnismäßig kleine Zahl von Wohnungen handelt, vermögen schon wenige theure, zufällig leer stehende Wohnungen den Durchschnitt stark zu beeinflussen. Bei den vermieteten Wohnungen kann die Abnahme der Durchschnittsmiethen zurückzuführen sein auf stärkere Bevorzugung kleiner Wohnungen oder auch darauf, daß die Wirthschaft in größerem Umfange zu Ermäßigungen bequem haben. Sie haben das thatsächlich schon seit 1888 in immer steigendem Maße thun müssen. Nach dem 1896er Aufschwung aber dürften sie, in anbeacht des massenhaften Zugangs und des gesteigerten Wohnungsbedarfs, für die nächste Zeit wieder etwas andere Saiten anzuziehen versuchen.

**Der Besuch der städtischen Fortbildungsschulen für Jünglinge** hat 1895/96 im Sommer gegen das Vorjahr erheblich ab-, im Winter nur wenig zugenommen. Ueberblickt man das ganze letzte Jahresfrist, so ergibt sich für das Winter- wie für das Sommersemester ein sogar recht bedeutender Rückgang. Es wurden notirt:

	Theilnehmer		belegte Kurse	
	Sommer	Winter	Sommer	Winter
1891/92	7106	7798	12 087	13 474
1892/93	7226	7789	11 071	12 239
1893/94	6719	7267	11 327	12 773
1894/95	6950	7569	12 018	12 689
1895/96	6673	7468	11 108	12 689

Die Theilnehmerzahl war im Sommer des Schuljahres 1895/96 so niedrig, wie in keinem der letzten Vorjahre, und im Winter war sie noch immer niedriger als 1891/92 und 1892/93. Mit der Zahl der belegten Kurse steht es ähnlich. Der Rückschritt ist noch größer, als er auf den ersten Blick erscheint. Man darf nicht vergessen, daß vom Winter 1890/91 bis Winter 1895/96 die Zahl der Schulen von 10 auf 12, der Unterrichtsjahre von 12 auf 15, der Kurse von 416 auf 474 erhöht worden ist. Von dieser Vermehrung der Gelegenheiten zur Theilnahme an Fortbildungsunterricht hätte man auch einen vermehrten Besuch erwarten dürfen. Eine Zunahme des Besuchs hätte außerdem schon deshalb eintreten müssen, weil ja auch die Bevölkerungsziffer Berlins inzwischen gewachsen ist. (Von 1890 bis 1895 haben sich speziell die hier zumeist in betracht kommenden 15-20jährigen männlichen Personen von 67 341 auf 72 825 vermehrt.) Wenn der Fortbildungsbuchbesuch trotzdem nicht zu-, sondern abgenommen hat, so wird man unter den mancherlei Ursachen, die hier mitsprechen können, vielleicht nicht in letzter Linie die unglückliche Wahl der Unterrichtszeit (Wochentagsabende und Sonntagmorgens) nennen müssen. Der die ganze Woche hindurch von früh bis spät arbeitet, von dem kann

man weder am Abend noch am Sonntagmorgen die nöthige Frische und, was durchaus verzeihlich ist, auch nicht eine besondere Lust zum Lernen erwarten. Die Verlegung des Unterrichts auf die Vormittage der Wochentage würde freilich, da dann die Lehrherren ihren Lehrlingen den Besuch der Schulen nicht mehr erschweren würden, als es heute schon der Fall ist, die Einführung der Verpflichtung zum Besuche zur Folge haben müssen. Es ist bekannt, wie sich die städtische Verwaltung gegen diese Forderung sträubt, und wie ihr der gesamte „Freisinn“ darin sekundirt. Man weiß eben sehr gut, daß die Einführung des obligatorischen Fortbildungsunterrichts, die übrigens auch zur Befestigung des Schulgedes für alle Fächer führen müßte, den meisten Lehrherren noch viel unangenehm wäre als manchem lernunlustigen Schüler.

Der „Kindersegen“ ist bei den Unbemittelten im allgemeinen größer als bei den Wohlhabenden. Daß dieser alte Erfahrungssatz auch für Berlin gilt, das zeigt sich, wenn man aus den Volkszählungs-Ergebnissen den Antheil der Kinder an der Bevölkerung für jeden der 18 Stadttheile (Standesamtsbezirke) Berlins gesondert berechnet. Aus dem Ergebnis der Zählung von 1895 theilt das letzte Berliner „Statistische Jahrbuch“ zur Alterszusammensetzung der Bevölkerung der einzelnen Stadttheile zunächst nur die Unterscheidung nach 10jährigen Geburtsjahrgruppen mit. Die in den Jahren 1886 bis 1895 geborenen, also 0-9 1/2 Jahre alten Kinder waren pro 10 000 der Bevölkerung in den Bezirken II. Friedrichstadt 1128, I. Altstadt 1143, IX. Spandauer Viertel 1345, III. Schöneberger Vorstadt 1350, VI. diesseitige Luisenstadt mit Neu-Cölln 1377, XIIa. östliches Moabit mit Friedrich-Wilhelmstadt 1406, IVa. westliche Tempelhofer Vorstadt 1505, VIIa. westliches Stralauer Viertel 1786, Va. westliche jenseitige Luisenstadt 1807, Xa. südliche Rosenthaler Vorstadt 1849, VIII. Königs Viertel 1872, XI. Oranienburger Vorstadt 1905, IVb. östliche Tempelhofer Vorstadt 1971, VIIb. östliches Stralauer Viertel 2202, Vb. östliche jenseitige Luisenstadt 2390, Xb. nördliche Rosenthaler Vorstadt 2427, XIIb. westliches Moabit 2439, XIII. Wedding 2473. Die vorwiegend von einer ärmeren Bevölkerung bewohnten Stadttheile haben durchgängig die höchsten Zahlen. Das Bild muß noch klarer werden, wenn bei der Berechnung einerseits Waisenhäuser, Erziehungsanstalten u. s. w., andererseits Kasernen, Gefängnisse, Altersversorgung-Anstalten u. s. w. ausgeschaltet werden. Wenigstens für das Militär, dessen Hauptquartier sich fast nur auf einige wenige Stadttheile beschränkt und in diesen die Alterszusammensetzung der Bevölkerung stark beeinflusst, läßt sich auf Grund des bisher veröffentlichten Materials die Ausschaltung vornehmen. Thut man das (wobei außer Betracht bleiben darf, daß auch unter dem Militär eine Anzahl Familienwäiter sind), so ändert sich der Antheil der 0-9 1/2 jährigen an der Bevölkerung in mehreren Bezirken nur wenig oder fast gar nicht. In anderen erhöht er sich merklich, besonders in den Bezirken I auf 1171, IX auf 1401, XIIa auf 1585, XI auf 1953, IVb auf 2026, Vb auf 2490 pro 10 000. Der Kinderreichtum einiger Bezirke, namentlich von Vb, tritt dadurch noch schärfer hervor. Am deutlichsten würde sich bei der Berechnung des Antheils nur der 0-1 jährigen Kinder ergeben, daß die Wohlhabenden viel weniger als die Unbemittelten zur Vermehrung der Bevölkerung durch Geburten beitragen.

**Zur Anstalts-Krankenpflege der Säuglinge.** Daß erkrankte Säuglinge in ein Krankenhaus kommen, gehört in Berlin zu den Ausnahmen. Das dürfte zwar (selbstverständlich) nicht ausschließlich, aber doch zu einem wesentlichen Theile auf den Ort und auch in letzter Zeit wieder diskutierten Umstand zurückzuführen sein, daß in Berlin die Gelegenheit zur Verpflegung von Säuglingen in Anstalten überhaupt noch sehr gering ist. Bekannt ist, daß die Berliner Krankenhäuser Kindern noch öfter als Erwachsenen wegen zeitweiligen Platzmangels die Aufnahme verweigern müssen, — auch solche Krankenhäuser, die nur für Kinder bestimmt sind. Von 10 052 im Jahre 1896 gestorbenen Kindern unter einem Jahr (Tobtgeborene nicht mitgezählt) haben nur 951 (9,5 pCt.) in einem Krankenhaus, speziell von 7527 Ehelichen 385 (5,1 pCt.), von 2525 Unehelichen 566 (22,4 pCt.). Schon diese Zahlen lassen erkennen, von wie geringem Umfang die Anstalts-Krankenpflege der Säuglinge in Berlin ist. Die Zahlen dürften sich überdies noch erheblich verringern, wenn alle diejenigen Säuglinge — und das gilt namentlich für die Unehelichen — ausgeschlossen würden, die in Anstalten zwar lebend geboren wurden, aber bald nach der Geburt noch darin wieder verstarben. (Von 48 310 im Jahre 1896 lebend geborenen Kindern wurden 2540 (5,3 pCt.) in Anstalten geboren, speziell von 41 090 Ehelichen 835 (2,0 pCt.), von 7220 Unehelichen 2185 (30,3 pCt.). Ohne Zweifel würde die Errichtung weiterer Anstalten für Säuglingspflege, wie sie jetzt von verschiedenen Seiten gefordert wird, die Kindersterblichkeit in Berlin wenigstens um etwa 5 verringern. Im Vergleich zu den zahlreichen anderen Schädigungen, die die Gesundheit und Widerstandsfähigkeit der Kinder, besonders der Proletariatskinder, bedrohend, fällt freilich der Mangel an Gelegenheiten, kranke Säuglinge in Anstalten zu pflegen, nicht sehr ins Gewicht.

**Schul-Gesundheitslisten** führt das Dorotheenstädtische Realgymnasium, um eine fortlaufende Uebersicht über den Gesundheitszustand der Schüler zu erhalten. Die Einrichtung scheint jedoch nicht amtlich vorgeschrieben zu sein. Sie dürfte einer privaten Anregung des Leiters der Anstalt, des Prof. Schwalbe (eines der Begründer des Vereins für gesundheitsgemäße Erziehung der Jugend) ihre Entstehung verdanken. Sie verdient aber, nachgehmt und von Amts wegen eingeführt zu werden. Noch mehr als für die höheren Schulen wäre sie für die Gemeindeschulen zu wünschen. Hier könnte die Führung offizieller Gesundheitslisten einen vorläufigen Nothbehelf bilden für die oft geforderte (auch von dem genannten Verein beantragte, aber von der Schuldeputation nicht genehmigte) ärztliche Untersuchung der Gemeindschul-Kinder. Aus solchen Gesundheitslisten würde sich unter anderem ergeben, um wieviel der Gesundheitszustand in den Volksschulen unangünstiger und die Sterblichkeit größer ist als in den höheren Lehranstalten.

**Schul-Bräusebäder** bestehen jetzt (die Neu-Eröffnungen zu Beginn des Sommersemesters eingerechnet) an sieben Gemeinde-Doppelschulen, nämlich an den Schulen Nr. 168 und 182 (Quintowstr. 115), Nr. 190 und 198 (Graunstr. 11), Nr. 199 u. 205 (Alt-Moabit 67-70), Nr. 206 u. 212 (Siemensstr. 20-21), Nr. 204 u. 213 (Christburgerstr.), Nr. 207 u. 210 (Strelitzerstr. 42), Nr. 208 u. 211 (Prinzen-Allee 62-66). Da immer nur die neu erbauten Schulhäuser mit Bade-Einrichtung versehen werden, so kann es noch recht lange dauern, bis die Schulbäder in Berlin allgemein eingeführt sind. Die Kosten für den Betrieb der oben genannten sieben Bräusebad-Anlagen sind auf 4800 M. pro Jahr veranschlagt worden.

**Verformungsstreben und Frühkonzerte.** Bezüglich der Frühkonzerte an den Oster- und Pfingst-Feiertagen ist den Polizei-Hauptmannschaften vom Polizeipräsidium eine Verfügung zugegangen, wonach diese Konzerte durch die bekannte Polizei-Verordnung vom 10. Oktober 1896 nicht verboten sind, für dieselben aber die Einschränkungen des § 12 Absatz 3 gelten. Danach dürfen an diesen Tagen Musikaufführungen u. dergl. in Schanklokalen nur stattfinden, wenn der erste, den Feiertagen entsprechende Charakter gewahrt wird.

**In Arbeiterkreisen** erregt es vielfach Unwillen, daß eine Anzahl orthodoxer Brüder sich mit ganz unmotivirter Ausdringlichkeit in Privatverhältnisse von Personen mischen, deren Wohl und Wehe den Frommen bis dahin meistens völlig gleichgültig gewesen ist. Wenn ein Brautpaar sich verheirathen will, so dauert es nicht lange, und Braut und Bräutigam erhalten vom „Gemeinde-Kirchenrath“ ein Schreiben mit der Aufforderung, „zu dem ersten Schritt, welchen Sie zu thun im Begriffe sind, auch den kirchlichen Segen einholen zu wollen“. Man braucht keinen Festanug, denn „wir machen darauf aufmerksam, daß in unserer Kirche Gelegenheit geboten wird, auch an Wochentagen und zu Stunden, an welchen

aufser den unmittelbar Betheiligten nicht auf andere Anwesende zu rechnen ist, in einfachem Anzuge vor dem Altar zu erscheinen.“

Und werden zuweilen solche Schreiben, mit Randbemerkungen bitteren Spottes versehen, von den Empfängern zugeandt. Wie glauben, daß diese Art der orthodoxen Agitation auf eine Verminderung der Aktionsfähigkeit ihrer Interessenten schließen läßt. Früher gingen die Frommen von Haus zu Haus; die üblichen Erfahrungen, die sie auf derartigen Wanderungen machen mußten, scheinen die Leuten darauf gebracht zu haben, es mit der bequemerem schriftlichen „Einwirkung“ bewenden zu lassen.

**Die Polizei und die Disziplin in höheren Schulen.** Wegen Theilnahme an einer die Trunksucht fördernden Schülerverbindung waren einer Korrespondenz zufolge im Februar fünf Untersekundaner eines Realgymnasiums ausgeschlossen worden; drei andere sollten zur Strafe statt Ostern erst Herbst das Zeugniß zum einjährigen Dienste erhalten. Die fünf ausgeschlossenen meldeten sich darauf zur Prüfung bei der Prüfungskommission für Einjährige und wurden auch auf Grund eines von der Polizei angestellten Unbescholtenheits-Zeugnisses trotz des Widerspruchs des Provinzial-Schulkollegiums zugelassen. Die Theilnahme an der Verbindung wurde von der Polizeibehörde und dem Vorsitzenden der Prüfungskommission nicht als ein für die Polizei in betracht kommendes Vergehen angesehen. Infolge dieser Entscheidung wurde dann die Strafe der drei noch auf dem Gymnasium weilenden Theilnehmer in eine Carcerstrafe verwandelt. Die fünf zur Prüfung Zugelassenen haben aber sämmtlich die Prüfung nicht bestanden.

**Die Beerdigung des Staatssekretärs des Reichs-Postamts** Herrn Dr. von Sieppan findet Sonntag, den 11. April, um 1/2 1 Uhr, von Lichtof des Postmuseums, Ecke der Leipziger- und Mauerstraße, auf nach dem Kirchhofe der Dreifaltigkeitskirche, Wartheustraße, statt.

**Eine recht fühlbare Konkurrenz** machen den deutschen Fabriken die amerikanischen und englischen Fahrrad-Fabrikanten, indem sie jetzt, zum Beginn der Saison, den deutschen Markt mit ihren Fabrikaten förmlich überschwemmen. Fast mit jedem Dampfer treffen große Sendungen Bicycles in Hamburg ein. So hatte der kürzlich dort von New-York angelommene Dampfer „Foreland“ über tausend Räder geladen, auch der Dampfer „Thor“ brachte eine größere Sendung an die Stadt.

**Eine merkwürdige Erklärung über den Mangel an Krankenhäusern** in Berlin hat nach dem soeben veröffentlichten stenographischen Bericht über die letzte Verhandlung des Teltower Kreisraths in dieser Sitzung der Stadtrath Kreisdeputirte Marggraf gegeben. Anknüpfend an die dem Landrath des Kreises vor einiger Zeit vom Berliner Magistrat zugegangene Mitteilung, daß in hiesigen Krankenhäusern absolut kein Platz für Aufnahme auswärtiger Kranken vorhanden sei, fuhr Stadtrath Marggraf wörtlich fort: „Ich kann auch die Gründe angeben. Wir hatten ein neues Krankenhaus in Berlin beschlossen, der Plan war schon fertig, da trat ein Wechsel in der Leitung des Bauamtes ein, wir erhielten einen neuen Stadtbaurath und dieser kassirte die sämmtlichen bisherigen Pläne, so daß jetzt von vorne angefangen wird. Ich glaube nicht zu viel zu sagen, wenn ich annehme, daß innerhalb 5 Jahren wir keine Vermehrung der Berliner Krankenhäuser haben werden.“ Das ist recht aufschlußvoll.“

**Das königl. Polizeipräsidium theilt mit,** daß außer den bereits früher zur Prüfung von Bierdruckapparaten berechtigten Sachverständigen neuerdings auch der Ingenieur Friß Schmidt zu Charlottenburg, Knefedestr. 17 wohnhaft, autorisirt worden ist, derartige Prüfungen vorzunehmen und Bescheinigungen darüber zu erteilen. — Ferner wird im Interesse der Angler nochmals darauf hingewiesen, daß nach einer Vereinbarung des hiesigen Polizeipräsidiums mit dem Regierungspräsidenten zu Potsdam, Gesuche um Ertheilung der Erlaubniß zum Angeln während des Sonntagss oder während der wöchentlichen Schonzeit der Fische auch in den außerhalb der Berliner Reichsbildgrenze befindlichen Gewässern zunächst dem Berliner Polizei-Schiffahrtsbureau zur Prüfung und gutachtlichen Aeußerung vorgelegt werden müssen.

**Der Kaiser hat, wie das „Veil. Tagebl.“** meldet, den Direktor der Kunstgewerbeschule in Stragburg, Professor Geber, beauftragt, eine Amtskette zu entwerfen, deren Bestimmung er sich vorbehalten hat. Die Idee, den Berliner Stadtvater Amtsketten anzulegen, hat der König Friedrich Wilhelm IV. kurz vor der 1848er Revolution ausgeführt.

**Nachträglich** werden uns folgende Firmen namhaft gemacht, die ihren Arbeitern den 22. März als Feiertag auszuwählen, ohne ihnen den schuldigen Lohn hierfür zu zahlen. Metallwaaren-Fabrikanten: Rudolf Krüger, Michaelkirchstraße; hat bei früheren Gelegenheiten gezahlt, ist aber jetzt dem Verbot der Kähnenänner beigetreten. Schuster u. Bar, Prinzenmannstr. 17; Webisch, Kronenacher-Fabrik, Gitschiner-Strasse 98.

**Gärtnermeister Delonmierath E. Späth** in Nixdorf blieb ebenfalls seinen Arbeitern den Lohn schuldig. Lederaaren-fabrikanten: G. K. a. n., Georgenkirchstraße; G. o. b. a. u., Trebbenerstraße; D. o. t. t. i., Neanderstraße; S. c. h. o. l. j. K. a. c. h., Schöneberg, und L. o. b. S. ö. h. n. e., Wilhelmstraße. Die Firma Loh Söhne gab das Versprechen ab, den Lohnarbeitern die aufgezogenen Feiertage bezahlen zu wollen. Am Zahlungstode waren die Geßel vermisst und die Komtoristen konnten selbständig in der Angelegenheit nicht handeln.

**Das Niesenerrohr „Trepow-Sternwarte“** soll Mitte April wieder eröffnet und dem Publikum von neuem übergeben werden.

**Ein Bild des Glücks.** Unter dem Verdachte des Kindes-Mordes ist gestern, Freitag, vormittags um 11 Uhr, die 57 Jahre alte Zimmermannswitwe Auguste Nischel, geb. Buchholz, aus der Straßburgerstr. 14 festgenommen worden. Die Frau bewohnte mit ihren vier Kindern im Alter von 4 bis 13 Jahren ein kleines Stübchen im Keller und lebte in den dürftigsten Verhältnissen. Von der Stadt erhielt sie monatlich 18 M. Armenunterstützung. Gestern Morgen gab sie einem fünften Kinde das Leben. Diefem soll sie den Hals umgedreht haben. Die Polizei des 50. Reviers hat sie unter diesem Verdachte festgenommen und einweilweis als Polizeigefangene mit einem Krankenwagen einer Anstalt zugeführt. Die Leiche des Kindes wurde dem Schauhaufe überwiefen.

In der Angelegenheit wird noch berichtet, daß die Hauptzeugin, die Arbeiterfrau Paulaus, die neben der Beschuldigten, wohnt, von der Kriminalpolizei eingehend vernommen worden ist. Die Wohnung ist von der Behörde geschlossen worden. Die vier Kinder befanden sich gestern Abend noch unter der Obhut der Wirthschafterin. Frau Nischel wohnt in der Straßburgerstraße mit ihren Kindern erst seit vier Wochen.

**Die letzten der alten Baracken,** welche die Marienkirche umfassen und die zu den ältesten Wohnhäusern Berlins gehören, werden jetzt ebenfalls abgetragen. Es sind dies die Häuser Klosterstraße 13, 14, 15 und Marienkirchhof 15, 16, 17. An Stelle der aus der Mitte des siebzehnten Jahrhunderts stammenden Gebäude werden große Geschäftshäuser errichtet werden.

**Die Theaterzensur.** Das Alexanderplatz-Theater wollte ein Sensationsstück „Prinzessin Chimay“ zur Aufführung bringen. Die Polizei ordnete jedoch einen anderen Titel an, und so wird bean das Stück heute unter dem Namen „Eine tolle Prinzessin“ gegeben.

**Einen Dolch** in die linke Brust versetzte sich der Polizeiwache des 12. Reviers der Schloffer Arthur Giesler, der am Donnerstag Nachmittag 3 Uhr wegen einer in einem Schanklokal begangenen Ungehörigkeit strirt worden ist. Giesler wurde in bedenklichem Zustande in ein Krankenhaus gebracht.

Ein falscher Kriminalbeamter. In dieser in Nr. 91 gebrachten Notiz erhalten wir folgende berichtende Zuschrift: Der betreffende Vorfall war nicht in der Nacht zum Sonntag, sondern vom Freitag, den 2. April, zu Sonnabend, den 3. April. Ich habe nicht eine anständige Dame belästigt, sondern ich wurde von einer Dame belästigt, mitzukommen. Schließlich ließ sie davon und ich sah sie dann mit einem Herrn. Diesen fragte ich, ob er Beamter sei, ich wollte die Dame festhalten lassen. Ich habe mich nicht als Beamter ausgegeben. Carl Pinnar.

Von durchgehenden Pferden, die vor einer dem Mollerei-Besitzer Wolle gehörenden Kutsche gespannt waren, ist am Donnerstag Nachmittag 2 1/2 Uhr an der Ecke der Invaliden- und Chausseestraße das Dienstmädchen Hermine Niemer zu Boden gerissen und so schwer verletzt worden, daß es in ein Krankenhaus gebracht werden mußte.

Zu der wegen wiederholter Unterschlagung erfolgten Verhaftung des Mendanten A. vom königlichen Rechnungsdienst werden noch folgende Einzelheiten mitgeteilt: A. zählt 50 Jahre, er hat eine dreißigjährige Dienstzeit hinter sich, in der er sich bisher tadellos gefehlt hatte. Nach zwölfjähriger Militärdienstzeit kam er zum Rechnungsdienst, dem er achtzehn Jahre angehört hat. Am vorigen Freitag traf bei seinem Direktor die Demission ein, die einer der Bedienten erlassen haben soll, die er umgegangen hatte, um das Defizit decken zu können. Alsbald wurde eine Revision vorgenommen, die das bekannte Ergebnis hatte. Auf Bericht an das Ministerium wurde die Verhaftung A.'s verfügt. Sie hatte schon im Laufe des Vormittags angeführt werden sollen, doch A., der seit Sonnabend sein Schicksal kannte, hatte sich von der Behausung ferngehalten, da er der nachmittags stattfindenden Verurteilung seiner Schwägerin, einer Schwester seiner Frau, noch beiwohnen wollte. Als er dann mit seinen Angehörigen gegen sechs Uhr vom Kirchhof heimkehrte, ward ihm von Beamten bedeutet, ihnen nach dem Rechnungsdienst zu folgen. Hier fand ein zweistündiges Verhör statt, worauf A. nach dem Alexanderplatz in Haft gebracht wurde. Der Erbschaftsprozess, der den Beamten seiner Pflicht abwendig gemacht hat, war gegen den Vater seiner Frau, mit der er in zweiter Ehe verheiratet ist, angestrengt worden. Der Prozess soll zu gunsten A.'s entschieden sein, aber die erstrittene Summe war ihm noch nicht ausgezahlt worden.

Im Zirkus Busch ist die Abschiedsvorstellung am nächsten Donnerstag. Heute ist Benehvorstellung für Frau Direktor Busch.

Etwelche Giel (vierfüßige) will sich der Berliner Thier-Clubverein zulegen. Die Thiere sollen vor Reklamezwecken gespannt werden, um so für Benutzung des Velters Langohr als Jagdhier Propaganda zu machen. Die bis jetzt übliche Benutzung von Hund und Ziegen von kleineren Führern wird vom Thier-Clubverein als tadelnswürdige Ausdehnung bezeichnet.

Unfälle im Straßenverkehr. In der Stralauerstraße lief gestern, vormittags, der 50 Jahre alte Schuhmacher Gustav Kholz gegen einen Geschäftswagen, geriet unter die Räder und erlitt schwere Verletzungen an beiden Füßen. Er wurde nach der Charité gebracht. — Vor dem Hause Ufodstr. 14 wurde vormittags der fünfjährige Sohn des Glasers Dürbaum durch einen übermäßig schnell fahrenden Milchwagen überfahren und an Kopf und Rücken schwer verletzt. — Gestern Mittag fiel der 8 Jahre alte Billy Jähn beim Spielen von einer Uferterrasse des Lustgartens in den Sprekanal, wurde indessen, ohne Schaden genommen zu haben, aus dem Wasser gezogen. — Nachmittags fiel auf dem Bellealliance-Platz der 49 Jahre alte Tapezierer Franz Schmiede beim Befahren eines in der Fahrt befindlichen Pferdebahnwagens hin und verletzte sich schwer an der Hand und an der Stirn. — An der Ecke der Invaliden- und Chausseestraße wurde nachmittags die unerschrockene Hermine Niemer durch eine Kutsche, deren Pferde durchgegangen waren, überfahren und am Kopfe schwer verletzt. — Beim Absteigen vom Vorderrad eines durch die Gerächtraße fahrenden Pferdebahnwagens fiel abends die 15jährige Arbeiterin Rosa Wittig hin, geriet unter die Räder und erlitt eine schwere Verletzung am linken Fuß.

### Aus den Nachbarorten.

Johannisthal, Nieder- und Ober-Schönevelde. Wir geben den Parteigenossen hiernit bekannt, daß die Borussia-Bräuer e ihre Säle der Arbeiter-Gesellschaft wieder zur Verfügung gestellt hat. Der Arbeiter-Bildungsverein hält am heutigen Sonnabend, abends 8 1/2 Uhr in dem kleinen Saale der Borussia-Bräuer seine Versammlung ab.

Verschwunden ist seit neun Tagen der am 10. Dezember 1896 geborene Versicherungsagent Arthur Kirchstein, der in Higdorf, Bismarckstraße 46, wohnte. Kirchstein holte am 1. April aus dem Bureau der „Viktoria“ in der Neuen Friedrichstraße, wo er angestellt ist, sein Gehalt ab, kam aber von diesem Ausgange nicht wieder nach Hause. Man vermutet, daß der Verschwundene, der in kinderloser Ehe lebte, einem Unglück oder einem Verbrechen zum Opfer gefallen ist. Kirchstein ist von schlanker Statur, trägt dunkles Haar und dunklen Schnurrbart. Wer über seinen Verbleib etwas anzugeben weiß, wird gebeten, der Ehefrau Mitteilung zu machen.

In Sübende, Mariendorf und Lauswig sind die Arbeiten der Hochleitung für die lang erwartete Gasleitung begonnen worden. Der Anbruch der Leitung erfolgt an das schon vorhandene Abkochen von Steglitz. Sübende und Mariendorf haben seit vorigen Sommer auch schon elektrisches Licht.

### Kunst und Wissenschaft.

Die seit Neujahr im Verlage der Buchhandlung Vorwärts Berlin erscheinende Wochenschrift „In freien Stunden“ hat es sich als Aufgabe gesetzt, dem Bedürfnis nach guter und zugleich billiger Romanlektüre gerecht zu werden. Jede Woche erscheint ein bogensartiges Heft, das eine reichillustrirte Roman-Fortsetzung enthält. Die inneren Umschlagseiten bringen Gedichte, Skizzen, Notizen und kleine Aufsätze über Themen der verschiedensten Wissensgebiete, Vermischtes und Humoristisches. Die Illustrationen sind künstlerisch ausgeführt, die Ausstattung der Hefte ist eine ansprechende. Der gegenwärtig laufende Roman heißt „Siebzehnhundertdreißig“, stammt aus der Feder des Victor Hugo's, und schildert in der Hauptsache den Kampf der Konventstruppen mit den ausländischen Bretonen und Vendeeern. Nach diesem Roman werden Erzählungen von Robert Schweißel: „Aus dem Leben der Enten“ zum Abdruck gelangen. — Wir können „In freien Stunden“ auf das beste empfehlen. —

Im Schiller-Theater ging am Donnerstag Moser's unaltes „Stiftungsfest“ in Szene. Das Stück ist so harmlos, daß auch der härteste Kritiker ermattet die Hände sinken läßt und beim Anblick des Schwanks sich barmherzig der Verse erinnert: „Dies Kind, kein Engel ist so rein, laßt's Curer Hund empfohlen sein.“ So sei denn nur konstatiert, daß das Publikum des Schiller-Theaters, dem ja so wie so Moser viel näher liegt, als der große Poet aus Schwabenland, sich ausgezeichnet an allem amüsierte, was der Verfasser als Witz betrachtet wissen wollte. Eine recht flotte Aufführung trug ihr Teil dazu bei, dem „Stiftungsfest“ zum Erfolge zu verhelfen. Herr Patry war ein Frauenambler von wunderbarer Unverwundlichkeit, und Herr Schmajow gab das eifrige Vereinskomitee so schweißtriefend, daß er sich unter den Naturalisten einen Ehrenplatz sichern konnte. Sehr hüßlich spielten auch die Herren Steincke und Edden ihre behäbigen Rollen; desgleichen ist den Herren Reimann und Blau nur gutes nachzusagen. Die Damen Evermann, Pauls und Detschy zeigten sich ebenfalls von ihrer besten Seite. —

Die bereits angekündigte Vorstellung des Vereins „Freie Bühne“ findet Sonntag den 11. April mittags 12 Uhr im Deutschen Theater statt. Zur Aufführung gelangen „Am Ende“ von Marie v. Ebner-Eschenbach und „Grete's Glück“ von Emil Marriol. Die Vorstellung ist eine öffent-

liche. Für Nicht-Mitglieder ist eine beschränkte Anzahl von Billets an der Kasse des Deutschen Theaters zu den üblichen Abendpreisen dieses Hauses (ohne Vorlaufgebühren) zu haben. —

Ueber das Berliner Nationaldenkmal fällt Ferdinand Avenarius in seinem „Kunstwart“ (13. Heft 10. Jahrg.) folgendes Urtheil: „Wir erinnern uns der Wettbewerbe, bei denen Vegas nicht einmal ein Nebenpreislein erwirkte, und all der Sonderbarkeiten, die damals verblühten und erlöteten, erinnern uns des Reichstagsbeschlusses, erinnern uns der Parallele zwischen dem Denkmal Friedrich's II., das der Monarch auf eigene Kosten aber wohlberathen vom Tüchtigsten sehen ließ, und diesem Denkmal hier, das die Nation zwar bezahlte, das aber ausführte nach laienlichen Wünschen, auf einem Plage nach laienlicher Wahl, der, welcher so ziemlich allein nach laienlicher Ansicht der Tüchtigste war. Da sieht es nun, eine Art von Vorbau vor dem Schloß, von keiner Stelle, als von den Schloßfenstern aus, gut zu sehen, ungroß und einfach, beinahe stumpfsinnig im Wiederholen derselben abgebrachten Motive, kunstgewerblich, wo monumentale Kraft am Plage, in seinem Besten von theatralischem Schwunge, grundfremd dem Geiste nach ihm, den es feiern soll und der vor allem eine würdige Mitwirkung der Männer gewünscht hätte, die ihm hielten, ja, die ihn leiteten. — als Ganzes ein Prachtstück etwa à la Louis XIV. Was hilft's diesen Thatfachen gegenüber, daß manche Einzelheit sehr schön herausgelungen ist, weil ja doch Vegas in der That ein Meister wenigstens im äußerlich Formalen ist? Was ist denn bei einer solchen Aufgabe mit kalter äußerer Schönheit gethan? Wie wird man in hundert Jahren über dieses sogenannte Nationaldenkmal denken? ... Nun ist geworden, was werden mußte; man nenne die Dinge beim rechten Namen: das Nationaldenkmal ist verfehlt. Nichts schützt auf die Dauer vor dieser Erkenntnis, die heut noch die Nachwehen der Festtagsstimmung umschleiern mögen.“ —

### Soziale Rechtspflege.

Der Staatsanwalt gegen die Gewerbegerichts-Beisitzer. Der Rechner A., Mitglied des Gewerbegerichts zu Berlin, hatte in einer Verammlung der Arbeitnehmer und Beisitzer jenes Gerichts gegen den Vorsitzenden des Gerichts schwere und ungerechtfertigte Vorwürfe erhoben. Aus diesem Thatbestande hatte auf Veranlassung der Verwaltungsbehörde die Staatsanwaltschaft den Antrag, den A. seines Amtes zu entsetzen, bei dem Landgericht gestellt im Anschluß an § 19 des Gesetzes über die Gewerbegerichte, welcher bestimmt: „Ein Mitglied des Gewerbegerichts, welches sich einer groben Verletzung seiner Amtspflichten schuldig macht, kann seines Amtes entsetzt werden. Die Entsetzung erfolgt durch das Landgericht. Auf das Verfahren finden die Vorschriften für Strafsachen statt.“ Das Landgericht lehnte jenen Antrag ab und das Reichsgericht verwarf die hiergegen eingelegte Revision, indem es nach „Mittelteil der Deutsch. Jurist.-Ztg.“ ausführte: Das Gesetz erläutert nicht den Begriff der „Amtspflicht“. Aus den Verhandlungen über den Gesetzesentwurf geht nur hervor, daß man den Begriff nicht auf Handlungen oder Unterlassungen innerhalb der amtlichen Thätigkeit habe beschränken wollen. Bedenklich sei es daher, daß der Vorderrichter nur Verstoße gegen die Obliegenheiten des Amtes als Beisitzer des Gerichts unter jenen Begriff habe bringen wollen. Allein das Urtheil werde getragen durch die Feststellung, daß eventuell die Verletzung der Amtspflicht keineswegs eine grobe sein würde. Diese Ansicht stütze sich auf den guten Glauben des Angeklagten, auf den Mangel jeder verdorbenen Absicht, auf die vermeintliche Beeinträchtigung der Stellung der Beisitzer des Gewerbegerichts. Eine rechtswidrige Auffassung sei hieraus nicht zu entnehmen. Die Revision der Staatsanwaltschaft erscheine daher nicht begründet.

### Gerichts-Beitrag.

Ein Angeklagter, der nichts weiter verbrochen hat, als daß er die Entscheidung des Gerichts über ein polizeiliches Strafmandat anrief, verpflichtet, auf der Anklagebank Platz zu nehmen? Diese Frage wurde gestern seitens der IV. Strafkammer am Landgericht II in bejahendem Sinne entschieden. Der Baunternehmer Nischoff in Treptow hatte am Baumjulenweg ein Haus gebaut und soll sich dabei einer geringfügigen baupolizeilichen Uebertretung schuldig gemacht haben. Er erhielt ein polizeiliches Strafmandat, gegen welches er Einspruch erhob. Das Schöffengericht verwarf seinen Einspruch und erkannte auf 20 Mark Geldstrafe. Hiergegen legte der Angeklagte Berufung ein, weigerte sich aber in der zweiten Instanz, die Anklagebank zu betreten. Der Staatsanwalt verlangte einen Gerichtsbeschluss darüber, ob der Angeklagte nicht so gut wie jeder andere auf die Anklagebank müsse. Der Gerichtshof zog sich zur Verathung zurück und verurtheilte nach einiger Zeit folgenden Spruch: „Es handelt sich hier um einen Akt der Sitzungspolizei. Das Gericht hat daher keinen Beschluß gefaßt. Die Entscheidung darüber, ob ein Angeklagter innerhalb oder außerhalb der Schranken Platz zu nehmen hat, steht dem Vorsitzenden zu. Als solcher bestimme ich, daß der Angeklagte sich auf die Anklagebank zu versetzen hat, falls derselbe überhaupt persönlich erscheinen will, wozu er nicht verpflichtet ist, da es sich nur um eine Uebertretung handelt und Angeklagter durch einen Vertheidiger vertreten ist. Besteht der Angeklagte aber auf seinem persönlichen Erscheinen, so würde ich erforderlichenfalls Zwangsmaßnahmen anordnen, um ihn auf die Anklagebank zu zwingen. Will Angeklagter nicht erscheinen, so hat er den Saal zu verlassen oder sich in den Zuschauerraum zu begeben.“ Der Angeklagte that das letztere und setzte sich in den Zuschauerraum.

In Düsseldorf hat gestern der Barrison-Prozess begonnen. Dena und Fleuron waren anwesend. Der Prozess wurde dann verlagert zur Beweiserhebung über das Privatleben der Barrison's.

### Gewerkchaftliches.

#### Berlin und Umgebung.

Achtung, Steinarbeiter! Bei der Firma Jache, Marmorwaaren-Fabrik, Kottbuser Damm 87, haben sämtliche Steinmehnen die Arbeit wegen Lohnunterschieden niedergelegt. Zugang ist streng fernzuhalten.

Achtung, Zimmerer! Bei dem Baunternehmer Wilhelm Gerde in Zehlendorf sind Differenzen ausgebrochen, die dort beschäftigten Zimmerer verlangen den dort üblichen Stundenlohn von 50 Pf. Der Arbeitgeber sucht jetzt Zimmerer in Berlin. Zugang nach Zehlendorf ist vorläufig fernzuhalten. Die Lohnkommission der Zimmerer Berlins und Umgegend. J. A.: Theodor Fischer.

Achtung, Chemigraphen! Die Kollegen der Firma S. M. Magnus u. Komp., Ziegelstr. 2, legen wegen Maßregelung eines Kollegen und Nichtbezahlung der Feiertage gestern die Arbeit nieder. Die Chemigraphen werden ersucht, den Zugang nach Berlin fernzuhalten. J. A.: Max Sahn, Berlin, Fortstr. 88.

An die Bau-, Erd- und gewerblichen Hilfsarbeiter richten wir das dringende Ersuchen, sich sammt und sonders der Organisation anzuschließen. Solange Ihr keine feste Organisation besitzt, seid Ihr der Willkür der Unternehmer ausgesetzt. Sucht in der Vereinigung eine Stütze; aber beschränkt Euch nicht auf die Gründung von Vergütungsvereinen, sondern tretet Eurem Berufsverein bei, der die Besserung Eurer Lohn- und Arbeitsverhältnisse ins Auge faßt. Es genügt aber auch keineswegs nur dem Verein anzugehören und seine Beiträge zu entrichten, sondern jeder soll auch die Versammlung besuchen und thätig mit eintreten für die Verwirklichung unserer Ziele. Für die Ortsverwaltung. J. A.: C. Krüger.

Die Maurer Köpenick haben, etwa 100 an der Zahl, am 2. April die Arbeit niedergelegt. Sie hatten in einer Versammlung am 17. März einen Lohnantrag angenommen und den Meistern unterbreitet. Da diese bis zum 1. April eine Antwort nicht ertheilt hatten, erfolgte der angekündigte Ausstand. Von sieben Meistern haben seitdem zwei bewilligt; 37 der Ausständigen haben anderswo Arbeit gefunden; Streikbrecher haben sich noch nicht gefunden. Dagegen arbeiten an einer Baustelle (Wattenfabrik) 4 Gesangene des Köpenicker Amtsgefängnisses.

#### Deutsches Reich.

Gewerkschaftsabrechnungen. Verband der Zimmerer Deutschlands. Jahresabrechnung 1896. Einnahme (inkl. Bestand vom Jahre 1895: 81 546,02 M.): 114 061,47 M. Ausgabe: 71 949,24 M. Davon für Agitation: 4068,65 M.; für Streiks: 29 894,34 M.; für das Verbandsorgan: 24 967,98 M. Bestand am Jahreschlusse: 42 092,23 M. Der Verband zählt 255 Filialen.

Zentralverband Deutscher Maurer. Jahresabrechnung 1896. Einnahme (inkl. 8881,20 M. früheren Kassensbestandes) 194 350,— M. Von den Ausgaben kommen auf Agitation: 14 096,65 M.; auf das Verbandsorgan: 33 904,06 M.; an den Streikfonds wurden abgeführt: 88 500,— M. Der Kassensbestand betrug am Jahreschlusse: 70 918,10 M. Der Streikfonds vereinigte 86 719,16 M., wovon 86 575,87 M. für Streikzwecke ausgegeben wurden. — Im Jahre 1895 hatte der Verband in 164 Zahlstellen 11 736 Mitglieder, am 1. Januar d. J. dagegen in 356 Zahlstellen 28 648 Mitglieder. Für Arbeits-einstellungen wurden in den Jahren 1892 bis einschließlich 1896 ausgegeben: 66 825,85 M., 76 531,16 M., 92 798,21 M., 102 825,21 M. und 203 452,03 M. Im Jahre 1895 trat man in 30 und im Jahre 1896 in 79 Orten mit Forderungen an die Unternehmer heran. Im Jahre 1895 wurden die Forderungen in 9 und 1896 in 35 Orten ganz oder theilweise ohne eine Arbeits-einstellung anerkannt; dagegen wurde in 11 resp. 5 Orten nichts bewilligt. 1895 kam es in 10 und 1896 in 38 Orten zu Arbeits-einstellungen. Insgesamt wurde erreicht: eine Erhöhung des Stundenlohnes für 50 200 Maurer, eine Verlängerung der Arbeitszeit um eine Stunde für 14 880 Maurer und eine halbe Stunde für etwa 10 000 Maurer, dagegen kommt auf jeden Streikenden ein Verlust von 8 Arbeitstagen und 30,40 M. Arbeitslohn.

Ausruf an alle Möbelfischer, Drechsler und Maschinenarbeiter Deutschlands. Kollegen und Genossen! Wie Euch bekannt ist, ist in den Möbelfabriken Lübeck ein Streik ausgebrochen und nun werden in allen möglichen Zeitungen Annoncen erlassen, um Arbeitskräfte anzuwerben. Kollegen, wir warnen Euch, folgt diesen Vorkufen nicht, denn es sind hier genügend Arbeitskräfte vorhanden. Sorgt dafür, daß überall, wo solche Annoncen auftauchen, sofort eine kräftige Gegen-Annonce veröffentlicht wird. Unterstützt uns in unserer gerechten Sache und haltet den Zugang fern. Hoch die Solidarität! Die Streikkommission der Holzarbeiter Lübeck. J. A.: D. Rohde, Ledstr. 3.

Die Eisenbahnverwaltung in Breslau hat durch Anschlag in den Werkstätten den Beitritt zum Deutschen Eisenbahnerverband verboten. Zumberhandelnde sollen sofort entlassen werden und jeden Anspruch auf Pension etc. verlieren. Dieser Drohung ist denn auch der 60jährige Dreher Hofmeister, der 20 Jahre seine Dienste der Eisenbahnverwaltung geleistet hat, zum Opfer gefallen. Der gebrechliche Mann hatte die Kühnheit, seine Mitarbeiter in schlichten Worten zum einigen Zusammenschluß aufzufordern. Dieses „Verbrechen“ muß für die Eisenbahnverwaltung so gefährdend gewesen sein, daß die Entlassung des alten Arbeiters verfügt wurde.

Man schreit und hernu aus Eisenbahnerkreisen: Es bedarf keiner Prophetengabe, um vorauszusagen, daß dem Verband in allen Betriebsdirektionen mit denselben Maßregeln entgegen gewirkt werden wird, nicht nur in Preußen, sondern auch im übrigen Deutschland. Die Folge wird sein, daß gerade die Elemente unter den Eisenbahnbekleideten, die der Arbeiterbewegung die meisten Sympathien entgegenbringen und sich deshalb zum Eintritt in den Verband verpflichtet fühlen, auf die Straße fliegen und ihre Arbeitsplätze zeulen überlassen, mit denen die Verwaltung machen können, was sie wollen. Das ist aber nicht wünschenswert und müht der Arbeiterbewegung garrichts. Der Versuch, die Eisenbahnbekleideten im Deutschen Reich in einen nach dem Schema des Gewerkschaftswesens errichteten Zentralverband zusammen zu fassen, scheint überhaupt wenig erfolgversprechend. Abgesehen davon, daß die Entscheidung über die Arbeitsbedingungen der Eisenbahnbekleideten in letzter Instanz bei den Regierungen und Parlamenten liegt, ist das Personal der Eisenbahnen einer viel zu großen Konkurrenz ausgesetzt, um auf Grund von § 152 der Gewerbe-Ordnung sich mit Erfolg behaupten zu können. Es giebt weite Kreise der Bevölkerung, die sich förmlich zum Eisenbahndienst drängen, weil er eine gewisse nicht weniger als reichliche, aber jedenfalls eine ziemlich regelmäßige Versorgung bietet, die dazu noch der Hoffnung Raum gewährt, daß einmal die Stellung als Vorarbeiter, Werkführer oder eine sonstige Beförderung zu ergattern. Die Liden, die durch die Entlassung der für den Verband thätigen Eisenbahnbekleideten entstehen, würden im Handumdrehen allein durch die Militärärzter ausgefüllt sein.

Was gethan werden kann, das ist, zuverlässiges Material über die Arbeitsbedingungen der Eisenbahnbekleideten zu sammeln und auf Grund dessen die Öffentlichkeit für deren Lage zu interessieren, kurz auf die Agitation durch die Presse ist das Gewicht zu legen. Damit verbindet sich die Aufgabe, auf diesem Wege durchzuführen, daß den Personal der Staatsbetriebe endlich grundsätzlich das Recht gewährt wird, Kollektivverträge u. s. w. einzugehen zu dürfen, die von den Betriebsinstanzen bis hinauf zum Minister untersucht und beantwortet werden müssen.

Die Stuckature Köln a. Rh. haben den neuen Lohnantrag in 12 Geschäften unterschrittlich bewilligt bekommen, in 10 noch nicht.

In Magdeburg haben nun, wie die „Volkstimme“ mittheilt, die Gasarbeiter bis auf 10 Mann die Arbeit eingestellt. Die Zahl der Streikenden beträgt 130.

Die Lohnbewegung der Stuckature ist zu gunsten der Arbeiter beendet.

Die Steinhauser fordern den Reinstundenlohn, 55 Pf. Stundenlohn für ältere und 45 Pf. für jüngere Geblisen, 20 Pf. Ausschlag für Ueberstunden, an den Vorabenden der Feiertage Freierabend um 4 Uhr ohne Lohnabzug, Auszahlung des Lohnes am Sonnabend innerhalb einer Viertelstunde nach Freierabend.

Der Schuhwerkstreik in Bremen war Gegenstand der Verhandlung des Gewerbegerichts als Einigungsamt. Es kam betreffs verschiedener Punkte zu einer Verständigung, der Streik dauert aber noch fort, bis alle strittigen Punkte erledigt sind.

Die Maurer Leipzig saßen, nachdem die Unternehmer jedes Entgegenkommen betrefst der Forderung der Verlängerung der Arbeitszeit abgelehnt haben, folgende Resolution: „In Erwägung der Unannehmbarkeit der Bedingungen, den Mindest-Stundenlohn für altersschwache sowie für Junggefelln auf 43 Pf., für den übrigen Theil auf 48 Pf., mit Beibehaltung der zehnstündigen Arbeitszeit auf zwei Jahre festzusetzen; und in der Erwägung der öfteren Arbeitslosigkeit und der damit verbundenen schlechten Lebensbedingungen betrachtet die Maurerschaft die Verlängerung der Arbeitszeit als ein notwendiges Hilfsmittel zur Gewährleistung besserer Arbeitsgelegenheit. In der ferneren Erwägung, daß in zwei Verhandlungen mit den Meistern eine Einigung nicht erzielt wurde, so lehnt es die Maurerschaft ab, an einer dritten Verhandlung mit den Meistern theilzunehmen. Bevor jedoch in eine Arbeits-einstellung eingetreten wird, soll der letzte Weg der friedlichen Vereinbarung beschritten werden. Die Versammlung beschließt daher, das Gewerbegericht als Einigungsamt anzurufen.“

**Versammlungen.**

Die Zimmerer nahmen am Donnerstag in ihrer öffentlichen Versammlung den Situationsbericht über Lohn und Arbeitszeit entgegen. Nach den Ausführungen des Mitgliedes der Lohnkommission, Kube-Charlottenburg, ist gerade jetzt, trotz der längeren Arbeitszeit, die Arbeitslosigkeit größer als je zuvor. Die letzte statistische Aufnahme habe ergeben, daß in Berlin und sämtlichen Vororten nur 3391 Zimmerer arbeiten. 27 Arbeitgeber mit 357 Zimmerern halten die im Vorjahre erlassenen Forderungen teilweise nicht ein, jedoch sind dies meistens Arbeitgeber, welche weit in der Umgegend von Berlin, wie in Bichterfelde, Tegel, Zehlendorf, Bernau u. s. w., wohnen und auch von dort ihre Arbeiter mitbringen. Es müsse nun in diesem Jahre versucht werden, auch in diesen Fällen Remedur zu schaffen. In der Diskussion wurde von sämtlichen Rednern das Resultat als ein zufriedenstellendes bezeichnet und müsse man jetzt in der ruhigen Zeit vor allen Dingen an die Stärkung der Organisationen denken. Neuter verlangt besonders, daß die Lohnkommission ihr Augenmerk mehr auf die Tiefbau-Arbeiter lenke, da meistens in diesen Betrieben noch 10 Stunden gearbeitet werde.

Zum zweiten Punkt, Stellungnahme zum 1. Mai, referierte Fischer. Redner empfahl vollständige Arbeitsruhe, da Maßregelungen in großem Maße nicht vorkommen können. Da ja bei der Zentenarfeier auch viele Zimmerer unfreiwillig feiern mußten, sei die beste Antwort darauf das freiwillige Feiern und würdige Demonstration am Vormittag des 1. Mai. Nachdem noch Obft, Knäuper, Ricker u. a. in denselben Sinne gesprochen, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: Die Berliner Zimmerer erklären, daß der 1. Mai durch vollständige Arbeitsruhe gefeiert werden muß, wenn der Zweck derselben, als Demonstrationstag für Verkürzung der Arbeitszeit und zur Erreichung der Gleichberechtigung, zu gelten erreicht werden soll. Deshalb beschließt die heutige Versammlung, denselben wie im Vorjahre durch Arbeitsruhe zu begehen und verpflichten sich die Anwesenden, dafür zu sorgen, daß jeder unserer Berufsgenossen an der Feier theilnimmt. Die diesbezüglichen von den Arbeitgebern Gemahregelungen erhalten die für Gemahregelung festgesetzte Unterstützung. Alle an der Feier Theilnehmenden erhalten als späteren Anreiz wieder eine Markante, welche in das Organisationsbuch eingestekt werden muß.

Der dritte Punkt der Tagesordnung: Bericht des Delegirten der Gewerkschaftskommission, wurde der vorgelassenen Zeit wegen vertagt, jedoch dem Delegirten bei der Abstimmung der Resolutionen freier Spielraum gelassen. — Hierauf gab Lehmann in seiner Eigenschaft als Revisor den Kassensbericht. Demnach waren bis zum 27. März inkl. des alten Bestandes 759 088 M. eingenommen und 3093,65 M. ausgegeben, somit bleibt ein Kassensbestand von 4496,68 M. Redner bemängelt die schwache Theilnahme an den Sammlungen, da die Ausgabe die Einnahme bedeutend übersteige und ersucht um regere Theilnahme an denselben, um zu jeder Zeit gerüstet zu sein. Hierauf erfolgte der Schluß der gut besuchten Versammlung.

In Steglitz fand am Sonntag den 4. April eine öffentliche Bauarbeiter-Versammlung statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Andenken des verstorbenen Reichstags-Abgeordneten Karl Schulze gelehrt durch Erheben von den Sigen. Kollege G. Krüger-Berlin referierte über Organisation und Agitation, der Delegirte Kollege Sauer über den deutschen Bauarbeiter-Kongress. Zum Schluß wurde bekannt gemacht, daß am Sonntag den 11. April eine öffentliche Bauarbeiter-Versammlung in Schöneberg im Lokal von Obft, Brunenwaldstr. 110, nachmittags 2 1/2 Uhr, stattfindet.

Schöneberg. Am 5. April fand eine Generalversammlung des Arbeiter-Bildungsvereins behufs Abrechnung vom 1. Quartal statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Andenken an unseren verstorbenen Genossen, Reichstags-Abgeordneten Schulze, durch Erheben von den Sigen gelehrt. Genosse G. O. P. hielt einen Vortrag über die bestehenden Klassen der Landbevölkerung, dem eine rege Diskussion folgte. Nach Erledigung einiger Vereinsangelegenheiten wird bekannt gegeben, daß die nächste Versammlung am 3. Mai bei

Obft, Brunenwaldstr. 110, stattfindet. Hierauf erfolgte Schluß der gutbesuchten Versammlung.

**Vermischtes vom Tage.**

— Zunahme des deutschen Tabakverbrauches. Innerhalb des Jahrzehnts 1885/86 bis 1895/96 hat das deutsche Tabak-Großgewerbe 740 960 Tonnen Rohtabak verarbeitet, in den ersten fünf Jahren 353 630 Tonnen, in den zweiten fünf Jahren aber 387 330 Tonnen und im Jahre 1895/96 allein nicht weniger denn 82 890 Tonnen, gegen 61 560 Tonnen in 1885/86. Der Verbrauch des ausländischen Rohtabaks hat stetig zugenommen. — In den Jahren 1885/86 und 1886/87 entfielen vom Gesamtverbrauch des deutschen Tabak-Großgewerbes an Rohtabak noch 87 pCt. auf inländischen und 63 pCt. auf ausländischen; in den folgenden zwei Jahren verschob sich dieses Verhältnis um 1 pCt. zu Gunsten des ausländischen, in den darauffolgenden abermals um 1 pCt., sodann in den Jahren 1894/95 und 1895/96 wiederum um 1 pCt., so daß im zuletzt genannten Jahre 67 pCt. ausländischer und 33 pCt. inländischer Rohtabak verbraucht worden sind.

— Wegen vorzeitiger Aufführung der dramatischen Legende „Willehalm“ hat das Eberseider Stadt-Theater an Herrn von Willenbruch eine Konventionalkasse von 500 Mark gezahlt. Herr von Willenbruch hat diese Summe der „Pensionsanstalt deutscher Journalisten und Schriftsteller“ überwiesen. — „So hat „Willehalm“ doch noch einen guten Erfolg gehabt“, meint das Blatt, dem wir diese Notiz entnehmen.

— Die Aufführung von Offenbach's „Orpheus in der Unterwelt“ ist in Rachen „aus Gründen der Sittlichkeit“ verboten worden.

— Innsbruck mit Willen zählt 80 Welt- und 125 Ordenspriester. Unter den letzteren befinden sich 32 Jesuiten, 24 Prämonstratenser, 17 Franziskaner, 14 Kapuziner, 13 Redemptoristen, 15 Serviten und 10 Benediktiner. Die Zahl der Ordensfrauen beträgt 465, wovon 65 Ursulinerinnen, 21 Karmeliterinnen, 13 Kreuzschwwestern und 365 Barmerzige Schwestern sind. Die theologische Fakultät zählt 269 Hörer, die das geistliche Kleid tragen.

— In Kupferberg bei Kulmbach (Bayern) sollen die alten erlosenen Kupferlager wieder in Betrieb genommen werden. 50 Arbeiter sind bereits mit der Entwässerung beschäftigt.

— Im Züricher See sind einige russische Polytechniker, die eine Spazierfahrt unternommen hatten, ertrunken.

— Für dreißigtausend Franken Uhren sind in Zürich aus einem Uhrenmagazin gestohlen worden.

— Die große Elektrizitäts-Gesellschaft bei Rheinfelden in der Schweiz hat ihren gesammelten noch verfügbaren Strom einer deutsch-französischen Gesellschaft erschlossen, welche bei Rheinfelden eine Fabrik für Calcium-Carbid errichtet.

— Aus dem Pariser Industriepalast, in dem am 19. April eine große Kunstausstellung eröffnet werden soll, sind vier werthvolle Bilder gestohlen worden.

c. a. Ein fideles Begräbniß. In Vincennes (Frankreich) starb dieser Tage im Alter von 80 Jahren ein gewisser Frérot, der testamentarisch verfügt hatte, daß er in luftiger Höhe begraben werden wolle. Der Leichenzug nahm daher einen sehr heiteren Verlauf; die „Leidtragenden“ tanzten und sangen hinter dem mit Blumen und bunten Bändern geschmückten Sarge und zeigten sich im wahren Sinne des Wortes als lachende Erben; dazu spielte eine Musikkapelle die flottesten Operettenmelodien. Nach dem Begräbniß fand in einer Kneipe ein solennes Festessen statt, bei welchem man den Verstorbenen — hoch leben ließ. Dann wurde ein Tanzkränzchen veranstaltet, das bis zum frühen Morgen dauerte.

— Seit 87 Jahren hat Spanien keinen so heißen März gehabt, als in diesem Jahre. Die höchste Temperatur im Schatten betrug 28,8 Grad Celsius. Am 29. März fiel die Temperatur plötzlich, und das Maximum war 12 Grad geringer als an dem Tage vorher.

— Der Bürgermeister des italienischen Alpenortes Hemes, ein Jagdausseher, wurde in seiner Stube durch einen Schuß in den Hinterkopf getödtet.

— Der russische Kriegsminister theilt im „Ruskiy Invalid“ einen Befehl des Kaisers von Rußland mit, wonach die Verbindung von Verbänden nach Sibirien nunmehr auf der sibirischen Eisenbahn zu erfolgen hat.

c. a. Russische Blätter schildern die Lage der Dschaborzen im Kaukasus, welche im Jahre 1896 in vier Kreisen des Gouvernements ohne Geld- und Nahrungsmittel in einem ungewohnten Klima angeheftet wurden, als überaus traurig. Die Frauen und Kinder der armen Leute sind völlig erblindet. Infolge Mangels an Nahrungsmitteln entwickelte sich bei ihnen auch Blutarthrit die sog. Hübnerblindheit. Die Augen sind anfangs stark entzündet und blutroth. Dann überziehen sie sich mit einem weißen Häutchen und verlieren die Sehkraft. Die Dschaborzen („Weißstämper“) sind eine an die Quäker erinnernde religiöse Sekte. Sie schämen die äußere Kirche mit ihren Priestern und Sakramenten gering, verwerfen die Zeichen des Kreuzes und die Dreieinigkeitslehre und verweigern Eid und Kriegsdienst.

— Preise alter Bilder. In London wurden dieser Tage für ein Männerporträt von Franz Hals, datirt 1674, 71 620 M. gezahlt.

— In Buenos Aires sind durch Explosion von Feuerwerkskörpern 10 Personen ums Leben gekommen.

— Von der Pest in Bombay, 8. April. Seit dem Ausbruch der Pest sind hier 10 943 Erkrankungen und 9299 Todesfälle vorgekommen. Die Gesamtsterblichkeit in der letzten Woche betrug 1007 Fälle. In der ganzen Präsidenschaft wurden bis zum 2. d. M. 22 608 Pestkrankungen und 18 361 Todesfälle verzeichnet.

— Zur Linderung der Hungersnoth in Indien sind laut Mittheilung der Regierung im englischen Unterhaus nach England und von auswärts 667 000 Pfund eingegangen; der Gesamtbetrag der Zeichnungen für diesen Zweck betrage 787 000 Pfund. — Was ist das auf so viele! —

**Briefkasten der Redaktion.**

Die juristische Sprechstunde findet Montag, Dienstag, Freitag und Sonnabends, abends von 7-8 Uhr statt. Richter. Aufnahme in dieser Form nicht möglich.

Den Angehörigen von Friedrich Michelsen theilen wir mit, daß für sie auf unserer Redaktion ein Brief eingetroffen ist.

Abolitionist. 8. 1. Sie können auf Zahlung von Alimenter in Höhe von etwa 15 M. monatlich für jedes Kind klagen. 2. Nur der Junge, der geschlagen hat, haftet. — Geringschätze 10. Die Krankenkosten, Bücher, Arbeitsbücher und Werkzeuge müssen herausgegeben werden. Gegen eine Lohnforderung kann der Arbeitgeber den durch etwaige Nichtinnehaltung der Säuberungsfrist ihm zugefügten Schaden antreiben. — G. 2. 91. Solche ist uns nicht bekannt. — M. T. 41. Rein. — C. Weider nein.

**Witterungsübersicht vom 9. April 1897.**

Stationen.	Barometer stand in mm, reduziert auf d. Meereshöhe.	Windrichtung.	Windstärke (Scala 1-12).	Wetter.	Temperatur nach Celsius (0° C. = 32° F.).
Swinemünde . . .	767	SO	2	wolkenlos	5
Hamburg . . .	766	WSW	3	bedeckt	4
Berlin . . .	766	SO	3	halb bedeckt	6
Biesbaden . . .	766	SW	—	wolkenlos	4
München . . .	765	W	3	Regen	5
Wien . . .	764	N	3	wolkenlos	5
Paraná . . .	771	S	2	halb bedeckt	-2
Petersburg . . .	773	SO	2	bedeckt	3
Oslo . . .	763	SW	3	Regen	9
Aberdeen . . .	760	SW	2	bedeckt	4
Paris . . .	767	SW	1	Nebel	1

Weiter-Prognose für Sonnabend, den 10. April 1897. Vielfach heiter, zeitweise wolkig, am Tage ziemlich warm bei schwachen südlichen Winden; keine oder unbedeutliche Niederschläge. Berliner Wetterbureau.

**Sozialdemokrat. Verein „Vorwärts“ Berlin.**

Freitag, den 10. April (Charfreitag): Fußpartie nach Tegel, Tegelort und Spandau. Treffpunkt früh 8 Uhr im Feldschützen, Märkerstr. 142, für Radfahrer bei H. S. in Tegel, Schloßstraße, vormittags 11 Uhr. Zahlreiche Theilnahme auch seitens der langgeduldeten Mitglieder erwartet. 275/11 Der Vorstand.

**Rixdorf. Sozialdemokr. Verein „Vorwärts“.**

General-Versammlung am Dienstag, den 13. April 1897, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Kummer, Berlinerstr. Nr. 55. Tagesordnung: 1. Kassensbericht. 2. Bericht des Vorstandes und des Bibliothekars. 3. Revision des Vorstandes. 4. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. Mitgliedsbuch legitimirt. — Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen ersucht. 232/13 Der Vorstand.

**Zentralverband deutscher Brauer.**

Sonntag, den 11. April 1897, nachmittags 2 Uhr, im Lokal des Herrn Stabernack, Zwickstr. 10: Monats-Versammlung. Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Chemikers Dr. Wollheim über: „Die Luft und ihre Verunreinigung.“ 2. Wahl der Revisoren der Verbandskasse. 3. Innere Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. 11/14 Der Vorstand.

**Achtung! Verband der Bergolder.**

Montag, den 12. April 1897, abends pünktlich 8 1/2 Uhr, bei Grosse, Anckenstr. Nr. 16: Monats-Versammlung. Tages-Ordnung: 1. Abrechnung vom Stiftungsfest. 2. Abrechnung vom zweiten Quartal. Bericht der Revisoren. 3. Wahl eines Revisors zur Hauptkassa. 4. Verschiedenes und Fragekasten. 225/16 Die Kollegen werden gebeten, sich rege an dem Verkauf der Billets zur Urania zu betheiligen, welche in der Versammlung beim Kassier zu haben sind. Der Vorstand.

**Verband aller in der Metallindustrie besch. Arbeiter Berlins und Umgegend.**

Achtung, Mohrleger und Helfer! Die Versammlung für Monat April fällt aus. Der Vorstand.

**Leder- u. Galanteriearbeiter- und Arbeiterinnen.**

Montag, den 12. April 1897, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Henke, Rammstr. 27: Öffentliche Versammlung. Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Joh. Timm über: Die Ausdehnung der Krankenversicherung auf die Hausarbeiter. 2. Diskussion und Verschiedenes. Zahlreichen Besuch erwarten. 26/3 Die Vertrauensleute.

**Stereotypeure u. Galvanoplastiker.**

Sonntag, den 11. April, vormittags 11 1/2 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantensir. 20: Gr. öffentliche Versammlung. Tages-Ordnung: 1. Vortrag über Gewerkschaftsbewegung (Referent wird in der Versammlung bekannt gemacht). 2. Bericht des Delegirten der Gewerkschaftskommission und Revision desselben. 3. Verschiedenes. Da die Versammlung präzise beginnt, so bittet um recht pünktliches und zahlreiches Betheil. 265/11 Der Einberufer.

**Lederarbeiter!**

Sonntag, den 10. April, abends 8 1/2 Uhr, bei Frau Badstraße 19: Öffentliche Versammlung aller in der Lederfabrikation beschäftigten Arbeiter (Weißgerber, Lohgerber, Färber und Berufsgen.) Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Heinrich Schulz: „Gegen die Prügeln-Pädagogie.“ 2. Bekämpfung über unsere diesjährige Waise. 3. Die fernere Taktik und Aufgaben der Gewerkschaftskommission. 4. Gewerkschaftliches. 107/2 Zu dieser Versammlung sind die Frauen hiermit besonders eingeladen. Der Vertrauensmann.

**Verband der Möbelpolirer.**

Heute Abend 8 1/2 Uhr bei Keller, Köpenstr. 29. General-Versammlung. Tages-Ordnung: 1. Bericht des Vorstandes, des Kassiers u. s. w. 2. Wahl. 3. Vorträge. 4. Verschiedenes. — Die Urnabstimmung, welche bis heute Abend nicht retour gegeben sind, gelten als verkauft. Die Kollegen werden ersucht, ihr Mitgliedsbuch oder ihre Karte an der Kontrolle vorzulegen. Montag, den 12. April, abends 8 1/2 Uhr, Zwinemünderstr. 35. Versammlung. Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Kollegen G. Keuter über: „Denksäule.“ 2. Diskussion. 3. Verschiedenes und Verschiedenes. Um pünktliches Erscheinen bittet. Der Vorstand.

**Rixdorf.**

Sonntag, den 11. April, nachmittags 1 Uhr, im Lokal des Herrn Kummer, Berlinerstr. 55. Öffentliche Versammlung der Zimmerer. Tagesordnung: 1. Bericht über Arbeitszeit und Lohnhöhe. 2. Stellungnahme zum 1. Mai. 3. Bericht des Delegirten der Gewerkschaftskartei. 4. Verschiedenes. 277/4 Der Vertrauensmann.

**Weissensee.**

Allen Freunden und Genossen empfehle bei Ausflügen und Besuch von Sträßchen mein Weiss- und Bairisch-Bier-Lokal. 13682\* Paul Spindler, Schönstr. 10 (letzte Wirthshaus am Herdemarkt).

**Freie Volksbühne.**

Sonntag, den 11. April, nachmittags 3 Uhr, im Belle-Alliance-Theater: Der Kaufmann von Venedig für die II. Abtheilung (blaue Karten). Die Verlosung der Plätze beginnt um 2 Uhr. Anmeldungen zur III. Abtheilung werden in allen Zahlstellen entgegen genommen. Die Karten müssen mit 2 Marken in der ersten Rubrik versehen sein. Die Monatschrift „Die freie Volksbühne“ ist nur in den Zahlstellen à 10 Pf. zu haben. Im Theater wird dieselbe nicht verkauft. Der Vorstand.

**Neue freie Volksbühne.**

Montag, den 12. April, abends 8 Uhr, in der Ressource, Kommandantenstr. 57: Detlev v. Liliencron-Abend. Zum Vortrag kommen nur Dichtungen Liliencrons. Programme zum Eintritt sind in allen Zahlstellen des Vereins zu haben. Entree für Mitglieder 40 Pf., Gäste 50 Pf. 150/12

**Gastwirthschaft von G. Lindenhayn**

Friedrichstr. 2. Zimmer von 25-30 Personen. Saal bis 80 Personen mit Piano. — Garten u. Regeibahnen. Arbeiter-Verkehrslokal.

**Schulz' Festsäle, vorm. Paster**

Neue König-Str. 7. Jeden Donnerstags: 892\* Damen-Kränzchen. Jeden Sonntag: Großer Ball. Vereinszimmer. Saal für Versammlungen frei. Ed. Schulz, Gastwirth. Empfehle allen Freunden und Bekannten mein Weiss- und Bairisch-Bier-Lokal, sowie Vereinszimmer u. Regeibahn. Hermann Bolze, Tühterstr. Nr. 35. 14606

**Empfehle mein Weiss- und Bairisch-Bier-Lokal**

Allen meinen Freunden und Bekannten August Biebertstein (1892\*) Panzerplatz 12a. Jede Eisenbahnstr. fr. Panzerplatz 2.

**Weiße- u. Bairisch-Bier-Lokal**

Empfehle allen Freunden und Bekannten mein Weiss- u. Bairisch-Bier-Lokal, sowie Vereinszimmer u. Regeibahn. Hermann Bolze, Tühterstr. Nr. 35. 14606

**Saal (200 Personen) steht noch einige Tage in der Woche für Vereine u. Gesellschaften frei.**

Ferd. Ewald, Schönstr. 8. H. Müller, Rennstraße 20.

**Möbel**

unter Garantie guter Arbeit. Tüchtigung gefastet. 11542\* Frz. Müller, Alte Jakobstr. 65.

Sozialistische Presse Deutschlands.

2. Quartal 1897.

Zentral-Organ.

„Vorwärts“ Berliner Volksblatt, Beuthstr. 2. S.W. 19. täglich erscheinend.

Wissenschaftliche Wochenschrift.

„Die Neue Zeit.“ Revue des geistigen und öffentlichen Lebens. Stuttgart, Furtw. 12.

Täglich erscheinende Zeitungen.

Hant „Norddeutsches Volksblatt“ Neue Wilhelmshavenerstr. 38.
Vielefeld „Volkswacht“ Schulstr. 20.
Braunenburg „Brandenburger Zeitung“, „Märkisches Volksblatt“, St. Annenstr. 33.

Braunschweig „Braunschw. Volksfreund“ Rammengieserstr. 13.
Bremen „Bremer Bürger-Zeitung“ Hansestr. 21/22.
Breslau „Volkswacht“ Neue Graupenstr. 5/6.
Cassel „Volksblatt für Hessen“ Hohenthorstr. 2.
Dortmund „Rheinisch-Westfälische Arbeiter-Zeitung“ Westenhellweg 120.

Dresden „Sächsische Arbeiter-Zeitung“ Ammonstr. 61.
Düsseldorf „Niederheinische Volkstribüne“ Karlsplatz 3.
Ebersfeld-Warmen „Freie Presse“ Kleine Klobbahn 10.
Erfurt „Thüringer Tribüne“ Futterstr. 7 v.
Frankfurt a. M. „Volksstimme“ Großer Hirschgraben 17.
Fürth „Fürther Bürger-Zeitung“ Rönigstr. 35.
Geestemünde „Norddeutsche Volksstimme“ Georgstr. 13.
Gera „Neuhäusische Tribüne“ Fischhofstr. 54.

Halle a. S. „Volksblatt für Halle“ Geisstr. 21.
Hamburg „Hamburger Echo“ Or. Theaterstr. 44.
Harburg „Volksblatt“ Deichstr. 4.
Hannover „Volkswille“ Burgstr. 9.
Hof „Oberfränkische Volkszeitung“ Bismarckstr. 6.
Kiel „Schleswig-Holsteinische Volks-Zeitung“ Bergstr. 11.
Köln „Rheinische Zeitung“ St. Agatha 3. (Auch erscheint eine Wochen-Ausgabe.)

Leipzig „Leipziger Volkszeitung“ Mittelstr. 6/7.
Ludwigshafen „Wälische Post“ Ogerdeheimerstr. 10.
Lübeck „Lübener Volksbote“ Johannisstr. 50.
Lüneburg „Lüneburger Volksblatt“ Lambertikirche 11.
Magdeburg „Volksstimme“ mit Beilagen: „Der Landbote“ und „Die Frauenpost“, Schmiedehofstr. 5/6.
Mainz „Mainzer Volkszeitung“ (Eiffische Volksstimme) Margarethengasse 13.

Mannheim „Volksstimme“ T. 3, 5.
München „Münchener Post“ und „Augsburger Volkszeitung“ Senefelderstr. 4, 1.
Nordhausen „Nordhäuser Volksblatt“ Gumpertstr. 3.
Nürnberg „Fränkische Tagespost“ Weigenstr. 12.
Offenbach „Offenbacher Abendblatt“ Große Marktstr. 25.
Saalfeld „Saalfelder Volksblatt“ Rossmaringasse 15.
Stettin „Volks-Vote“ König Albertstr. 15.
Stuttgart „Schwäbische Tagwacht“ Furtw. 12.
Würzburg „Fränkische Tribüne“ Loggasse 11.

Wöchentlich dreimal erscheinende Blätter.

Burgstädt „Die Volksstimme“ Augustusstraße.
Chemnitz „Der Beobachter“ Gartenstr. 29.
Erfeld „Niederheinische Volkstribüne“ Am Ostwall 133.
Dessau „Volksblatt für Anhalt“ Landstr. 38.
Dortmund „Westfälische Volkstribüne“ Hagen, Seelbederstr. 3.
Lüdenscheid, Vonnestr. 7. Unna, Klosterwall 18.
Dresden „Der Volksfreund“ Gerbergasse 1.
Falkenstein „Bogtländische Volkszeitung“, Anzeiger für Stadt und Land.
Hork i. L. „Märkische Volksstimme“ Frankfurterstr. 11.
Gotha „Gothaisches Volksblatt“ Mohrenberg 7.
Greiz „Neuhäusische Volks-Zeitung“ Untere Silberstr. 1.
Offenburg i. B. „Volksfreund“ Kesselfraße.

Wöchentlich zweimal erscheinende Blätter.

Aachen „Aachener Volksblatt“ Michel 46.
Altenburg „Der Wähler“ Hüllgasse 7.
Breslau „Die Wahrheit“ Neue Graupenstr. 5/6.
Delmenhorst „Delmenhorster Volksblatt“ Bahnhofstr. 23.
Langenbielau „Der Proletarier aus dem Sulzgebirge“ Ober-Langenbielau, 2. Bezirk.
München-Grudbach „Arbeiterstimme“ Solingen, Kaiserstr. 29.
Saalfeld „Thüringer Volksfreund“ (Thür. Waldpost) Rossmaringasse 15.
„Thüringer Volksblatt“ (Schwarzburger Volksfreund) Rossmaringasse 15.
„Neuhäuscher Volksblatt“ Rossmaringasse 15.
Solingen „Solinger Freie Presse“ Oststr. 31.

Gewerkschaftspresse Deutschlands.

2. Quartal 1897.

Dreimal wöchentlich erscheinend.

Leipzig-Rendun „Correspondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer“, Seeburgstr. 3/5.

Wöchentlich erscheinend.

Altenburg „Correspondent für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Hut- und Filzwaren-Industrie“ Wilhelmstr. 2. parterre.
Berlin „Die Ameise“, Organ des Porzellanarbeiter-Verbandes, Charlottenburg, Marchstr. 22, I.
„Der Bauhandwerker“, Berlin SO., Mantelstr. 14.
„Bildhauer-Zeitung“, Neanderstr. 3.
„Allg. Fahr-Zeitung“, Schützenstr. 58.
„Der Gastwirthsgehilfe“, Jädenstr. 86.
Hochim „Deutsche Berg- und Hüttenarbeiter-Zeitung“.
Bremen „Deutsche Böttcher-Zeitung“, Langestr. 100 I.
Burgstädt „Der Textilarbeiter“, Marienstr. 265.
Gotha „Schuhmacher-Fachblatt“, Mohrenberg 7.
Hamburg „Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands“, Zollvereins-Niederlage, Wilhelmstr. 8 I.
„Glück auf!“ (für Formier) Hamburg-Eilbeck, Konventstr. 5.
„Der Grundstein“ (für Maurer) St. Georg, Neue Brennerstr. 11.
„Holzarbeiter-Zeitung“, Eimsbüttel, Bismarckstr. 10.
„Bruder Schmied“, Uhlenhorst, Herderstr. 21, Hs. 8 II.
„Fachzeitung für Schneider“, 2. Durchschnitt 10.
„Der Zimmerer“, Warmbeck, Fehlfstr. 28 I.

Wöchentlich einmal erscheinende Blätter.

Hant „Die Nord-Wacht“ Neue Wilhelmshavenerstr. 38.
Berlin „Gazeta Robotnica“ Andreasstr. 78a.
Braunschweig „Der Landbote“ Rammengieserstr. 13.
Gießen „Mitteldeutsche Sonntag-Zeitung“ Kirchenplatz 11.
Halberstadt „Sonntags-Zeitung“ Wallstr. 37.
Königsberg i. Pr. „Volks-Tribüne“ Knochenstraße 32 v.

Monatlich einmal erscheinend.

Hannau „Der Bauernfreund“ Philipp Ludwig-Anlage 9.

Wahlblätter (Erscheinen alle 14 Tage.)

München „Süddeutscher Postillon“ Senefelderstr. 4.
Stuttgart „Der wahre Jacob“ Furtw. 12.

Unskirtes Unterhaltungsblatt.

Hamburg „Die Neue Welt“ Große Theaterstr. 44. Erscheint wöchentlich einmal.

Gewerkschaftspresse Deutschlands.

2. Quartal 1897.

Dreimal wöchentlich erscheinend.

Leipzig-Rendun „Correspondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer“, Seeburgstr. 3/5.

Wöchentlich erscheinend.

Altenburg „Correspondent für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Hut- und Filzwaren-Industrie“ Wilhelmstr. 2. parterre.
Berlin „Die Ameise“, Organ des Porzellanarbeiter-Verbandes, Charlottenburg, Marchstr. 22, I.
„Der Bauhandwerker“, Berlin SO., Mantelstr. 14.
„Bildhauer-Zeitung“, Neanderstr. 3.
„Allg. Fahr-Zeitung“, Schützenstr. 58.
„Der Gastwirthsgehilfe“, Jädenstr. 86.
Hochim „Deutsche Berg- und Hüttenarbeiter-Zeitung“.
Bremen „Deutsche Böttcher-Zeitung“, Langestr. 100 I.
Burgstädt „Der Textilarbeiter“, Marienstr. 265.
Gotha „Schuhmacher-Fachblatt“, Mohrenberg 7.
Hamburg „Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands“, Zollvereins-Niederlage, Wilhelmstr. 8 I.
„Glück auf!“ (für Formier) Hamburg-Eilbeck, Konventstr. 5.
„Der Grundstein“ (für Maurer) St. Georg, Neue Brennerstr. 11.
„Holzarbeiter-Zeitung“, Eimsbüttel, Bismarckstr. 10.
„Bruder Schmied“, Uhlenhorst, Herderstr. 21, Hs. 8 II.
„Fachzeitung für Schneider“, 2. Durchschnitt 10.
„Der Zimmerer“, Warmbeck, Fehlfstr. 28 I.

Wöchentlich dreimal erscheinende Blätter.

Burgstädt „Die Volksstimme“ Augustusstraße.
Chemnitz „Der Beobachter“ Gartenstr. 29.
Erfeld „Niederheinische Volkstribüne“ Am Ostwall 133.
Dessau „Volksblatt für Anhalt“ Landstr. 38.
Dortmund „Westfälische Volkstribüne“ Hagen, Seelbederstr. 3.
Lüdenscheid, Vonnestr. 7. Unna, Klosterwall 18.
Dresden „Der Volksfreund“ Gerbergasse 1.
Falkenstein „Bogtländische Volkszeitung“, Anzeiger für Stadt und Land.
Hork i. L. „Märkische Volksstimme“ Frankfurterstr. 11.
Gotha „Gothaisches Volksblatt“ Mohrenberg 7.
Greiz „Neuhäusische Volks-Zeitung“ Untere Silberstr. 1.
Offenburg i. B. „Volksfreund“ Kesselfraße.

Sozialistische Presse Deutschlands.

2. Quartal 1897.

Monatlich dreimal erscheinend.

Berlin „Der Lämpfer“ (Fachblatt für Lämpfer und Ziegler), Hofenthalerstraße 57.

Alle 14 Tage erscheinend.

Altenburg „Einigkeit“, Publikationsorgan für die deutschen Müller und Konditoren, Pfeffer- und Lebküchler-Verbände, Mauergasse 4b.
Berlin „Barbier- und Friseur-Zeitung“, Prinzen-Allee 17.
„Der Courier“, Zentralorgan für die Interessen der im Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbe beschäftigten Arbeiter Deutschlands.
„Der Handels-Angestellte“, N. Schönhauser Allee 151.
„Der Handels-Hilfsarbeiter“, Organ für alle im Handels- und Transportgewerbe beschäftigten Hilfsarbeiter Deutschlands, O. Kommandantenstraße 25 I.
„Ledearbeiter-Zeitung“, N. Prinzen-Allee 90.
„Sattler- u. Tapezierer-Zeitung“, N. Invalidenstr. 145.
„Allg. Steinseher-Zeitung“, NW., Waldenstr. 18.
„Solidarität“, Organ aller im graphischen Verufe beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen, Chausseestr. 52.
„Berufs-Anzeiger für Maler“, O. Fruchtstr. 51.
Frankfurt a. M. „Neue Deutsche Dachdecker-Zeitung“, Buchgasse 10.
Hamburg „Der Arbeiter“ (für Bau- und Hilfsarbeiter) Eilbeck, Konventstr. 5.
„Deutsche Bäcker-Zeitung“, Organ des Bäckerverbandes, Jbsstraße 15/17.
„Der Goldarbeiter“, Bartelsstr. 96 I.
„Der Schiffszimmerer“, Eilbeck, Konventstr. 5.
„Gärtner-Zeitung“, Organ für die Interessen der Gärtner und ihrer freien Vereinigungen, Marktstraße 10, S. 1 p.
„Der Kupferschmied“, Eilbeck, Konventstr. 24, III.
„Tapezierer-Zeitung“, Rottoderstr. 1, III.
Hannover „Der Proletarier“ (für Fabrik- u. Arbeiter und Arbeiterinnen) Burgstr. 1.
Leipzig „Zeitschrift für Graveure und Ziseleure“, Hainstr. 19, IV.
Stuttgart „Die Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen, Furtw. 12.

Monatlich einmal erscheinend.

Berlin „Der Bäcker“, Organ für die Interessen der Bäcker-Gesellen Berlins und Umgegend, Klosterstr. 101.
„Correspondenz-Blatt des Verbandes der im Verguldergewerbe beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands“, Doppelreiter, 43, v. IV.
„Der Bureau-Angestellte“, N. Kronenplatz 3, II.
„Die Gewerkschaft“, Organ für die Interessen der Arbeiter in Gasanstalten und sonstigen städtischen Betrieben, Stalitzerstraße 141a, IV.

Obige Zusammenstellung veröffentlichen wir zu Beginn jedes Quartals. In der Zwischenzeit sich ergebende Adress- oder sonstige Veränderungen bitten wir uns beifällig Vormerkung mittheilen zu wollen.

Hamburg-Eimsbüttel, Eichenstr. 4.
Der geschäftsführende Ausschuss.

Gewerkschaftspresse Deutschlands.

2. Quartal 1897.

Dreimal wöchentlich erscheinend.

Leipzig-Rendun „Correspondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer“, Seeburgstr. 3/5.

Wöchentlich erscheinend.

Altenburg „Correspondent für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Hut- und Filzwaren-Industrie“ Wilhelmstr. 2. parterre.
Berlin „Die Ameise“, Organ des Porzellanarbeiter-Verbandes, Charlottenburg, Marchstr. 22, I.
„Der Bauhandwerker“, Berlin SO., Mantelstr. 14.
„Bildhauer-Zeitung“, Neanderstr. 3.
„Allg. Fahr-Zeitung“, Schützenstr. 58.
„Der Gastwirthsgehilfe“, Jädenstr. 86.
Hochim „Deutsche Berg- und Hüttenarbeiter-Zeitung“.
Bremen „Deutsche Böttcher-Zeitung“, Langestr. 100 I.
Burgstädt „Der Textilarbeiter“, Marienstr. 265.
Gotha „Schuhmacher-Fachblatt“, Mohrenberg 7.
Hamburg „Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands“, Zollvereins-Niederlage, Wilhelmstr. 8 I.
„Glück auf!“ (für Formier) Hamburg-Eilbeck, Konventstr. 5.
„Der Grundstein“ (für Maurer) St. Georg, Neue Brennerstr. 11.
„Holzarbeiter-Zeitung“, Eimsbüttel, Bismarckstr. 10.
„Bruder Schmied“, Uhlenhorst, Herderstr. 21, Hs. 8 II.
„Fachzeitung für Schneider“, 2. Durchschnitt 10.
„Der Zimmerer“, Warmbeck, Fehlfstr. 28 I.

Wöchentlich dreimal erscheinende Blätter.

Burgstädt „Die Volksstimme“ Augustusstraße.
Chemnitz „Der Beobachter“ Gartenstr. 29.
Erfeld „Niederheinische Volkstribüne“ Am Ostwall 133.
Dessau „Volksblatt für Anhalt“ Landstr. 38.
Dortmund „Westfälische Volkstribüne“ Hagen, Seelbederstr. 3.
Lüdenscheid, Vonnestr. 7. Unna, Klosterwall 18.
Dresden „Der Volksfreund“ Gerbergasse 1.
Falkenstein „Bogtländische Volkszeitung“, Anzeiger für Stadt und Land.
Hork i. L. „Märkische Volksstimme“ Frankfurterstr. 11.
Gotha „Gothaisches Volksblatt“ Mohrenberg 7.
Greiz „Neuhäusische Volks-Zeitung“ Untere Silberstr. 1.
Offenburg i. B. „Volksfreund“ Kesselfraße.

Unsern neuesten Kurs.

- 1. Leipzig. In der Revisionsinstanz Genosse Fröhlich-Burgstädt vier Monate Gefängnis wegen Beleidigung des Offizierkorps.
2. Dresden. Genosse Gerhardt wegen Beleidigung eines Fabrikinspektors einen Monat Gefängnis.
3. Leipzig. In der Revisionsinstanz Genosse Noak-Pegan wegen Verurteilung 4 Tage Gefängnis.
4. Hamburg. Wegen Bedrohung, Nötigung u. s. w. ein am Streit Beteiligter 4 Monate, ein anderer 1 Monat, ein dritter 3 und ein vierter 1 Woche Gefängnis. Ein anderer wegen unerlaubten Sammelns 10 M. Geldstrafe.
5. Hamburg. Am Streit beteiligt Gewesener, einer wegen Sachbeschädigung 25 M., wegen Uebertretung der Strafenordnung 3 Arbeiter 30 bez. 10 M. Geldstrafe. — Noch einer wegen Widerstands 1 Woche Gefängnis.
6. Wegen Beleidigung eines Schutzmanns ein Streikender 10 M. Geldstrafe. — Ein anderer wegen Mißhandlung 3 Wochen Gefängnis.
7. Wegen verbotenen Sammelns zwei je 10 M., zwei wegen Uebertretung der Strafenordnung je 3 M. und einer wegen Beleidigung 15 M. Geldstrafe.
8. 2 Monate bzw. 6 Wochen Gefängnis 2 Heizer wegen Mißhandlung. — Wegen des gleichen Reats ein dritter 10 Wochen Gefängnis. — Noch zwei wegen Uebertretung der Strafenordnung je 10 M. Geldstrafe.
9. Dortmund. Wegen unerlaubten Sammelns ein Bergmann 15 M. Geldstrafe.
10. Breslau. 150 M. Geldstrafe Genosse Zahn wegen Beleidigung von Polizeibeamten.

- 10. Lübeck. In der Revisionsinstanz Genosse Friedrich wegen Fabrikantenbeleidigung 3 Monate Gefängnis.
11. Dresden. Wegen Beleidigung eines Arbeitswilligen ein Arbeiter 10 M. Geldstrafe.
12. Leipzig. In der Revisionsinstanz Genosse Wetthe-Magdeburg wegen Richterbeleidigung 2 Monate Gefängnis.
13. Spandau. 10 M. Geldstrafe Genosse Schröder wegen unerlaubten Sammelns.
14. Berlin. Genosse Eize wegen Beleidigung eines Kaufmanns 30 M. Geldstrafe.
15. Hamburg. Zwei Wochen Gefängnis wegen Nötigung ein am Streit beteiligt Gewesener. Zwei andere wegen Mißhandlung sechs bzw. einen Monat Gefängnis.
16. Dresden. In der Revisionsinstanz Genosse Fröhlich-Burgstädt wegen Richterbeleidigung drei Monate Gefängnis.
17. Berlin. In gleicher Instanz Genosse Futh-Brandenburg eine Woche Gefängnis wegen Bürgermeisterbeleidigung. — Genosse Jacobey wegen Beleidigung der Breslauer Staatsanwaltschaft vier Wochen Haft.
18. Hamburg. Wegen Nötigung bzw. Bedrohung ein Hafenarbeiter drei Wochen, ein anderer zwei Monate und 14 Tage Gefängnis. Drei andere wegen verbotenen Sammelns 10 bzw. 15 M. Geldstrafe.
19. München. 150 M. Geldstrafe Genosse Gärtner wegen Verübung groben Unfugs. — Derselbe wegen Beleidigung eines Försters 2 Monate Gefängnis.
20. Halle. In der Revisionsinstanz Genosse Mannigel wegen Beleidigung des Bergwerks Leuschner 1 Monat Gefängnis. Erstinstanzliches Urtheil 4 Monate.
21. Berlin. In der Revisionsinstanz Genosse Regerau-Kirchdorf wegen Gendarmenbeleidigung 2 Monate Gefängnis. — Genosse Roland wegen Dr. Hans Blum-Beleidigung 150 M. Geldstrafe.
22. Hamburg. Eine bzw. drei Wochen Gefängnis 2 Hafenarbeiter wegen Nötigung. — Ein dritter wegen Mißhandlung 6 Monate Gefängnis.
23. Dresden. Genosse Sindermann wegen Beamtenbeleidigung 20 M. Geldstrafe.
24. Mainz. In der Revisionsinstanz die Genossen Jost und Tiesel wegen Vergehens gegen die Sittlichkeit je 3 M. Geldstrafe.
25. Hamburg. In der Revisionsinstanz ein Hafenarbeiter wegen Nötigung 3 Monate Gefängnis.
26. Zwei andere wegen Beleidigung Arbeitswilliger je 20 M. Geldstrafe. — Ein vierter wegen Nötigung 1 Monat Gefängnis.
27. Zwei Hafenarbeiter 14 bzw. 5 Tage Gefängnis wegen Beleidigung Arbeitswilliger.

- 28. Ein Steinseher und ein Zimmerer wegen Mißhandlung Arbeitswilliger je 6 Monate Gefängnis. — Ein Schaueremann vier Wochen Gefängnis wegen Hausfriedensbruchs.
29. Frankfurt a. M. Genosse Knopp wegen Polizeibeleidigung 15 M. Geldstrafe.
30. Düsseldorf. 5 Monate Gefängnis Genosse Michels-Köln wegen Beschimpfung der evangelischen Kirche.
31. Hamburg. Wegen Polizeibeleidigung Genosse Wabersky 30 M. Geldstrafe.
32. Hamburg. Ein Kohlenarbeiter wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbe-Ordnung 1 Monat Gefängnis. — Zwei Seelente 6 bzw. 3 Wochen Gefängnis wegen Entweichens vom Schiff.
33. Juchow. Wegen Bedrohung Arbeitswilliger ein Maurer 6 Monate Gefängnis.
34. Hamburg. 50 Mark Geldstrafe ein Schaueremann wegen Beleidigung des Seemanns.
35. Wegen Beleidigung bzw. Nötigung ein Hafenarbeiter 20 Tage, ein anderer 2 Monate Gefängnis. Ein dritter kommt mit 20 Mark Geldstrafe davon.
36. Leipzig. In der Revisionsinstanz Genosse Steiger 4 Monate 2 Wochen, und Genosse Salomon 4 Monate Gefängnis wegen Gotteslästerung. — Genosse Tielhorn, Hannover, 2 Monate Gefängnis wegen Majestätsbeleidigung.
37. Hamburg. Genosse Sienzeil wegen Gendarmen-Beleidigung 14 Tage Gefängnis. — Ein bei dem Krauwall auf dem Schaarmarkt beteiligter fünf Monate Gefängnis wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt.
38. Berlin. Einen Monat Gefängnis Genosse Weyhta wegen Aufregung. — Wegen Beleidigung des Amtsvorstehers die Genossen Mohr, Schwerkke und Wachmann aus Steglitz je 20 M. Geldstrafe.
39. Mühlhausen i. E. Genosse Kehler-Mannheim drei Monate Gefängnis wegen Nachwächler-Beleidigung.
40. Offen. Wegen Beleidigung eines Staatsanwalts Genosse Kunisch in Düsseldorf 300 M. Geldstrafe.
41. Hamburg. Wegen Verurteilung ein Zimmerer zwei Wochen Gefängnis. — Wegen Nötigung und Körperverletzung ein Maschinist zwei Monate und eine Woche Gefängnis.
42. Wegen Beleidigung städtischer Beamten Genosse Wabersky 50 Mark Geldstrafe. — Ein Hafenarbeiter wegen Verurteilung eine Woche Gefängnis.
43. Ein anderer wegen des gleichen Vergehens 14 Tage Gefängnis.
44. Saalfeld. Wegen Magistratsbeleidigung Genosse Hofmann 50 M. Geldstrafe.
45. Lenzen. Genosse Lademann wegen Verübung groben Unfugs 50 M. Geldstrafe.
46. Berlin. 50 M. Geldstrafe Genosse Jacobey wegen Uebertretung des Preßgesetzes.
47. Hamburg. Wegen Beleidigung des Hamburger Börsenkommissars Genosse Wabersky 500 M. Geldstrafe.
Insgesamt wurden erkannt auf 2400 M. Geld- und 10 Jahre, 10 Monate 3 Wochen und 4 Tage Gefängnisstrafe.
Hamburg-Eimsbüttel, den 7. April 1897.
Eichenstr. 4 I.
Der geschäftsführende Ausschuss.

# Die Auswanderung Deutscher aus dem Reichsgebiet

geht seit einer Reihe von Jahren beständig zurück. Wie es ja ohne weiteres einleuchtet, hängt die Thatsache, ob mehr oder weniger Personen sich zur Auswanderung veranlassen, mit den wirtschaftlichen Verhältnissen zusammen. Derselbe starke Arbeits- und Verdienstoffigkeit oder die Lebensmitteltheuer, dann wird eine größere Zahl von Personen zu dem Entschlus kommen, ihr Glück in der Ferne zu versuchen, als bei befriedigenden wirtschaftlichen Zuständen in der Heimath. Der Höhepunkt der deutschen Auswanderung wurde im Anfang der 80er Jahre mit über 200 000 Auswanderern jährlich erreicht. Die Zahlen gingen dann langsam zurück und sanken bis 1888 auf 83 000 jährlich. Der letzte Höhepunkt war in den Jahren der Thurner 1891 und 1892 mit 120 000 und 116 000 Auswanderern jährlich. Seitdem sind mit den billigeren Lebensmittelpreisen und der besseren Geschäftslage der letzten Jahre die Auswandererzahlen bedeutend zurückgegangen. Nach dem soeben dem Reichstag zugegangenen Bericht der Reichskommission für das Auswanderungswesen im Jahre 1896 sind deutsche Reichsangehörige oder deutsche Häfen ausgewandert im Jahre 1896: 25 771, davon 14 042 männlichen und 11 729 weiblichen Geschlechts. Davon stammten aus der Landwirtschaft 2776 (10,8 Prozent), der Industrie 4667 (18,1 pCt.), dem Handel und Verkehr 8521 (32,7 pCt.), dem Arbeiterstande 5706 (22,1 pCt.), den freien Berufsarten u. 798 (3,1 pCt.), bei 8803 (34,2 pCt.) war der Beruf unbekannt. — Außer den 25 000 Deutschen wurden im Jahre 1896 noch 96 000 Ausländer über deutsche Häfen befördert, davon 40 000 aus Oesterreich-Ungarn und 56 000 aus Rußland.

Speziell über Hamburg wurden beiderseitig 1895: 55 097, 1896 aber nur 52 748 Personen. Der Reichskommissar für Hamburg sagt dazu, daß der Hafenarbeiter-Streik die Rhebereien anfangs gezwungen habe, einen Theil der Auswanderer dem Norddeutschen Lloyd in Bremen zuzuschicken, sonst wäre die Auswandererbeförderung über Hamburg vermutlich ebenso hoch wie im Vorjahre gewesen.

Für die russischen und galizischen, meist jüdischen Auswanderer sind in Hamburg auf einem der in die Häfen hineinragenden Quais besondere Auswandererhallen gebaut worden, wo die Passagiere bis zum Abgang des Schiffes untergebracht werden. Zum Schutz gegen die Gefahr von Krankheitserschleppungen sind in der Anstalt Bäder- und Desinfiziervorrichtungen eingerichtet, deren sich diejenigen Auswanderer bedienen müssen, welche die Kontrollstationen nicht passiert haben. Die ordnungsmäßige über die Kontrollstationen eintreffenden Auswanderer sind schon an der Grenze gewaschen und desinfiziert worden. In den Schlafsälen werden die Auswanderer nach Geschlechtern, Konfessionen und Herkunftsländern getrennt untergebracht. Das Essen wird in zwei Küchen, und zwar in einer derselben von jüdischen Köchinnen nach mosaischen Vorschriften hergestellt. Ein Rabbiner aus Hamburg wacht darüber, daß nichts gegen den mosaischen Ritus geschieht. Die russischen Auswanderer beschäftigen sich im Ausland dauernd niedergelassen, sondern sie bestehen zum großen Theil aus männlichen Arbeitern, die sich in Nordamerika für die Bergwerke auf ein oder zwei Jahre verbinden. Bei ihrer Anreisung sind sie im Stande, dort einige Erparnisse zurückzulassen, mit welchen sie dann wieder nach Rußland zurückkehren. Man trifft Russen, die zum dritten und vierten Mal eine derartige Reise unternommen und theilweise als Führer neuer derartiger Auswanderertrupps dienen.

## Soziales.

**Auswanderer-Cleud.** Eine sehr beachtenswerthe Schilderung, wie es den Auswanderern in Brasilien ergeht, finden wir in der in St. Paulo in Brasilien erscheinenden Zeitung „Germania“. Sie ist zugleich eine eindringliche Warnung vor jenen gewissenlosen Agenten, die mittellose Familien zur Auswanderung überreden, um sie dann ihrem Schicksal zu überlassen. Das Blatt schreibt:

Ein trauriger Anblick bot sich dieser Tage den Bewohnern unserer Staatshauptstadt Lissabon dar. Von Rio eingetroffene Emigranten langerten rath- und thätlos auf den Straßen herum. Die Bundesregierung, welche früher den Kolonisationsdienst verwaltete, später dem Staat einen Zuschuß von 200 Kontos für Kolonisationszwecke zuwies, hat für diesen wichtigen Dienst kein Geld mehr; dem Staat ist es bei seinen beschränkten Mitteln nicht möglich, zu kolonisiren, so daß ankommende Einwanderer nicht auf die geringste Unterhaltung rechnen können. So kam es, daß die frisch angekommenen obdachlos, hungernd sich auf den Straßen herumtrieben. Der deutsche Konsul wurde beim Gouverneur vorstellig, der indessen auch nicht mehr machen konnte, als den Leuten in der Einwandererherberge Unterkunft zu geben.

Inzwischen sind diese Bedauernswerthen hier in Blumenau angekommen, wo sich das Schauspiel wiederholte: keine Behörde, nicht einmal der Kolonisationsagent wußte etwas von der Ankunft der Leute. Wiedermur war es der deutsche Konsul, der sich der Leute annehmen mußte und für die Befähigung derselben aufgabte, falls die Regierung die Bezahlung der Spesen verweigern sollte.

Man denke sich einmal in die schreckliche Lage der Armen; fern der Heimath, in einem Lande, das ihnen der Sprache, Sitten und Gebräuche nach vollkommen fremd ist, ohne einen roten Heller in der Tasche, mit dem Hunger kämpfend! Um die Noth einigermaßen zu lindern, verkaufen sie das Beste von ihrem Hab und Gut zu Schleuderpreisen, jedes Stück Wäsche, das momentan zu entbehren, wird verkauft; mancher lieb gewordene Gegenstand, gar werthvolle Ausrüstungen werden geopfert, nur um sich über Wasser zu erhalten! So heute, was aber morgen, wenn die Leute drin im Urwalde sitzen, vielleicht erst nach einem Jahre etwas ernten, keinen Verdienst haben, der Geschäftsmann nicht mehr borgen will oder kann und dann nichts mehr da ist, was noch verkauft werden könnte, um den Hunger zu stillen, den Kindern ein Stückchen Brot geben zu können?

Von der Glashütte der Arbeiter in Albi ist jetzt wieder viel die Rede in französischen und deutschen Bourgeoiszeitungen. Die Deutschen schreiben es natürlich den französischen nach, und die französischen Bourgeoisblätter haben ihre sehr guten Gründe, denn soeben ist festgestellt worden, daß ein Revolverattentat, welches der berühmte Resequier, der „moralische Vater der Arbeiter-Glashütte“, im Herbst auf sich machen ließ, vor Gericht als gemeine Fälschung entlarvt ward, wie das für jeden Vernünftigen von vorn herein feststand. Die empfangene Ohrfeige quittirt nun Herr Resequier durch eine Fluth von Verläumdungen, die er über die Glashütte in Umlauf setzt. Neulich waren es ein paar anarchistische Dampfmänner, welche die „Tyrannei“ der sozialistischen Geschäftsverwaltung in bengalische Beleuchtung zu stellen hatten — heute sind es ein paar Arbeiter, die „wegen Mangels an Arbeit“ aus der Glashütte entlassen werden mußten, an welche die neueste „Gah“ anknüpft. Wir wissen nicht, ob Arbeiter in Albi entlassen worden sind; doch wir wissen, daß es der Glashütte nicht an Arbeit fehlt. Kein Zweifel, es ist ein schwieriges Unternehmen, ein solches Geschäft zu begründen und zu leiten. Wir haben dies von vornherein angefangen. Und es fällt uns auch nicht ein, zu sagen, die Schwierigkeiten seien überwunden. Das aber steht fest, die französischen Gewerkschaften und sonstigen Arbeiter-Organisationen fahren fort, die Glashütte von Albi zu unterstützen; die Bestellungen laufen zahlreich ein und der Absatz ist gut. Und da die Arbeiter in der Regel haare zahlen, so ist nach dieser Richtung hin alles in erwünschter Ordnung. Die Hauptschwierigkeit — und das ist die Schwierigkeit, mit welcher bei derartigen Unternehmungen größeren oder kleineren Stils die Arbeiter aller Länder zu kämpfen haben — liegt in dem Mangel an kaufmännisch geschulten Kräften. Allein auch diesem Mangel wird allmählich abgeholfen. Die Arbeiter müssen sich eben für die Funktionen, welche bisher die Bourgeois besorgte, Kräfte aus ihrem eigenen Schooß heranziehen. Das kostet Schweiß und Lebzelt, ist aber eine unerlässliche Vorbedingung der Emanzipation des Proletariats.

# Soziale Rechtspflege.

**Gegen die Gesellschaft „Privatpost“** klagte der Eppreßfahrer G. o. s. beim Gewerbegericht auf Herauszahlung seiner Kaution von 50 Mark, die ihm verweigert wurde, weil bei einem Sturze des Klägers Fahrrad beschädigt worden war. Der Vertreter der Beklagten berief sich auf eine Vertragsbestimmung, wonach die Kaution eine Sicherheit sein soll für den Schaden, den der Fahrer durch irgend welche Handlungen oder Unterlassungen verschuldet. G. machte demgegenüber geltend, er sei infolge großer Glätte — es war im Januar — zu Falle gekommen und im nächsten Moment sei ein Pferd in das Vorderrad hineingetreten. In seiner Bestürzung hätte er es unterlassen, den Fahrer des Pferdes sich zu notiren oder sich einige Zeugen zu sichern. Der Vertreter der Gesellschaft vermochte über den Vorgang nichts zu behaupten, noch vermochte er die Darstellung des G. zu bestritten; er stützte sich lediglich auf jene Vertragsbestimmung. Die Gesellschaft wurde verurtheilt, die 50 Mark herauszugeben. Der Vorsitzende führte aus, Schadenersatz-Ansprüche müßten genau nachgewiesen werden, und das sei hier nicht geschehen. Nicht der Kläger hätte seine Schuldlosigkeit nachweisen müssen, sondern die Beklagte sein Verschulden. Der Nachweis, daß G. durch fahrlässige oder böswillige Handlungsweise den Schaden verursacht habe, fehle aber gänzlich.

## Versammlungen.

Die Banarbeiter Niddors hielten am 21. März im Lokal von A. Kramer, Hermannstr. 199, eine öffentliche Versammlung ab. Der Delegirte Kollege R. Heinemann erstattete Bericht vom Kongreß. An der Diskussion beteiligten sich Botenid, Meyer, Wilmis, Höpner und G. Heinemann. Derselben sprachen im Sinne des Delegirten und wurde nachdem eine Resolution angenommen, in welcher die Versammlung sich mit den Arbeiten des vierten Kongresses der Banarbeiter Deutschlands einverstanden erklärt. Nachdem wurden von mehreren Banarbeitern die Mißstände auf den Bauten scharf kritisiert, besonders die schlechten Baubuden, Klosets und mangelhaften Schutzdächer. Kollege G. Heinemann wies darauf hin, daß es die heiligste Pflicht eines jeden Banarbeiters ist, um Leben und Gesundheit zu erhalten, derartige Mißstände sofort bei der Polizei resp. Behörde anzuzeigen. Banarbeiter könne bedauerlich, daß die Akfordträger gegen die Lohnarbeiter unsozialistisch handeln. Der Vorsitzende behandelte das Submissionswesen und meinte, daß die Behörden größtentheils durch die Submissionen die schlechten Ebnen und Verhältnisse herbeiführen. Zum 1. Mai wurde folgende Resolution angenommen: „Die heute in Niddors tagende öffentliche Versammlung der Banarbeiter verspricht mit aller Energie dahin zu streben, daß an allen Bauten, wo den Banarbeitern nicht direkt ein materieller Schaden erwächst, die Arbeit am 1. Mai ruht. Nachdem erfolgte Schluß der Versammlung.“

Eine öffentliche Versammlung der Kammacher und Berufsgenossen tagte am 6. April bei Wille, Andreasstr. 26. Kollege Kraus referirte hier in einem beifällig aufgenommenen Vortrag über die Nothwendigkeit der Organisation. Leider war die Versammlung nur mäßig besetzt. Es wäre wirklich zu wünschen, daß in den Versammlungen, wo unsere Lohn- und Arbeitsbedingungen gemeinsam besprochen werden, die Kollegen zahlreich erscheinen.

**Bäder.** Am Dienstag, den 6. April, nachmittags 4 Uhr, tagte bei G. rüchel, Brunnenstraße 188, die Monats-Versammlung des Nachvereins der Bäder. Das Referat des Genossen Walde R. anasse wurde mit Beifall aufgenommen. Nach darauf folgender kurzer Diskussion wurde das Protokoll und der Klassenbericht verlesen und angenommen. Nachdem wird noch darauf aufmerksam gemacht, die gut besetzte Bibliothek recht zahlreich zu benutzen und einem neu zu gründenden Diskussionsklub beizutreten.

Die Kostümschneider und Schneiderinnen waren am 6. April in den Arminkallen zahlreich versammelt, um darüber zu beraten, was zu thun sei, um die Erzeugnisse von vorigen Jahre aufrecht zu erhalten. In seinem einleitenden Referat bezeichnete Tim in die Zunahme der Stückzahl, der Frauenarbeit und der konfektionsmäßigen Herstellung von Kostümen als Erscheinungen, auf welche ein besonderes Augenmerk zu richten sei. Die diesbezüglichen Zustände in verschiedenen Geschäften erläuterte denn auch eine ausführliche Diskussion. Die in der Kostümbbranche Beschäftigten wurden verpflichtet, überall da, wo die neunständige Arbeitszeit noch nicht besteht, bei der gegenwärtigen Saison entschieden für deren Einführung zu wirken und sich zu diesem Zweck mit ihrem Arbeitgeber zu verständigen. Zum Schluß wurde zu reger Betheiligung an der 1. Mai-Versammlung aufgefordert; dieselbe findet am Vormittag des 1. Mai in den Arminkallen statt.

Die Schmiede und Berufsgenossen nahmen in einer am Mittwoch abgehaltenen öffentlichen Versammlung einen Vortrag Pittin's entgegen, der für die Organisation plädirte. Die nun folgende Besprechung der Materie rief auch die Frage hervor, ob die Schmiede, wie bisher, auch in diesem Jahre eine eigene Markte ausgeben sollen. Räther rief, im Hinblick auf den geplanten Zusammenschluß aller Metallarbeiter, man möge die von den Metallarbeitern herausgegebenen Markte vertreiben. Dieser Vorschlag veranlaßte eine längere Debatte über die Zweckmäßigkeit des Zusammenschlusses und die zu diesem Zweck bereits stattgehabten Besprechungen. Es wurde beschlossen, die Markte von Vertrauensmann der Metallarbeiter zu vertreiben, das einlaufende Geld aber dem Vertrauensmann der Schmiede zu belassen und bezüglich der Materie sich den Beschlüssen der Metallarbeiter anzuschließen. Annaher berichtete der Gewerkschaftskommissions-Delegirte Helm über seine Thätigkeit und legte sein Amt nieder. An dessen Stelle wurde Kraus gewählt und Lange zum Stellvertreter bestimmt. Der Delegirte erhielt die Befehle, für die Taktik, welche die Gewerkschaftskommission bezüglich der Regelung des Streiks einnimmt, zu stimmen. Die Kostenführung des Vertrauensmannes wurde von den Revisoren als richtig anerkannt. Während der Versammlung bemerkte Wosin, daß er nicht wegen Unfähigkeit — wie es nach dem Bericht des „Vorwärts“ über die vorige Versammlung scheinen könnte — von seinem Amt als Revisor zurückgetreten sei, sondern andere Gründe hätten ihn dazu veranlaßt.

Eine stark besetzte öffentliche Maurerversammlung, die am Donnerstag bei Keller, Köpenickerstraße tagte, diskutirte über die ausstehenden Forderungen in dieser Bauperiode. In diesem Punkt lag eine Resolution der Lohnkommission vor, in der darauf hingewiesen wird, daß bereits im Jahre 1889 ein Lohn von 60 Pf. pro Stunde bezahlt wurde, der aber zur Zeit auf 55 Pf. stellenweise noch tiefer herabgedrückt worden ist, trotzdem die Anforderungen im allgemeinen jedes Jahr größere und die Lebensmittelpreise sowie Wohnungsmiete bedeutend gestiegen sind. Ferner, daß durch die immer vollkommener werdende Technik und das verbesserte Maschinenwesen in fast allen Gewerben Tausende brotlos werden und gezwungen sind, im Baugewerbe ihr Unterkommen zu suchen, wodurch die Zeiten der Arbeitslosigkeit sehr oft wiederkehren und von längerer Dauer werden, so daß nur bei sehr wenigen Kollegen der Jahresverdienst 1000 M. übersteigt. Es werden in dieser Resolution sobann folgende Forderungen, die bereits im vorigen Jahre geltend gemacht, aber nicht allgemein zur Durchführung gelangt sind, aufgestellt: Abschaffung der Baubuden, Einhaltung der Pausen, pünktliches Feierabendmachen, Beschaffung von guten Baubuden, Abschaffung des Zwanges, eigenes Werkzeug zu halten, humane Behandlung seitens der Poliere u. s. w. Im weiteren eine Erhöhung des Stundenlohnes von 55 Pf. auf 60 Pf.

Silberschmidt begründete in längerer Ausführungen diese Forderungen. Der Redner ist der Meinung, daß die Unternehmer den in der Resolution gemachten Vorschlag, mit der Lohn-

Kommission in Unterhandlung zu treten, um die Forderungen der Arbeiter zu diskutiren, annehmen werden. In der hierauf folgenden Debatte wurde von der Mehrzahl der Redner die bevorstehende Bauperiode als eine voraussichtlich sehr gute geschilbert; auch in der Provinz sei die Konjunktur eine außerordentlich günstige, so daß ein Zugang von außerhalb nicht zu erwarten ist. Es konnte ferner konstatiert werden, daß ca. 7400 Arbeitskontrollkarten bisher zur Ausgabe gelangt sind und wöchentlich 700 bis 800 M. an freiwilligen Beiträgen für den Streikfonds abgeführt werden; ein Resultat, das zu den besten Hoffnungen berechtigt. Es wurde sobann die Resolution angenommen und die Kommission beauftragt, die oben angeführten Forderungen den Arbeitgeber zu unterbreiten und mit denselben zwecks Festlegung eines Lohn-tarifs eventuell in Unterhandlung zu treten. Eine spätere Versammlung wird, nachdem die Antwort der Arbeitgeber erfolgt ist, über die weiteren Maßnahmen beschließen.

Hierauf berichtete Blaurock über die Thätigkeit der Gewerkschaftskommission. Nachdem ein Antrag von einem Redner, die Kommission nicht mehr zu bescheiden, abgelehnt worden war, wurde Panzer als Delegirter und Silberschmidt als dessen Stellvertreter gewählt. Die Angelegenheit der Rabispupper, die wünschen, daß sich die Lohnkommission der Maurer auch mit ihren Verhältnissen beschäftigen, wurde, wie auch verschiedene andere Anträge, bis zur nächsten Versammlung vertagt. Ferner gelangte ein Antrag zur Annahme, nach welchem die Kommission beauftragt wird, eine Baukontrolle vorzunehmen, um die Mißstände festzustellen, welche in bezug auf die Baubuden, auf die Sicherheitszustände und alle sonstigen das Leben und die Gesundheit der Arbeiter gefährdenden Mängel vorhanden sind. Das gesammelte Material soll dann in öffentlichen Versammlungen besprochen und bearbeitet der Stadtverordneten-Versammlung unterbreitet werden. Es wurde noch auf die Lohnbewegung in Brandenburg, Köpenick, Potsdam und Rädere-dorf aufmerksam gemacht und aufgefordert, den Zugang nach den genannten Orten fernzuhalten. (Auch nach Forst und Fürstenwalde ist Zugang fernzuhalten.) Ein Antrag, den Streikenden in Brandenburg 500 M. aus dem Fonds zu überweisen, wurde, nachdem Silberschmidt bekannt gegeben hatte, daß dieselben die Unterstützung durch die Organisation erhalten, abgelehnt. Zum Schluß wurde mitgeteilt, daß am Sonntag, vormittags 10 Uhr, eine Mitgliederversammlung des Vereins zur Wahrung der Interessen der Berliner Maurer im Englischen Garten, Alexanderstr. 27c, stattfindet.

Die Hausdiener, Pader, Kuffner u. s. w. beschlossen in ihrer Versammlung vom 8. April, daß diejenigen Berufskollegen, welche es ohne wesentliche wirtschaftliche Nachteile thun können, den 1. Mai die Arbeit ruhen zu lassen haben. Diejenigen, welche zur Arbeit gezwungen sind, werden verpflichtet, einen Theil ihres Tagesverdienstes der Agitation zu opfern. Diese Beschlässe wurden gefast, trotzdem der Referent, ein Herr Dempwolf, für absolute Arbeitsruhe eingetreten war. Der Rechenschaftsbericht des Vertrauensmannes Hoffmann wies eine Einnahme von 259,48 Mark gegenüber einer Ausgabe von 178,08 Mark auf, so daß 81,40 Mark Bestand verbleiben mußten; 60 M. seien hiervon für Dunderschulden abgeführt, 21 M. dem Nachfolger Hoffmann's überwießen. Den Vertrauensleuten wurde aufgegeben, die Abrechnung innerhalb 8 Tagen zu prüfen und einer demnächst einzuberufenden Versammlung von ihrem Befund zu berichten; Hoffmann wurde entlastet. 729 Bons stehen noch aus, 144 verloren gegangene Bons wurden als nicht vorhanden erachtet, über die zurückkehrenden weißen Bons wurde beschlossen, dieselben für Berlin zurückzugeben. Die geplante Einsetzung einer Sonntagstrube-Kommission scheiterte, weil von den Vorgesetzten sich niemand weiter wie Polly zur Wahl stellte. Die Versammelten beschlossen daher, alle Uebertretungen der Sonntagstrube und dahingehende Beschwerden an Polly gelangen zu lassen. Als Delegirter zur Gewerkschaftskommission berichtete Polly über die Erweiterungen der Thätigkeit des Gewerkschaftsbureaus und die Nothwendigkeit der Einstellung eines zweiten Beamten. Diskutirt wurde hierüber nicht, sondern es wurden Polly für die lokale Richtung und Schumann für die zentrale Richtung als Vertreter der Hausdiener in die Gewerkschaftskommission delegirt und es deren Gutachten überlassen, sich an der betreffenden Stelle zu äußern. Zum Schluß entspann sich noch eine längere lebhaftige Debatte über einen Artikel: „Märzfeier und Zentenarfeier“ im „Handelshilfsarbeiter“ und in der Berliner Presse, laut welchem sich der Verein Berliner Hausdiener an dem Auszuge zur Zentenarfeier betheiligt haben sollte. Von Mitgliedern des Vereins Berliner Hausdiener wurde dieses als grobe Unwahrheit bezeichnet und der Redakteur des „Handelshilfsarbeiter“ erbot sich, eine sachliche Verichtigung aufzusuchen zu wollen.

**Arbeiter-Bildungsschule.** Smeister-Berlin bis Mitte April. Die Lehrkräfte der Arbeiter-Bildungsschule, Brunnenstr. 26, in wochentags von 8-9 Uhr, Sonntags von 4-9 Uhr, unentgeltlich für jedermann geöffnet; die Geschäftsstelle der Schule N., Brunnenstraße 26, die den Vereinen, Verbänden zur Vermittlung von Vorträgen wissenschaftlichen Charakters zur Verfügung steht, ist ebenfalls von 8-9 Uhr nachmittags geöffnet.

**Arbeiter-Gewerkschaft Berlin und Umgebung.** Vorsitzender: W. Neumann, Wolowitzerstr. 8. Alle Verhandlungen im Vereinslokal sind zu richten an Friedrich Kottu m., Mantelstr. 45, u. s. w.

**Band der geselligen Arbeitervereine Berlin und Umgebung.** Alle Aufschreiben, den Band betreffend, sind zu richten an G. Bondig, Alexanderstr. 100.

**Theater- und Vergnügungsverein „Renaissance“.** Heute, abends 9 Uhr, bei Pauds, Schlegelstr. 20: Sitzung.

**Freiwillige Gemeinde.** Sonntag, den 11. April, vormittags 9 Uhr, im großen Saal der Berliner Postloge, Kommandantenstr. 57: Versammlung. Präsidium: Borsing. — Um 11 Uhr vormittags ebenfalls: Vortrag des Herrn Wulke: Wandlung: Kulturgeschichtliches vom Islam. — Montag, den 12. April, abends 8 Uhr, räumlich im Englischen Garten, Alexanderstr. 27c: Beschließende Versammlung. „Woh!“

**Arbeiter-Gewerkschaft Berlin und Umgebung.** Sonntag, den 11. April, vormittags 11 Uhr, im Saal der Brunner Friedrichstraße, Lehnungsstraße. Siehe Inserat des „Vorwärts“ vom 4. April.

## Besuchszeit

**verschiedener Museen und sonstiger Sehenswürdigkeiten.**

Altes und Neues Museum am Lustgarten. Besuchszeit täglich, mit Ausnahme des Montags in den 4 Wintermonaten von 10-12 Uhr, in den 8 Sommermonaten von 9-3 Uhr; Sonntag im April-September 12 bis 2 Uhr, Oktober und März 12-3 Uhr, November und Februar 12-4 Uhr, Dezember und Januar 12-3 Uhr (Unentgeltlich). — Die Nationalgalerie in der Museumsstrasse. Besuchszeit Hochzeiten von 10-3 Uhr (Montags ausgenommen). Sonntag im April-September von 12 bis 3 Uhr, im März und Oktober 12-5 Uhr, Februar und November 12-4 Uhr, Januar und Dezember 12-3 Uhr (Unentgeltlich). — Kunstgewerbe-Museum, Bruns Albrechtstr. 7. Geöffnet an den Hochzeiten (Montags ausgenommen) im Sommer von 9-3 Uhr, im Winter von 10-3 Uhr, Sonntag, April-September von 12-4 Uhr, Oktober und März 12-5 Uhr, November und Februar 12-4 Uhr, Dezember und Januar 12-3 Uhr (Unentgeltlich). — Museum für Völkerkunde, Königgrätzerstr. 120. Besuchszeit: Montag und Freitag von 10-3 Uhr (Unentgeltlich). — Museum für Naturkunde, Invalidenstr. 42. Besuchszeit Sonntag von 11-3 Uhr, in Kunsthistorisches Museum und Sonnabends von 11-3 Uhr. — Museum für deutsche Volkskunst und Gewerbe des Kaiserthums, Köpenickerstr. 26. Jeden Tag mit Ausnahme des Mittwochs von 11-3 Uhr geöffnet. Eintrittsgeld: Erwachsene 30 Pf., Kinder 15 Pf., Herente Sonntag 10 Pf. — Reichspost-Museum, Brünnigerstr. 15. Geöffnet Sonntag 12-3 Uhr, Montag, Dienstag, Donnerstag, Freitag von 11-3 Uhr (Unentgeltlich). — Waldhaus, Königsplatz. Geöffnet täglich außer Sonntag und Freitag von 11-3 Uhr (Unentgeltlich). — Kaiserliches Museum (Eintrittspreis 30 Pf.). — Kaiserliches Museum, Köpenickerstr. 26. Besuchszeit: Sonntag 11-3 Uhr, Montag bis 4 Uhr, 50 Pfennig Eintritt. — Sternwarte, Unter den Eichen, Besuchszeit Sonntag von 9 bis 11 Uhr. — Urania, Wissenschaftliches Theater, Sternwarte, Invalidenstr. 67-69 und Taubensch. 42-43. Geöffnet von 4 Uhr Nachmittags bis 10 Uhr Abends, Eintritt 1 Pf. Zuschlag für Theater von 60 Pf. bis 2 M. — Aquarium: Schönebergstr. 14. Geöffnet von 9-5 Uhr. Eintritt Sonntag 50 Pf., an jedem Sonntag im Monat 25 Pf. — Gärten's Panoptikum, Friedrichstraße. Geöffnet 10-10 Uhr. Eintrittspreis 50 Pf. — Panoptikum, Unter den Eichen. Eintrittspreis 50 Pf. — Marine-Panoptikum, Am Schützenpark, Sonntag von 9-5 Uhr. Eintritt 50 Pf. — Kaiser's Panoptikum, Passage (Unter den Eichen). Geöffnet von 9 Uhr Morgens bis 10 Uhr Abends 500 verschiedene Reisen, Landkartenbilder. Jede Reise 10 Pf. — Zoologischer Garten, Bülowweg. Sonntag 60 Pf. — Vogelpark, Garten mit Walmenhaus, Althausstr. 66. Eintrittspreis 60 Pf. — Deutsches Museum, Neue Schönhauserstr. 12. Unentgeltlich geöffnet am Sonntag abends von 6 bis 10 Uhr, Sonntag 9-11 Uhr, 3-10 abends. — Städtische Zeithalle, Mohrenstr. 47, geöffnet Hochzeiten abends von 8-9 Uhr und Sonntag von 11 bis 2 Uhr.



**Möbel, Spiegel und Polsterwaren**  
 Compl. Wohnungseinrichtungen  
 Reelle Waare, empfiehlt  
 Tischlermeister,  
**Franz Tutzauer, Berlin SW., Blücherstr. 14.**

**Uhren, Goldwaren** Grosse Auswahl! **H. Zimmermann**  
 Billige Preise. Uhrmacher u. Juwelier  
 Oranienstrasse 206.

**Jede Uhr**  
 reparieren und reinigen  
 liefert bei mir unter  
 Garantie d. Gutgehens  
 nur 1 Mark 50 Pf.  
 außer Bruch, keine Reparaturen  
 billiger. Grosse Lager neuer und  
 gebrauchter Taschenuhren, Regu-  
 latoren und Werk, alle Arten  
 Ketten, sowie Brillen u. Pincen-  
 \* Carl Lux, Uhrmacher,  
 35 Chaussee-Strasse 35.

**Deutsche Schuh-Fabrik**  
**Erfurt**

liefert  
**Schuhwaren en gros & en detail**  
 in eleganter und solider Ausführung.

**Arbeiter Berlins!**  
 Die Fabrikate der ausgeperrten  
 Schuhmacher in Erfurt werden jetzt,  
 außer in den bekannten Verkaufsstellen, in  
 den eigenen Niederlagen  
**Bellealliancesstrasse 98/99**  
 und  
**Rosenthalerstrasse 63/64**  
 verkauft.

Weitere Filialen in Deutschland:  
 München, Sendlingerstrasse 10.  
 Dachauerstrasse 83.  
 Landsbergerstrasse 7.  
 Frankfurt a. M., Siebent-  
 berg 28.  
 Düsseldorf, Bismarckstrasse 91.  
 Köln a. Rh., Engelstein 66.  
 Bremen, Haulenstrasse 75.  
 Hannover, Hagendort 7a.  
 Hamburg, Bergstrasse 8a.  
 Leipzig, Reichenstrasse 37.  
 Braunschweig, Höhe 1.

Jeder Käufer, der einen Versuch macht, wird mit dem gelieferten Fabrikat,  
 das jeder Konkurrenz die Spitze bietet, in Preis und Qualität zu-  
 frieden gestellt. - Unser Geschäftsgrundsatz ist: Geringer Ver-  
 dienst, rascher Umsatz. - Jedem unserer Freunde kann die  
 Waare bestens empfohlen werden.  
**Damenstiefel von M. 3.50, Herrenstiefel von M. 5.75.**  
**In der Bellealliance-Strasse bitte genau**  
**auf Nummer 98 zu achten.**  
 für die  
 Geschäftsleitung: **Wilh. Bock.**

Hackescher Markt 4,  
 Ecke Neue Promenade. **J. Brünn** Am Stadtbahnhof  
 „Börse“.  
 Zum Wohnungswechsel gelangen große Lagerbestände meiner  
**Teppiche! Gardinen! Steppdecken!**  
**Fertige Wäsche! Seinentwaaren!**  
 zu ganz aussergewöhnlich billigen Preisen zum  
**Ausverkauf!**

**Achtung!** O. J. Engelke, Neue Jakobstrasse 26,  
 echten alten Nordhäuser Bitter M. 1,-, 1/2 M. 0,50,  
 erim alte Waare "1,40, 0,70  
 Kleinverkauf von 10 Pfg. an.

**Schuh-Fabrik**  
 Inhaber: Alfred Fränkel, Mödling b. Wien.  
**70 eigene Geschäfte.**  
 Filialen in Berlin:  
**N. Friedrichstr. 133a,** an der Weiden-  
 dammer Brücke.  
**SW. Friedrichstr. 242,** am Halle'schen  
 Thor.  
**W. Potsdamerstr. 35,** Ecke  
 Elbowstrasse.  
**S. Oranienstr. 161,** zwischen Moritz- und  
 Oranien-Platz.  
**Jedes Paar**  
 ob Arbeits- oder Luxusstiefel:  
**Vorzügliche** **8 1/2** **Mark.**  
**Pazform.** Gute solide  
 Waare

**Neu eröffnet!**  
**J. Zobel**  
 Frankfurter Allee 37  
 (unweit der Ringbahn-Station)  
 empfiehlt:  
**Herren- u. Knabengarderoben**  
 in allen Größen, Farben u. Preislagen,  
 für jeden Beruf, in nur guten, haltbaren  
 Stoffen und eleganten Façons.  
**Sämtliche Neuheiten**  
 in Jaquet- u. Rock-Anzügen, Paletots  
 und Mänteln etc. am Lager.  
**Sport- und Arbeitskleidung**  
 in bester größter Auswahl.  
**Spezialität: Knaben-Konfektion.**  
 Anfertigung auch nach Maass  
 unter Garantie vorzüglichen Vorkend  
 in kürzester Zeit.  
**Großes Lager reinwohner**  
**Stoffe.**  
**Billigste, aber feste Preise.**  
**Streng reelle Bedienung.**  
 Bitte genau auf meine Firma und Nr. 37  
 1470L zu achten!  
 Jahrgeld wird vergütet.

**Berlins grösste u. billigste Hosenfabrik**  
**Gormansstrasse 2, 1 Treppe**  
 Ecke Rosenthaler- und Weinmeisterstrasse,  
 hat nachweislich tausende von Kunden und liefert Hosen nach Maß vom  
 einfachsten bis zum elegantesten Genre. 139052\*  
**Zwirnrosen für Erwachsene schon von 1,25 M. an.**  
**Stoffhosen 2,80 bis 12 M.**  
 Grösste Auswahl, konstante Bedienung, kleine Reparaturen,  
 wie Plüden von hier gefärbten Sachen gratis. Auch Einzelverkauf  
 in der Engros-Abteilung 1 Treppe, Gormansstrasse 2.

**Damenhüte**  
 und Kinderhüte, elegant garnirt und ungarnt, sowie Wäsche und Weh-  
 waaren, empfiehlt in größter Auswahl zu billigen Preisen. [14682\*]  
**Ch. Gabor,** Oranienstr. 201,  
 zwischen Heinrichsplatz und  
 Mantuffelstrasse.

**Brunhilde,** selbstgewirte, einfarbige u. un-  
 wählliche Haus-Kleiderstoffe.  
**Roland-Cheviot,** Spezialität - merretich in  
 haltbarkeit und Eleganz; andere  
 Herrenstoffe in nur modernen und  
 geschmackvollen Dessins  
 zu sehr billigen Preisen.  
 Portieren in größter Auswahl.  
 Alle Aufträge von 20 Mark an und Muster frei franko.  
**Carl H. Klippstein & Co. in Mühlhausen i. Thür. 11.**  
 Weber- und Versand-Geschäft.

Man verlange nur  
**Van den Bergh's**  
 feinste holländische Tafel-  
**Margarine.**  
 Unübertroffen in Feinheit des Geschmacks, Fülle  
 des Aromas und Fettgehalts.  
 In den meisten besseren Kolonialwaren-  
 Geschäften käuflich. [14359\*]

**Brauerei Stralau**  
 13489\*) **Dr. W. Frenz.**  
 Wir empfehlen unsere vorzüglich eingebrauten Biere:  
**Lagerbier (goldfarben)**  
**Versandbier (nach Münchener Art)**  
**Saazerbräu (nach Pilsener Art)**  
 in Gebinden und Flaschen (letztere ohne Pfand).

**Schleuniger Räumungs-Ausverkauf.**  
 Die noch vorhandenen Waaren aus der  
**M. Pinkus & Co.'schen Konkursmasse**  
**Wiltsnackerstrasse 48**  
 bestehend in fertiger Herren- und Knaben-Garderobe, Konfr-  
 manden und schwarzen Herren-Anzügen, modernen Stoffen  
 und Stoffresten zu Anzügen, Paletots und Hosen sollen  
 schleunigst geräumt werden.  
**Sämtliche Waaren werden bis zum**  
**Schluss des Ausverkaufs**  
 zu Taxpreisen abgegeben.  
 Auch Sonntag von 8-10 und 12-2 Uhr geöffnet.

**Monopol-Cheviot!!**  
 Unsere bekannte Spezialität **solid u. modern**  
 bewiesen durch zahllose Empfehlungen, liefern  
 wir in schwarz, blau oder braun 3/4 Meter zum Anzuge für  
**10 Mark.** - Extra prima, 140 Centimeter breit,  
**5 Met. zum Anzuge 12 Mark, reine Wolle, echte**  
**Farbe.** Muster hiervon und allen anderen Herren-  
 stoffen in überraschend schöner Auswahl zu bekanntniedrigen  
 Preisen franco an Jedermann. Kein Kaufzwang.  
**Wilkes & Cie., Tuchindustrie, Aachen No. 78.**

**Ausschank der Brauerei Stralau.**  
 Allen Vereinen, Gewerkschaften, sowie allen alten Freunden und  
 Kunden unseres Bäckers schön am Rummelsburger See gelegenen  
 neu renovierten Sommerlokals mit großem Garten (Raum für  
 ca. 5000 Personen), 2 neuen Regelmotoren, größerem Tanzsaal,  
 Kaffeecke etc., Sport und Küberböden.  
 zur gefälligen Nachricht,  
 daß wir die Lokonomie übernommen haben und schon jetzt Be-  
 stellungen auf Sommerfeste und ähnliche Veranstaltungen entgegen-  
 nehmen.  
 Achtungsvoll  
**Birkholz & Mittag.**

Empfehle Freunden und Bekannten mein  
**Weiß- und Pilsener-Bier-Lokal**  
 nebst Vereinszimmer und Garten zur freundlichen Benutzung.  
 Verkehrslokal u. Arbeitsnachweis der Musikinstrumenten-Arbeiter.  
**Richard Heinrich, Rannysstrasse 78.**

**Färberei** und chemische Waschanstalt für Herren u.  
 Damen-Garderobe empfl. all. Bel. W. Neumann,  
 NO., Gollnowstr. 25 und Frankfurter Allee 86.

**Wo?** machen wir unsere Herren-Partie  
 hin? Zum alten  
**Freund auf Pichelswerder.**

An den von der Behörde für den Verkauf freigegebenen

**Sonntagen vor Ostern und Pfingsten**  
 bleiben unsere Warenhäuser, wie an allen Sonn-  
 und Festtagen, gänzlich geschlossen.

**Warenhaus A. Wertheim**